

Wortprotokoll

19. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

21. September 2017

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Angelobung eines neuen Mitglieds des Oö. Landtags

Fragestunde:

Beilage 9062/2017: Anfrage der Abg. Promberger an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Dr. Strugl, MBA (Seite 6)

Beilage 9059/2017: Anfrage des Abg. Mayr an Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 8)

Beilage 9060/2017: Anfrage des Abg. Kaineder an Landesrat Hiegelsberger (Seite 11)

Beilage 9061/2017: Anfrage des Abg. Bgm. Rippl an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 14)

Beilage 9063/2017: Anfrage der Abg. Müllner an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 17)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 21)

Geschäftsanträge:

Beilage 502/2017: Initiativantrag betreffend sofortiger Ausbau von Park-and-Ride im Linzer Umland

Redner/innen: Abg. Mayr (Seite 23)
 Abg. Bgm. Rippl (Seite 24)
 Abg. Handlos (Seite 25)
 Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 27)

Beilage 506/2017: Initiativantrag betreffend die Änderung des Landes- und Gemeindedienstrechts, damit die "Beschäftigungsaktion 20.000" des Bundes für über 50-jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich umgesetzt werden kann

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 28)
 Abg. Kroiß (Seite 30)
 Abg. Schwarz (Seite 31)
 Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 33)

Beilage 507/2017: Initiativantrag betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich

Redner/innen: Abg. Krenn (Seite 35)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 36)
Abg. Nerat (Seite 37)
Abg. Stanek (Seite 39)

Beilage 508/2017: Initiativantrag betreffend Aktionspläne über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Redner/innen: Abg. Kaineder (Seite 40)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 42)
Abg. ÖkR Ing. Graf (Seite 42)
Abg. ÖkR Ecker (Seite 43)

Wiederbestellung des Direktors des Oö. Landesrechnungshofs

Ersatzwahlen in die Ausschüsse

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 499/2017: Bericht betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend "Sicherung von Rohstofflagerstätten in den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol"

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Csar (Seite 46)
Redner/innen: Abg. Dr. Csar (Seite 46)
Abg. Böker (Seite 47)
Abg. Kattnigg, BA (FH) (Seite 49)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 50)

Beilage 500/2017: Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds

Berichtersteller/in: Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 50)
Redner/innen: Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 51)
Abg. Peter Binder (Seite 51)
Abg. Dr. Ratt (Seite 52)
Abg. Schwarz (Seite 54)

Beilage 501/2017: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen einer Vereinbarung der Länder mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend die stationäre Rehabilitation für Kinder und Jugendliche

Berichtersteller/in: Abg. Pühringer (Seite 57)
Redner/innen: Abg. Pühringer (Seite 58)
Abg. Schwarz (Seite 60)
Abg. Dr. Ratt (Seite 61)
Abg. Müllner (Seite 62)

Beilage 503/2017: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bezuschussung der Kosten der Planung und Errichtung der "Neuen Donaubrücke Linz" als Teil der "Neuen Schienenachse Linz" durch das Land OÖ

Berichtersteller/in: Abg. Handlos (Seite 62)

Redner/innen: Abg. Handlos (Seite 63)
Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 63)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 64)
Abg. Mayr (Seite 65)
Abg. Peter Binder (Seite 66)
Abg. Nerat (Seite 67)
Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 67)

Beilage 504/2017: Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzkommission für die Jahre 2013 bis 2015

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Höckner (Seite 69)

Redner/innen: Abg. Bgm. Höckner (Seite 70)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 72)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 73)
Abg. Ing. Fischer (Seite 77)

Beilage 507/2017: Initiativantrag betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich

Berichtersteller/in: Abg. KO Makor (Seite 78)

Geschäftsantrag:

Beilage 515/2017: Fristsetzung zu den Beilagen 478/2017 und 506/2017 (Initiativanträge im Zusammenhang mit der Beschäftigungsaktion 20.000)

Berichtersteller/in: Abg. KO Makor (Seite 78)

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 79)
Abg. Schwarz (Seite 80)
Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 81)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 83)
Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 83)
Abg. KO Makor (Seite 83)

Vorsitz: Präsident KommR Sigl
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner und Mag. Dr. Strugl, MBA, die Landesräte Anschober, Gerstorfer, MBA, Mag. Haberlander, Hiegelsberger, KommR Podgorschek und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. MR Prim. Dr. Povysil

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer/in Dr. Grabensteiner

(Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags. Ich darf Sie bitten, die Gespräche, die bilateralen Gespräche einzustellen und ich darf Sie herzlich begrüßen hier im Landtagssitzungssaal. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf unserer Zuschauergalerie, herzlich willkommen, sowie die Schülerinnen und die Schüler des Kollegiums Aloisianum mit den Pädagoginnen und Pädagogen, die uns heute hier die Ehre geben. Ich begrüße unsere Bediensteten des Hauses sowie die Medienvertreter und natürlich alle Damen und Herren, die diese Sitzung via Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist die Frau Abgeordnete MR Prim. Dr. Brigitte Povysil. Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 22. September bis zum 6. Oktober 2017 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss in seiner Sitzung am 14. September 2017 einstimmig beschlossen hat, den gemäß Paragraf 8 in Verbindung mit Paragraf 4 und Paragraf 6 Absatz 2 Ziffer 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten leitenden Stellungen von Herrn Abgeordneten Günter Pröllner als Mitglied des Aufsichtsrates der EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß Paragraf 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gemäß Paragraf 4 Ziffer 6 des Gesetzes über den Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss des Oberösterreichischen Landtags dem Oberösterreichischen Landtag damit zur Kenntnis.

Ich teile Ihnen mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten dazu bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Wir kommen nun zur Angelobung eines neuen Mitglieds des Oberösterreichischen Landtags, wie den Mitgliedern des Landtags aus der Einladung zur heutigen Sitzung dies auch bekanntgegeben wurde. Vom Mitglied des Oberösterreichischen Landtags, Frau Mag. Doris Hummer, ist mir folgendes Schreiben zugegangen, das ich den Damen und Herren des Landtags damit zur Kenntnis bringe: „Gemäß Paragraf 9 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 verzichte mit Ablauf des 20. September 2017 auf mein Landtagsmandat.“ Zu dieser Verzichtserklärung stelle ich fest, dass sie mit 21. September 2017 wirksam geworden ist.

Aufgrund der vorhin verlesenen Verzichtserklärung wird Frau Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger in den Landtag berufen. Frau Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger ist im Haus anwesend. Ich begrüße sie sehr herzlich bei uns als neues Mitglied des Landtags und nehme gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 die Angelobung vor.

Ich bitte die Damen und Herren sich von den Sitzen zu erheben und die Frau Abgeordnete vorzutreten. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen. Frau Mag. Dr. Elisabeth

Kölblinger tritt vor.) Frau Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger, ich ersuche Sie im Sinne des Oberösterreichischen Landes-Verfassungsgesetzes und der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 das Gelöbnis als Mitglied des Landtags in der Form zu leisten, dass Sie nach der Angelobungsformel die Worte "Ich gelobe" sprechen. Die Angelobungsformel lautet: „Ich gelobe unverbrüchliche Treue dem Land Oberösterreich und der demokratischen Republik Österreich sowie stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Abg. Mag. Dr. Kölblinger: Ich gelobe.

Präsident: Ich danke dir und gratuliere dir sehr herzlich! (Beifall)

Präsident: So, wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf ihren Plätzen ja aufgelegt und ich beginne daher mit der Anfrage der Frau Abgeordneten Sabine Promberger an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Dr. Michael Strugl. Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. Promberger: Einen wunderschönen guten Morgen Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strugl! Nach jahrzehntelangem Einsatz des Oberösterreichischen Landtags für die Umsetzung der täglichen Turnstunde hat die Bundesregierung im Vorjahr grünes Licht für das Projekt in Oberösterreich gegeben und die notwendige Finanzierung bereitgestellt. Sie haben dazu am 8. Oktober 2016 öffentlich verkündigt, die fünfundachtzigprozentige Beteiligung im Burgenland übertreffen zu wollen. Meine Frage: Welche Mängel bei der Umsetzung der täglichen Turnstunde in Oberösterreich haben dazu geführt, dass die Teilnahmequote der Schulen nur einem Bruchteil des von Ihnen ausgegebenen Zieles entspricht?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strugl!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Strugl, MBA:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben tatsächlich mit dem Oktober 2016 bei der Landessportreferentenkonferenz in Kärnten mit Bundesminister Doskozil einen meiner Meinung nach historischen Durchbruch geschafft, in dem es nach einer Pilotphase im Burgenland auch möglich geworden ist, dass auch die anderen Bundesländer sich an der Einführung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit beteiligen. Das war damals eine sehr konstruktive Diskussion. Das Burgenland war sozusagen das Pilotprojekt und wir haben damals schon, als es diese Pilotphase gegeben hat, gefordert, dass diese Möglichkeit der Finanzierung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit an den Schulen auch für die anderen Bundesländer geöffnet wird und im Oktober 2016 haben wir das auch erreicht.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal sagen, dass ich dem Bundesminister Doskozil deswegen auch dankbar bin, dass er uns unterstützt hat in diesem Anliegen, das wir schon seit 2012 gefordert und kampagnisiert haben. Und Sie haben Recht, Frau Abgeordnete, ich habe damals auch gesagt, ich möchte, dass wir in der Beteiligung der Schulen und Klassen eine ähnliche flächendeckende Ausrollung dieser täglichen Bewegungs- und Sporteinheit wie das Burgenland schaffen. Das Burgenland hat rund 85 Prozent geschafft.

Faktum ist, dass wir natürlich noch nicht dort sind, nachdem heuer, vor einer Woche genau, dieses Projekt in Oberösterreich gestartet wurde. Aber eines ist für mich sonnenklar, wir werden mittelfristig auch auf eine Größenordnung wie das Burgenland kommen müssen,

damit es möglich ist, dass in allen Regionen dieses Landes Kinder und junge Menschen in Schulen in den Genuss dieser Möglichkeit der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit kommen.

Da werden wir auch gemeinsam noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wenn zum Beispiel in einem Bezirk, wie in der Stadt Steyr, überhaupt keine Schule teilnimmt, da hätten wir gemeinsam eine Aufgabe, sehen wir, was hier noch zu tun ist. Daher, ich halte daran fest, diese flächendeckende Durchdringung brauchen wir auf Sicht und zwar nicht, weil ich mir das einbilde, sondern weil wir das für unsere jungen Menschen brauchen. (Beifall)

Jetzt ist es natürlich so, dass es ein Unterschied ist, ob man ein Flächenbundesland hat wie Oberösterreich mit 870 Schulen oder eher ein kleineres Bundesland, wie das Burgenland, mit ein bisserl mehr als 200 Schulen. Und dass dort in der Pilotphase in dieser eher überschaubaren Größenordnung, noch dazu mit dem Minister, der aus diesem Land stammt, anders herangegangen wurde, das hat sich herausgestellt. Und ich verhehle auch gar nicht, ich hätte mir natürlich mehr gewünscht, schon im ersten Jahr, und ganz ehrlich gesagt, ich hätte es mir auch leichter vorgestellt. Ich habe nämlich geglaubt, das wollen eh alle.

Es hat sich aber herausgestellt, ganz so ist das nicht und daher werden wir auch die Kooperation, insbesondere mit der Schulverwaltung, noch verbessern müssen, damit es gelingt, die Pflichtschulinspektoren, den Landesschulrat und die Schulleiterinnen und Schulleiter davon zu überzeugen, wie wichtig dieses Projekt ist. Also, ich will damit sagen, ich bin auch noch nicht zufrieden. Und es muss uns gelingen, in den nächsten Jahren sukzessive diesen Prozentsatz, der derzeit bei ungefähr 11,5 Prozent bei den Klassen liegt, zu heben. Das steht für mich außer Frage.

Ich habe gelesen in den Medien, da gibt es verschiedene Zahlen, die da herumgeistern aus Ausschüssen oder wo anders, wo dann gesagt worden ist, das war ein Ziffernsturz. Ich sage Ihnen die Zahl, die jetzt stimmt, die auch ich immer gesagt habe und nicht die andere, auf die Sie referenziert haben. Wir haben 153 teilnehmende Schulen und zwischen 610 und 630 Klassen. Warum das noch nicht ganz trennscharf ist, liegt daran, weil das zum Teil noch an den Stundenplänen liegt, die derzeit noch fixiert werden. Das bedeutet, wir bringen 13.000 oberösterreichische Schülerinnen und Schüler in diese Bewegung. Das sind 26.000 zusätzliche Bewegungseinheiten für unsere Kinder und meine Damen und Herren, das ist schon etwas.

Und da danke ich auch den Pädagoginnen und Pädagogen und jenen Schulleitern, die engagiert an dieses Projekt herangegangen sind. Denn Gott sei Dank gibt es viele, die den Wert dieser täglichen Bewegungs- und Sporteinheit erkannt haben, abgesehen davon, dass wir noch andere werden überzeugen müssen, gemeinsam mit der Schulverwaltung, das wird natürlich nur dann gehen, wenn man auch an einem Strang zieht.

Aber damit Sie ein Bild bekommen, Frau Abgeordnete, wie wir so im Vergleich der Bundesländer liegen: wie gesagt das Burgenland ist ein Jahr vorausgegangen als Pilotprojekt unter den Rahmenbedingungen, die ich geschildert habe. Aber noch einmal Oberösterreich: 153 Schulen mit 610 bis 630 Klassen, das größere Niederösterreich 60 Schulen mit 223 Klassen, das benachbarte Salzburg 12 Schulen mit 30 Klassen, das große Wien 9 Schulen mit 60 Klassen, die mit uns strukturell vergleichbare Steiermark 6 Schulen mit 24 Klassen, das heilige Land Tirol 6 Schulen mit 24 Klassen, Vorarlberg 4 Schulen mit 16 Klassen und Kärnten, wo alles begonnen hat, 3 Schulen und 26 Klassen.

Also ganz ehrlich gesagt, für ein Flächenbundesland Oberösterreich stehen wir in diesem Vergleich nicht so schlecht da, auch wenn wir Luft nach oben haben und ganz ehrlich gesagt, einen Stotterstart, den würde ich anders sehen. Es ist ein guter Beginn, aber wir sind natürlich noch lange nicht dort, wo wir hin wollen und wir haben auch wirklich vor, dass wir mit jenen, die jetzt noch abwarten und diese Rückmeldung haben wir aus vielen Schulen, die wollten einfach einmal sehen, wie funktioniert das, und steigen dann erst im nächsten Schuljahr ein. Und ich lade Sie herzlich ein, Frau Abgeordnete, auch dort, wo Sie politisch wirken können, zum Beispiel in jenen Bezirken, wo noch gar keine Schule dabei ist, mitzuhelfen, weil da haben Sie vielleicht die besseren politischen Zugänge in Steyr, damit wir auch dort Schulleiter, Pädagogen und alle die daran mithelfen können, einladen, das umzusetzen.

Eines möchte ich auch noch sagen, ich danke ausdrücklich den Dachverbänden, die es übernommen haben, die Bewegungskoaches, die in die Schulen gehen und mit den Schülerinnen und Schülern dieses tägliche Bewegungs- und Sporteinheit umsetzen, die haben diese Bewegungskoaches rekrutiert, ausgebildet und die administrieren dieses System. Das ist ein enormer Aufwand für die Dachverbände, das ist ein enormes Engagement, das dort gezeigt wird und ohne die hätten wir das auch in dieser Form bis jetzt gar nicht umsetzen können. Also kurz und gut, es ist eine längere Reise, auf die wir uns hier begeben. Wir haben die ersten guten großen Schritte gemacht und wir werden gemeinsam, engagiert und angestrengt weiter daran arbeiten müssen.

Präsident: Gibt es noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Promberger:** Ja, natürlich gern! Ich glaube, erstens sollen wir uns ja nicht nach unten orientieren, sondern nach oben, weil wir wollen in der Champions League bleiben. Aber zur zweiten Frage: Es wurden ja auch 250 Jobs, zusätzliche Jobs angekündigt. Haben Sie da eine konkrete Zahl, wie viele Jobs es tatsächlich geworden sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Strugl, MBA:** Also erstens, wir orientieren uns nach oben, darum habe ich ja gesagt, das Burgenland ist das Vorbild, dem wir nacheifern. Am besten hat das bis jetzt Oberösterreich geschafft von den anderen Bundesländern, nichts anderes stelle ich an dieser Stelle fest.

Es sind bis jetzt 54 Bewegungskoaches im Einsatz, das heißt, wenn wir es dann im Lauf der Jahre schaffen, das auch flächendeckend auszurollen, dann ist diese Zahl realistisch.

Abg. **Promberger:** Danke!

Präsident: Gibt es keine weitere Zusatzfrage, gibt es nicht, Frage der Klubs? Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strugl.

Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist Anfrage des Herrn Abgeordneten Severin Mayr an Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer. Bitte Herr Abgeordneter!

Abg. **Mayr:** Schönen guten Morgen Herr Landeshauptmann! In einem Interview mit den Oberösterreichischen Nachrichten vom 24. August 2017 widersprechen Sie der Darstellung nicht, dass im Budget 2018 im Kulturbereich zehn Prozent eingespart werden sollen. Gibt es Ihrerseits tatsächlich Pläne, das Kulturbudget 2018 im Vergleich zum heurigen Voranschlag um zehn Prozent zu kürzen?

Präsident: Bitteschön Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Einen derartigen Plan habe ich nicht.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mayr:** Dann ist es ja gut, dass es diesen Plan nicht gibt. Sie haben meine volle Unterstützung dabei, dass dieser Plan nicht in die Tat umgesetzt wird. Werden Sie entsprechend diesen Medienbericht korrigieren und richtigstellen, dass nicht 20 Millionen Euro im nächsten Kulturbudget eingespart werden?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Wo Sie eine Aussage meinerseits mit dieser Zahl hernehmen, weiß ich nicht. Ich habe das auch noch einmal alles sehr genau nachgelesen. Was ich aber gesagt habe, und das passt auch gut als Antwort auf deine Frage ist, dass ich gerne möchte, dass wir dort, wo wir selber als Land Oberösterreich Kultur und Kulturinstitute betreiben schauen, wo wir Strukturen besser machen können.

Um es beim Namen zu nennen: Wir haben Häuser, die historisch gewachsen sind, mit guten Angeboten, die aber jedes für sich gewisse zentrale Bereiche haben. Also, das Museum hat eine Verwaltung, hat ein Marketing, hat ein Ticketing. Unser Kulturquartier in der Innenstadt hat dasselbe auch wieder. Die Landesausstellungen haben auch diese Bereiche für sich.

Ich glaube, es ist einer modernen Gestaltung dieser guten Betriebe angemessen, wenn wir schauen, was können wir hier für alle diese Landesunternehmen gemeinsam betreiben, in der Verwaltung, im Marketing, in der Gestaltung der Ticketpreise und Ähnlichem mehr und können dadurch die Effizienz heben und schlagkräftiger werden.

Das Zweite ist, ich möchte auch gerne, dass wir ein international sichtbarer Kulturstandort bleiben und uns vielleicht auch dazu noch mehr entwickeln, und ich möchte auch die Vorgabe, die der Landtag beschlossen hat, dass nämlich nächstes Jahr ein Null-Schulden-Budget zu gestalten ist, einhalten. Und wenn ich als Finanzreferent zuvorderst natürlich auch von allen anderen Ressorts verlange, dass sie dazu beitragen, bedeutet das auch für die Ressorts, die ich zu verantworten habe, dass es dann auch dort zu Einsparungen kommt, aber nicht in dem Ausmaß, wie sie das in ihrer Frage zitiert haben.

Wie kann das erreicht werden? Natürlich durch Zusammenarbeit, und ich bin daher froh, dass wir mit der Landeshauptstadt Linz in Gespräche eintreten können, wie wir den Auftritt, das Kulturaufgebot in der Landeshauptstadt gemeinsam besser gestalten können, weil ich der festen Meinung bin, jemand geht in eine Galerie, in ein Museum, weil er sich gewisse Bilder anschauen möchte, und er wird nicht nachlesen, in wessen Eigentum oder wessen Bestand ist dieses Bild.

Daher haben wir die Themen, wo stellen wir unsere gemeinsamen tollen Bestände der bildenden Kunst gemeinsam besser dar, damit wir mehr Publikum erzielen? Wie holen wir das Thema Technik, das genau für die Landeshauptstadt Linz und unsere Region eigentlich steht, mehr in den Fokus? Wo können wir dort gemeinsam Schwerpunkte setzen?

Wie können wir das unglaubliche Wissen, das sich zum Beispiel in unserem Biologiezentrum angesiedelt und angereichert hat, noch besser mit der Wissenschaft der Johannes Kepler Universität verknüpfen? Da gibt es enorme Potenziale, wo öffentliche Träger, egal ob sie

Bund wie bei den Unis, ob sie Landeshauptstadt Linz wie beim Lentos, ob sie die Landesgalerie wie das Land Oberösterreich sind, wo sie zusammenarbeiten können und auch besser mehr Publikum erzielen, mehr internationale Aufmerksamkeit und auch mehr Zuspruch aus der Bevölkerung.

Das ist mein Ziel. Wir werden das auch in einem gemeinsamen Projekt besprechen, aber mein Ziel ist es nicht, dass wir Häuser zusperren oder gar Leute einsparen.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mayr:** Eine zweite Zusatzfrage. Weil Sie, Herr Landeshauptmann, jetzt angesprochen haben, diese Gerüchte, die seit zwei Tagen durch die unterschiedlichsten Medien geistern, was die Zukunft der Landesmuseen und auch was Kooperation betrifft. Dadurch, dass da sehr viel an Vermutungen, an Halbinformationen bis jetzt transportiert worden ist, kommt es verständlicherweise, wie auch heute in den Oberösterreichischen Nachrichten ersichtlich, zu massiven Verunsicherungen bei vielen Beteiligten.

Daher meine Frage: Bis wann werden diese Pläne über die Umstrukturierungen dem Oberösterreichischen Landtag vorgelegt und wie sind auch die budgetären Auswirkungen in dieser Frage?

Präsident: Eine Frage!

Abg. **Mayr:** War ein Beistrich, war eine Frage.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Es kommt zu Verunsicherungen, das stimmt, weil es Veränderungen gibt. Diese Verunsicherungen gibt es bis in höchste Kreise, zum Beispiel bis zum Herrn Kulturminister, der ja, wie ich lese und auch beim Brucknerfest gehört habe, kritisiert, dass das Land Oberösterreich auch im Kulturbereich vorhat zu sparen.

Da möchte ich ersuchen und bitten, dass auch alle mittun, dass die gewaltigen Ungerechtigkeiten, die es in der Kulturförderung vom Bund zum Land Oberösterreich bis heute gibt, beseitigt werden, weil es leider so ist, dass der Kulturminister, wenn ich alle Bundeseinrichtungen, die es in der Stadt Wien gibt, abziehe, einen Wiener Bürger aus dem Kulturbudget mit rund 35 Euro fördert, eine oberösterreichische Landsfrau oder einen Landsmann mit nur rund elf Euro.

Daher würde ich ihm raten, si tacuisses, ein Verhältnis von eins zu drei in der Kulturförderung, das ist nicht hinnehmbar. Das werden wir auf Dauer nicht akzeptieren. Das ist eine Unsicherheit, die ich habe und die uns gemeinsam verunsichert. Das Zweite ist, es wird wie immer im Landesdienst ein ordentliches Projekt dabei geben, auch unter Einbindung der Personalvertretung, und wenn jemand verunsichert ist, dann kann er sich gerne auch an mich wenden. Ich bin dafür bekannt, dass ich E-Mails selber lese und auch beantworte.

Präsident: Dankeschön. Es gibt eine weitere Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Böker.

Abg. **Böker:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine Studie von Universitätsprofessor Dr. Friedrich Schneider im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung aus dem August des Vorjahres hat ergeben, dass durch die Ausgaben des Landes für den

Kulturbereich 2.518 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise erhalten wurden. Eine Kürzung um zehn Prozent, die Sie jetzt zwar nicht ganz bestätigen, wie es aber kolportiert wurde, würde demnach Arbeitsplätze vernichten, ginge ja gar nicht anders.

Gibt es bereits Berechnungen, wie viel zusätzliche Arbeitsplätze verloren gehen und wie hoch die Folgekosten daraus wären?

Landeshauptmann Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Kollegin! So wie alle Ressortverantwortlichen werden wir Ihnen, Damen und Herren, unsere Budgetüberlegungen für das nächste Jahr zeitgerecht darlegen, das dann auch miteinander diskutieren. Ich sage aber noch einmal dazu, wenn wir ein Null-Schulden-Budget erreichen wollen, und wenn damit auch alle sparen müssen, damit wir uns Schwerpunkte leisten können, dann werden auch alle dazu beitragen, weil der Endeffekt dieser Bemühung ist, dass wir den Arbeitsplatzstandort in Oberösterreich in seiner Gesamtheit voranbringen, weil wir zum Beispiel Investitionen in manchen Bereichen brauchen.

Damit wir sichtbar bleiben, und damit auch rund um die Kultur viel entsteht, möchte ich ja eben, dass unsere Kultureinrichtungen auch noch einen besseren Zuspruch erfahren. Sie werden ja öfter unterwegs sein in unseren Häusern. Also, überrannt wird man dort nicht, und überbevölkert sind sie auch nicht. Also, das ist ein Zustand, den sich die Häuser und die Bestände nicht verdienen, und daher gibt es dort auch etwas zu tun.

Präsident: Dankeschön. Eine weitere Frage hat die Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, bitteschön.

Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer: Herr Landeshauptmann, angesichts der Zahlen, die Sie präsentiert haben bezüglich Unterstützung Bundesseite, Bundesländer und der Stadt Wien darf ich auch bemerken, Unterstützung Landeshauptmann Linz und die Gemeinden, die wir uns auch anschauen müssen in diesem Zusammenhang. Aber meine Frage ist, wir haben vor einem Jahr beschlossen, dass es Gratis Eintritt für Jugendliche in unsere Museen geben soll. Meine Frage angesichts dieser Diskussion, wann wird dieser Antrag umgesetzt?

Landeshauptmann Mag. Stelzer: Ich habe, Frau Präsidentin, schon gesagt, dass wir wollen, dass wir miteinander gestalten, all die Angebote, die das Land hat, auch im musealen Bereich, im Galeriebereich. Dort werden wir dann natürlich auch das Thema Ticketing vorlegen. Momentan ist das leider ein ziemlicher Dschungel mit sehr vielen Sondertarifen, Ermäßigungen und dergleichen mehr. Ich glaube, dass wir da vereinfachen können.

Ich gehöre aber nicht den Verfechtern der Gratisgesellschaft an. Ich glaube sehr wohl, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich etwas anschauen wollen, die auch unterstützen wollen, dass wir uns das weiter leisten können, auch bereit sind, einen Beitrag dazu zu leisten, dass man für junge Leute und für die, die das für die Bildung brauchen, immer Sonderangebote benötigt, da sind wir uns, glaube ich, einig.

Präsident: Dankeschön. Es gibt keine weitere Frage. Danke Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Stefan Kaineder an Herrn Landesrat Max Hiegelsberger.

Abg. Kaineder: Danke, Herr Präsident, guten Morgen Herr Landesrat! In Ihrer Pressekonferenz am 5. September 2017 fordern Sie verstärkte Maßnahmen zum Schutz der heimischen Agrarflächen vor Bodenversiegelung. Auch in der Nachhaltigkeitsstrategie des

Bundes sowie in verschiedenen Grundsatzbeschlüssen der Oberösterreichischen Landesregierung ist das Ziel einer ständigen Senkung des Flächenverbrauchs festgelegt.

Welche Maßnahmen setzen Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit als Agrarlandesrat, um den täglichen Flächenverlust für die Landwirtschaft durch Umwidmungen für Bau- und Verkehrszwecke von derzeit zwei Hektar zu reduzieren?

Landesrat Hiegelsberger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, hohes Haus, liebe Gäste! Es ist der gesamte Flächenverbrauch eigentlich unserem Wesen, wie wir uns in unserem Wohlstand entwickelt haben und weiterentwickeln werden, geschuldet. Im Jahr 1950 war der Siedlungsbedarf pro Einwohner in Österreich 374 m² und im Jahr 2010 war der Siedlungsbedarf pro Einwohner 537 m². Das heißt, fast 200 m² haben wir für unseren Lebenswandel in der Art, wie wir leben möchten, inzwischen verbraucht. Der zweite Punkt, es haben die Kampagnen, auch in den vergangenen Jahren, bereits gegriffen.

Es ist richtig, dass die Durchschnittszahl von 2011 bis 2016 insgesamt 22 Hektar verbauter Fläche in Österreich pro Tag beträgt, und dass wir im Jahr 2016 bei 16 Hektar gelandet sind. Das heißt, die Bewusstseinsbildung findet inzwischen statt und hat natürlich auch ihren Niederschlag in den verschiedenen Nutzungen gefunden.

Ein weiterer Schwerpunkt, der von uns bundesweit gesetzt wurde, in der Gemeinschaft der Agrarreferenten, befasst sich seit dem 23. Juni 2016 damit, in welcher Form Ausgleichsflächen für verbaute Flächen geschaffen werden, denn hier sehen wir eine besonders große Diskrepanz. Ich erwähne nur das Beispiel S 10. Bei der S 10 ist die verbaute Fläche 42 Hektar und die Ausgleichsfläche, die dazu gefordert wurde, noch einmal durch den Umweltschutz verstärkt wurde, 170 Hektar.

Hier haben wir viel größere Diskrepanz als bei den verbauten Flächen, und das muss man sich ganz intensiv ansehen. Es hat natürlich auch eine starke Veränderung der Kulturlächen in Oberösterreich insgesamt gegeben. Wir sehen, dass wir von 1970 bis 2010 eine Zunahme beim Ackerland von 12.000 Hektar haben, wir haben aber einen Rückgang bei den Grünlandflächen von 90.000 Hektar.

Das hängt natürlich stark damit zusammen, dass sich durch die Preissituationen, die sich in der Landwirtschaft insgesamt ergeben haben, viele Betriebe Flächen umstrukturiert haben oder gerade im Berggebiet, im südlichen Bereich von Oberösterreich und auch im nördlichen Teil, im Mühlviertel, stark in Wald umgewandelt wurden. Das ist eine Flächenbilanz, die man gesamtheitlich betrachten muss und nicht einzelne Elemente herausnehmen kann.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Kaineder:** Ja.

Präsident: Bitte sehr.

Abg. **Kaineder:** Sie sind ja in der Landesregierung auch für die wesentlichen Belange der Gemeinden zuständig, und die Gemeinden haben einen großen Einfluss auf den Bodenverbrauch, logischerweise. Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie in Ihrem Wirkungsbereich, damit die Entscheidungsorgane der Gemeindeebene dahingehend unterstützt werden, dass sie mehr im Sinne der Verringerung der Flächeninanspruchnahme

agieren, und dass es zu geringeren Abweichungen von örtlichen Entwicklungskonzepten und Flächenwidmungsplänen kommt?

Landesrat **Hiegelsberger**: Schauen Sie, lieber Kollege, ich glaube, Sie kennen die Situation in den Gemeinderäten. Letztendlich wird dort mit Mehrheit beschlossen, ob es zu Flächenumwidmungen kommen sollte im Grundsatzbeschluss oder nicht. Es ist ja selten eine Forderung der Gemeinde, sondern meist eine Forderung der Bürger. Das heißt, Bewusstseinsbildung muss auf allen Ebenen stattfinden, und hier haben die Gemeinden eindeutig den größten Hebel, denn sie sind zuständig für die Raumordnung in Oberösterreich, die dann vom Land über Sachverständige und natürlich Gutachten bestätigt wird, oder auch nicht.

Aber eindeutig haben wir hier Handlungsmöglichkeiten. In meinem Ressort ist es so, dass ich keinem Probelokal außerhalb des Ortszentrums mehr zustimme. Es gibt auch keines mehr, es werden inzwischen alte Häuser weggerissen, werden dort die Bauflächen genutzt und auch gebaut. Aber auch hier ist ein wesentlicher Anker, der in der Form, wie es nötig wäre, nicht funktioniert. Wir hätten eine hohe Bereitschaft von vielen Unternehmerinnen und Unternehmern und auch von Privaten, in alte Häuser zu investieren.

Solange da niemand nachfragt, ob dieses Haus zu erwerben ist, ist es nichts wert. Sobald jemand nachfragt, und vor allem die öffentliche Hand, dann haben wir das Golden Plating par excellence. Diese Situation stellt sich auch den oberösterreichischen Gemeinden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Kaineder**: Eine Zusatzfrage habe ich noch.

Präsident: Bitte schön.

Landesrat **Hiegelsberger**: In besagter Pressekonferenz, der Eingangsfrage zum Bodenschutz, ist unter anderem vorgeschlagen worden, die Kommunalsteuer für Unternehmen, die derzeit ja eine ausschließliche Gemeindeabgabe ist, künftig als Landesabgabe zu führen. Das soll offensichtlich den Konkurrenzdruck zwischen den Gemeinden, aber mittlerweile auch zwischen Gemeindeverbänden verringern. Wie stehen Sie persönlich zu diesem Vorschlag?

Landesrat **Hiegelsberger**: Das ist eine geschichtliche Entwicklung, die wir in Oberösterreich dazu haben. Es gibt Bundesländer, die in dieser Form die Kommunalsteuer verteilen. Wir haben uns in Oberösterreich zu einem anderen Modell entschlossen, das ist die sogenannte Landesumlage. Durch die Landesumlage haben wir die Möglichkeit, strukturschwächere Gemeinden auch bei Investitionen zu unterstützen, und das ist der Ausgleich, der in Oberösterreich für die Kommunalsteuer geltend ist.

Präsident: Dankeschön. Eine weitere Frage ist von der Frau Abgeordneten Böker an den Herrn Landesrat.

Abg. **Böker**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Wiederum, in der angesprochenen Pressekonferenz forderten Sie laut Zeitungsberichten unter anderem auch ein Verbot der Neuwidmungen von Supermarktflächen. Sind Sie in diesem Punkt für eine Novellierung des Raumordnungsgesetzes, die die Außenentwicklung und weitere Zersiedelung stoppt und dagegen aber die Innenentwicklung fördert und verstärkt?

Landesrat **Hiegelsberger**: Diese Aussage in der Pressekonferenz hat einen anderen Hintergrund. Wir sind da inzwischen europaweit fast der Weltmeister, gemeinsam mit Dänemark, oder Europameister. Wir haben derzeit pro Einwohner Lebensmittelhandelsfläche von 1,75 m² pro Bürger. Die Bundesrepublik liegt bei 1,25 m², Italien und Frankreich liegen bei 0,99 m².

Das heißt, wir sehen, dass wir hier an eine Decke gekommen sind, wo tatsächlich darüber nachzudenken ist, möchten wir das in dieser Form weiter betreiben oder sehen wir es auch als österreichisches Element, denn das ist ja hauptsächlich ein Bundesthema, in welcher Form Lebensmittelhandelsflächen gewidmet werden, in einem Ansatz auch hier einzugreifen?

Präsident: Danke schön. Danke, Herr Landesrat.

Es gibt keine weitere Frage, und wir kommen zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Erich Rippl an Herrn Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. Bgm. **Rippl**: Verehrter Herr Präsident, verehrter Herr Landesrat! Die Fahrgastzahlen der Straßenbahnlinien 3 und 4 vom Hauptbahnhof bis zur Trauner Kreuzung beziehungsweise bis zum Schloss Traun betragen im ersten Halbjahr 2017 3,4 Millionen Fahrgäste. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger ist es, die Straßenbahn von Traun nach Ansfelden, dass die verlängert wird, um noch mehr Menschen aus der Region das Fahren mit dem öffentlichen Verkehrsnetz beziehungsweise Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Wann wirst du die Straßenbahnverlängerung beziehungsweise die Stadt-Regio-Tram von Traun nach Ansfelden umsetzen?

Präsident: Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Ja, nachdem ich eine Doppelfrage bekommen habe, die jetzt nicht genauso vorgelesen wurde, es steht ja wann und wie, oder? Ist die Frage zurückgezogen? Ich beantworte beides und erlaube mir eine entsprechende Zeit des Herrn Präsidenten, damit ich hier tatsächlich replizieren kann. Es geht nämlich hier um eine Grundsatzfrage.

Einfach wäre es zu sagen, wir haben das Geld jetzt nicht. Einfach ist es auch, dem Bürgermeister von Lengau zu sagen, wir haben das Geld nicht für die Elektrifizierung. Einfach ist es auch, dem Bürgermeister von Lengau zu sagen, wenn maximal drei Personen einsteigen in Teichstätt, dann werden wir diese Haltestelle nicht weiter betreiben, weil es für 400 andere Personen aus der Region ein Vorteil ist, wenn umgestellt wird und der Bürgermeister in Teichstätt Lengau sogar zugestimmt hat, dass diese Maßnahme passiert.

Aber jetzt zum großen Bereich. Wir können jetzt jedes Mal im Landtag eine Diskussion führen. Einmal ist es die Straßenbahn. Leider, im Jahr 2011 wurde der Vertrag damals mit den Bundesbahnen betreffend den Erhalt der Bahnen nicht unterfertigt. Das heißt, Hauptproblem ist, die österreichischen Bundesbahnen, damals unter Führung des jetzigen Bundeskanzlers Kern haben im Zielnetz festgehalten, dass im Jahr 2019 die Mühlkreisbahn ab Rottenegg nicht mehr betrieben wird.

Zweitens, die ÖBB und das Infrastrukturministerium, geführt Rot, ÖBB, geführt Rot, haben festgehalten, dass die Almtalbahn nicht mehr im Zielnetz inkludiert ist und entsprechend nicht aufrechtzuerhalten ist.

Drittens, die Hausruckbahn ist nicht mehr im Zielnetz, gleiche politische Verantwortlichkeit, wiederum Rot. All das ist grundsätzlich zu klären. Wollen wir diese Bahnen aufrechterhalten? Infrastrukturministerium und Nationalrat haben gegenteilige Entscheidungen getroffen.

Nächster Punkt, wir haben jetzt das große Problem Pregarten, Gallneukirchen, mit einem Riesenpotenzial,

Abg. Bgm. **Rippl**: Es geht ja um Ansfelden.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Wo wir eine Straßenbahn-Verbindung haben wollen, wo wir der Meinung sind, dass wir dafür sehr viele Gäste lukrieren können. Das wird viel Geld kosten. Wir haben eine Forderung von der Stadt Linz, einer unterirdischen Straßenbahnführung, die alleine aufgrund der unterirdischen Führung, ohne damit neue Fahrgäste für die Bahn zu lukrieren, weit über 100, 150 Millionen Euro kosten wird.

Wir haben eine Forderung von der Stadt Linz betreffend einer unterirdischen Führung der Straßenbahn am Hinsenkampplatz, die durchaus logisch und gut wäre, weil sie dem Individualverkehr dienen würde. Damit würde das Problem des Individualverkehrs Richtung Osten der Stadt nicht über die Kaarstraße und den Bahnhof gelenkt werden. Weitere Projekte dieser Art inklusive der Attraktivierung der verschiedenen Bahnen inklusive der jeweiligen Bahnübergänge führen dazu, dass wir nur einmal in einer Grobabschätzung von einer Milliarde bis 1,3 Milliarden Euro reden. Wir können jetzt im Landtag, so wie die Sozialisten es machen, dem Verkehrsreferenten alles Mögliche vorwerfen. In einer hasserfüllten Lügenpropaganda, die sich gewaschen hat, ihm Stauvorhalte machen, (Unverständliche Zwischenrufe) ja so ist es, genauso ist es. (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Ich mache eine Anfrage zu Ansfelden!“) Ja wir kommen schon dazu, ihr müsst euch schon das gefallen lassen. Ihr werdet mir schon zuhören müssen, wenn ihr Doppelfragen stellt und nicht einmal die Geschäftsordnung kennt, dann tut ihr mir leid, dann müsst ihr halt ein bisschen mehr zuhören. (Beifall)

Eine sozialistische Verantwortlichkeit für den Stau besteht aufgrund der Brückenmisere in Linz mit der Eisenbahnbrücke, (Präsident: „Herr Landesrat!“) die Eisenbahnbrücke, (Präsident: „Herr Landesrat!“) Herr Präsident ich lasse mich nicht unterbrechen, ich verweise auf die Verfassung, es steht mir zu, entsprechend der Verfassung hier zu antworten. (Präsident: „Das stimmt schon, aber du hast schon relativ weit ausgeholt!“) Ja und ich hole noch weiter aus, weil es notwendig ist. Weil es notwendig ist, damit man versteht, warum manche finanziellen Detailentscheidungen wegen der Straßenbahn jetzt nicht möglich sind. Es wird eine Gesamtschau, ein Plan bis ins Jahr 2030, notwendig sein, da es um sehr viel Geld geht und weil, ich zitiere einen führenden Eisenbahner, in Wien, so viele Bälle gleichzeitig in der Luft sind, die schwer zu fangen sind.

Und dieses Problem, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Da bist du überfordert, offensichtlich!“) das ist wirklich traurig. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Landesrat und ich bitte dich, die Konkretisierung der Beantwortung vorzunehmen!“) Die SPÖ hat 20 Jahre und länger das Verkehrsressort und was ist denn passiert mit dem Stau, wie viele Pendlerparkplätze? (Unverständliche Zwischenrufe) Zu den Tickets kommen wir schon noch, ist eh interessant, dass nicht der Aufsichtsrat, der jetzt grad hier steht, die Anfrage stellt, weil die hat er wen

anderen stellen lassen, wird schon einen Grund haben. Aber das ist die nächste Anfrage. Hierzu komme ich schon.

Also wenn ihr wirklich wollt und nicht billige Politik und billige Parteipolitik vor einer Wahl machen wollt, dann ist es notwendig, dass man analysiert, wo werden wir die Schwerpunkte der Geldmittel, die bescheiden sind und die nicht, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das haben wir ja gefragt und du hast uns keine Antwort gegeben!“) Herr Klubobmann, es wäre schon nett, du würdest ja eine Antwort bekommen, wenn du mir zuhören würdest. Aber wenn du nicht zuhören willst, weil du natürlich jetzt billige Wahlkampfpolemik machen willst und dich nicht darauf besinnst, dass es letztlich darum geht, dass wir für Oberösterreich was zustande bringen.

Leider geht es hier um eine Milliarde Euro und mehr. Wenn man hierbei Fehler macht und glaubt, durch Parteipolitik Entscheidungen herbeizuführen, die also irgendwem nutzen, dann irrt man. Mir tun die Pendlerinnen und Pendler leid, die im Stau stehen, weil man das Brückenmanagement in Linz halt nicht so gemacht hat, wie wir es gerne gehabt hätten. Da hätte man die Eisenbahnbrücke, die ja der ÖBB gehört hat und von Haider, früherer Parteiobmann der SPÖ, übernommen und sofort zugemacht wurde, erhalten können. Das sagt halt niemand in der Sozialdemokratie.

Aber die entscheidende Frage ist, dass das wichtigste Projekt, wo die SPÖ sagt, das wollen wir und alle anderen Projekte wollen wir nicht, wäre es hier nicht vernünftig, eine Gesamtschau, nämlich sogar über die Mittelfristplanung anzustellen, weil es um so viel Geld geht? (Zwischenruf Landesrätin Gerstorfer, MBA: „Schau mal da rauf auf die Zuschauergalerie!“) Frau Kollegin, es ist eh peinlich, was du da als Regierungskollegin alles angeführt hast. Ich sage dir, wäre es nicht vernünftiger, (Unverständliche Zwischenrufe) Es ist peinlich ja, schau, deswegen sind ja die Wahlergebnisse bei der SPÖ auch so, ja ich schaue dir ins Auge, deswegen sind die Wahlergebnisse der Sozialdemokraten so. Noch einmal, da will mir der Bürgermeister in Teichstätt eine Unterschriftenliste wegen Lengau übergeben, (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Die kriegst du nachher noch!“) die sollen wissen, dass das auch wieder entsprechend Geld kostet.

Wenn wir keine Planung für die nächsten 10 bis 15 Jahre zustande bringen, dann wird es im öffentlichen Verkehr nicht weiter gehen, so wie es in der Vergangenheit durch die Sozialdemokraten nicht weitergegangen ist. Deswegen sage ich, wollen wir eine abgestimmte Zukunftsperspektive für die Straßenbahn haben, die ich sehr gerne haben möchte, die ich sofort haben möchte, aber wir die Gesamtschau der Finanzierung haben müssen und diese Finanzschau liegt derzeit nicht vor, daran arbeiten wir. Auch müssen wir wissen, was es uns kostet, wenn wir die Mühlkreisbahn, Hausruckbahn, Almtalbahn und die Gesamtattraktiverung der Salzkammergutbahn vornehmen müssen. Da gibt es Verhandlungen, wir wissen es noch nicht. 2011 hat es leider keine Finalisierung gegeben. Sobald wir das wissen, starten wir.

Präsident: Dankeschön. Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja, habe ich. Also zum Thema Lengau und Teichstätt werde ich dir noch die Unterschriften übergeben und auch meine Meinung dazu sagen. Ich habe ja gar nicht gewusst, dass ich dich so aus der Fassung bringen kann, wenn ich nur frage, wann wird das umgesetzt von Traun nach Ansfelden. Also irgendwo denke ich mir, (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Ist das eine Frage?“) du hast ja auch so weit ausgeholt.

Meine Frage. Meine Zusatzfrage: Du hast ja den Bürgermeistern versprochen von Ansfelden, einem Manfred Baumberger, einem Walter Brunner von Leonding, einem Peter Mair Pasching und von Traun einem Rudolf Scharinger bei einem Treffen am 10. März 2017, dass spätestens in einer Landtagssitzung am 6. Juli 2017 der Antrag auf einen Grundsatzbeschluss über die Verlängerung der Straßenbahn, sprich Stadt-Regio-Tram von Traun nach Ansfelden, samt der Genehmigung und der Planungskosten, im Landtag eingebracht wird. Warum ist dies nicht geschehen?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Weil er von der Finanzdirektion nicht mitgezeichnet wurde.

Präsident: Dankeschön, gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Rippl**: Ja. Die SPÖ-Bürgermeister der beteiligten Gemeinden haben die Beschlüsse in den Gemeinderäten gefasst und auch die zwanzigprozentige Beteiligung der Planungskosten von 2,3 Millionen Euro eingeholt, auch die nötigen Verträge wurden bereits unterzeichnet. Wann wirst du seitens des Landes diese Verträge unterzeichnen?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Wenn die Finanzdirektion es fertigt.

Präsident: Danke. Gibt es eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu einem Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Landesrat, du kannst kurz Platz nehmen. Der Herr Klubobmann Makor bekommt, um zur Geschäftsordnung zu sprechen, das Rederecht. Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO **Makor**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich möchte mit aller Deutlichkeit und mit Nachdruck und gerade du, als langjähriger Klubobmann deiner Fraktion solltest es wissen, nämlich du hast darauf verwiesen, wie die Geschäftsordnung, sozusagen, Richtung Abgeordneten zu handhaben ist und ich darf dir zitieren den Paragraph 30 Absatz 2 und wir sind da normalerweise nicht kleinlich, (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Zur Geschäftsordnung!“) aber wenn du es ausweidest, dann sollte es, (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Gibt es einen Geschäftsantrag?“ Präsident: „Herr Klubobmann bitte!“) wenn du es so ausweitest, dann sollte es auch für dich gelten, nämlich der Hinweis, dass im Paragraph 30 Absatz 2 klar und deutlich drinnen steht, dass das befragte Mitglied der Landesregierung in dieser Sitzung, in der die Frage aufgerufen wird, kurz und präzise zu beantworten hat. Das, was du da geboten hast, war weder kurz noch präzise, weil das war keine Antwort auf die ursprünglich gestellte Frage. (Beifall)

Präsident: Herr Klubobmann, das war aber jetzt auch kein Antrag zur Geschäftsordnung.

Wir kommen zur nächsten Anfrage. Und zwar eine Anfrage der Frau Abgeordneten Petra Müllner an Herrn Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Und ich bitte, dass man sich wieder auf die Grundlagen der Geschäftsordnung besinnt.

Abg. **Müllner**: Ich werde mich bemühen, hoffe Sie tun das auch. Medienberichten und auch persönlichen Berichten zufolge hat die Umstellung bei der Antragstellung für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt auf das System der Online-Beantragung beim Oö. Verkehrsverbund ein großes Chaos verursacht. Hunderte, und wie wir mittlerweile wissen, tausende Betroffene bekamen trotz fristgerechten Antrags verspätet einen Fahrausweis zugesandt beziehungsweise konnten den Online-Beantragungsvorgang nicht abschließen und erhielten deshalb keinen Fahrausweis. Herr Landesrat, warum kommt es bei der Online-Beantragung der Fahrausweise für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt beim OÖVV seit Wochen zu

Nichtausstellungen beziehungsweise verspäteten Ausstellungen der benötigten Fahrausweise?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Wie wir alle wissen, handelt es sich hier um ein Tochterunternehmen eines ausgelagerten Unternehmens. Grundsätzlich läuft die sogenannte Vollziehungskompetenz des Regierungsmitglieds ausschließlich über die Aufsichtsratsfunktion. Diese Funktion hat auch der Kollege Rippl im gleichen Aufsichtsrat wie ich. Ich werde trotzdem unter Wahrung der Verschwiegenheit hinsichtlich der Aufsichtsratssitzungen versuchen, Stellung zu nehmen, weil es mir wichtig ist, hier einige Aufklärungen zu tätigen und es tatsächlich sehr peinlich ist. Ich gehe davon aus, dass kein einziger Schüler oder Schülerin oder Lehrling ein Problem der Bezahlung bekommen wird. Mir wurde auch zugesichert, dass bis Ende September alle diese Probleme bewältigt werden. Das ist mir das Wichtigste, dass keiner zur Kassa gebeten wird, und das keiner vielleicht nicht befördert werden würde. Man verhandelt jetzt darüber hinaus noch, um eine Woche das Problem eventuell zu verlängern, dann sollte es abgeschlossen werden.

Zur Vergangenheit. Früher hat es diese Probleme verlagert bei einem Verkehrsunternehmen gegeben. Also jetzt gibt es eine Schlange vom Verkehrsverbund, früher hat es eine quasi Schlange von Schülerinnen und Schülern, beispielsweise bei der Linz AG gegeben, die dort die Anträge abgegeben haben. Das Land Oberösterreich tritt hier quasi in einer Serviceleistung für die Verkehrsunternehmen auf. Seit 2011 wurde diese Vorgehensweise mit den Verkehrsunternehmen abgestimmt, die Auswahl der Unternehmen, da kann ich auch nichts dafür, auch wenn ich dafür in Verantwortung genommen werde durch den Herrn Klubobmann, war am 12. Oktober 2015. In dieser Aufsichtsratssitzung wurden genau jene Unternehmen ausgewählt, die also jetzt tätig sind. Selbstverständlich wurde dann dem Aufsichtsrat, dem Kollegen Rippl und mir, laufend berichtet, dass es bei der Einstellung und bei der Umstellung folgende Vorsichtsmaßnahmen gegeben hat.

Um einen 7 mal 24 Stundenbetrieb und Systemsupport sicherzustellen, wurde ein externes Hosting der Server eingerichtet. Für Produktion und Versand der großen Menge an Tickets und Briefen samt Rechnungen wurde ebenfalls ein entsprechend externer Druck- und Vertriebspartner beauftragt. Die Produktion und die Auslieferung der Bestellcodes in speziell verschlossenen Kuverts wurde von einer Spezialdruckerei durchgeführt. Für die im Programm benötigte Wegberechnung, Adresssuche, Adressvalidierung wurde die Verkehrsauskunft Österreich eingesetzt. Bei den Adressaten werden die Daten vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen für die VAO beigezogen. Darüber hinaus wurde für die Zahlungsentwicklung ein Payment Service Provider beauftragt. Als Zahlungsarten werden Zahlungen per Kreditkarte und auf Rechnungen angeboten.

Nach Einspielung der benötigten Stamm- und Steuerdaten, Schuldaten, Ferienkalender und diverser weiterer Regelungen wurden vor Betriebsaufnahme umfangreiche automatisierte und manuelle Tests an verschiedenen Testsystemen vorgenommen. Darunter waren Lasttests, Penetrationstest, Funktionstest, Regressionstest, User Acceptance-Tests. Ich bin kein Informatiker und muss mich hier auf die Berichterstattung der Geschäftsführung verlassen. Teilweise tu ich mir mit den Ausdrücken der EDV auch schwer, aber ich gehe davon aus, dass ich hier wirklich gute Leute habe und der Geschäftsführer wirklich ein toller Mann ist, der sich besonders dafür einsetzt. Jedenfalls wurden diese Tests alle durchgeführt, ob weitere Tests notwendig gewesen wären, entzieht sich meiner Fachkenntnis.

Als Testsystem wurde das jetzige produktive System in der aktuellen Konfiguration eingesetzt. Schließlich wurde das System auf den Servern installiert und am 6. Juni 2017 in Betrieb genommen. Trotz aller Vorkehrungen sind Probleme bei der Bedienung des Systems leider nicht ausgeblieben. Der Upload der Fotos und das Finden der richtigen Verbindung macht vor allem Probleme. Einige Male wurden Bestellungen auch vom System nicht bestätigt oder es kam zum Abbruch eines Zahlungsvorgangs. Bereits unmittelbar nach Betriebsaufnahme wurde begonnen, diese Probleme zu analysieren und mit Softwareupdates zu reagieren. Es konnten zwar Verbesserungen erzielt werden, die Probleme aber leider nicht aus der Welt geschafft werden. Aufgrund der stark ansteigenden Beantragungszahlen in den Wochen vor Schulbeginn sind die Probleme neuerlich sichtbar geworden. Als hartnäckigstes Problem dabei hat sich eine Systemkonstellation herausgestellt, die in Verbindung mit der Software zu komplexen Fehlverhalten führt.

All das hat dazu geführt, dass jetzt mit Zetteln auch die Möglichkeit besteht, die Anträge abzugeben. Dabei hat es Irritationen mit einzelnen Verkehrsunternehmen, welche die Zettel der Schüler nicht entgegengenommen haben, gegeben. Auch das ist aus der Welt geschafft und mir wird seitens der Unternehmensleitung versichert, dass sie das Problem für die Schülerinnen und Schüler, für den Transport und auch für die Unternehmer in den Griff bekommen.

Präsident: Dankeschön. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Müllner:** Ja. Vorab aber herzlichen Dank für die sehr sachliche Beantwortung. Nachdem die Politik ja auch Erfolge verkauft und sich dafür verantwortlich fühlt, denke ich, müssen wir uns auch dort, wo das nicht gut funktioniert, verantwortlich fühlen. Und daher auch meine Zusatzfrage: Wie können Sie garantieren, als zuständiger Landesrat, dass bis Ende der nunmehr eingeführten Toleranzzeit bis Ende September alle ausständigen Ausweise ausgestellt und an die Berechtigten zugestellt werden?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Das kann ich nicht garantieren, das muss das Unternehmen. Wir haben eine Systematik, dass diese Gesellschaft unterhalb der Holding arbeitet. Wir haben zuerst die Landesholding, das ist die gesamte Regierung. Dann gibt es Branchenholdings, dann gibt es die Verkehrsverbundgesellschaft, darunter wieder eine Tochtergesellschaft, und diese Tochtergesellschaft ist mit ihrer Führung und der EDV gefordert, das Problem zu lösen. Die Kontrolle übernehme ich im Bereich des Aufsichtsrates als Vorsitzender, gemeinsam mit dem Kollegen Rippl, der im Aufsichtsrat sitzt.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Müllner:** Ja. Ich schließe also daraus, sie übernehmen dazu keine Verantwortung. Meine Zusatzfrage: Werden Sie nach diesem Chaos um die Online-Antragstellung dafür sorgen, dass in Zukunft die Möglichkeit zur Antragstellung in Papierform jedenfalls mittelfristig erhalten bleibt?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Das wird man sich anschauen müssen. Der Wunsch der Umstellung kam ja von Linz AG, ÖBB und den Unternehmen. So wie es heuer funktioniert, oder nicht funktioniert hat, darf es natürlich nie wieder sein, das ist uns allen miteinander klar. Es wird natürlich auch ein Anwalt beziehungsweise ist bereits der Anwalt beauftragt, rechtliche Konsequenzen zu überprüfen.

Es wird natürlich auch eine Nachbearbeitung der Fehler geben müssen. Ich schaue mir das gerne an. Ich bin gerne für jede Prüfung des Unternehmens zu haben, aber im Moment ist das Wichtigste, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Ausweise kriegen, dass dann die Unternehmer ihr Geld bekommen, dass sie natürlich befördert werden und alles andere wird dann entsprechend aufgearbeitet werden. Einer Technikverschließung sollte man sich nicht hingeben. Ich glaube, dass ist der nächste Schritt, und wir arbeiten ja dran, dass zukünftig ein Ticketing über Smartphone möglich ist. Das ist der Weg der Zukunft. In dieser Art und Weise natürlich nicht, da sind wir alle miteinander, als gesamtes Land, in der Verantwortung. Auch die, welche im Aufsichtsrat sind.

Präsident: Dankeschön Frau Abgeordnete, eine weitere Frage kommt von Herrn Abgeordneten Erich Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja, danke. Ja, mir ist sehr wohl bewusst, dass ich auch Verantwortung übernehme, wenn ich im Aufsichtsrat bin, aber ich möchte schon mitteilen, dass wir am 7. Juni 2017 informiert worden sind, dass es hier zu dieser Umstellung Probleme gibt. Zu meiner Frage: In welcher Form werden die Betroffenen von Doppelabbuchungen, Strafen sowie gekauften Zusatztickets entschädigt?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Bitte die Frage noch einmal wiederholen, oder es sind drei Fragen?

Abg. Bgm. **Rippl:** Nein, meine Frage ist, in welcher Form werden die Betroffenen, also die Fahrgäste, von Doppelabbuchungen, von Strafen, die sie erhalten haben, oder gekauften Zusatztickets entschädigt?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Also mir sagt der Verkehrsverbund und der Geschäftsführer, dass alle, die eine entsprechende Leistung haben leisten müssen, obwohl sie aufgrund der EDV-Probleme kein Ticket bekommen haben, entschädigt werden.

Abg. Bgm. **Rippl:** Okay, danke.

Präsident: Herr Klubobmann Hirz hat eine weitere Frage.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Durch die anhaltenden Probleme bei der Bestellung des Jugendtickets des Oberösterreichischen Verkehrsverbundes ist es meiner Meinung nach zu einem schweren Imageschaden insgesamt des öffentlichen Verkehrs, gerade bei der, wie ich meine, sehr wichtigen Zielgruppe der jungen Bevölkerung gekommen. Planen Sie Maßnahmen im Schuljahr 2017/2018, um in irgendeiner Form diesen Imageschaden, vor allen Dingen bei den Eltern und bei den Schülern und Schülerinnen, wieder ein Stück wettmachen zu können?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Also ich sage, das Wichtigste ist natürlich ein positives Image des öffentlichen Verkehrs. Deswegen bin ich auch so schwer verärgert über diese EDV-Probleme. Auf der anderen Seite beobachten wir verschiedene Ticketsysteme, die in der EDV ganz neue Anwendungen finden. Vielleicht irgendwann, und ich sage jetzt ein Beispiel aus der Steiermark und aus Kärnten, hier wird gerade ein geo-tracking mit dem Smartphone gemacht. Da brauche ich überhaupt nichts mehr tun, sondern ich fahre mit dem öffentlichen Verkehrsmittel und bekomme irgendwann die Karte abgebucht. Im Hinblick auf das, was jetzt gerade bei uns passiert ist, müsste man fragen: Macht man alles mit Zettelwirtschaft so wie gehabt weiter? Das ist nicht modern, das ist nicht zukunftsfähig. Die Fehler werden

analysiert, ich glaube, noch modernere Fahrkartensysteme werden kommen müssen. Mir gefällt die Systematik der Südtiroler. Jeder Südtiroler hat eine Karte, steigt ein und zahlt am Ende des Tages den billigsten Preis. Die Problematik liegt natürlich bei uns im Verkehrsverbund mit den wichtigen Playern. In Oberösterreich ist das die Linz AG und natürlich die ÖBB, wo wir auch den Fernverkehr im Verbund dabei haben oder auch entsprechend die S-Bahnen.

Hier ein modernes Ticketing zu bekommen, wird ohne EDV, ohne eine moderne Systematik nicht möglich sein. Vielleicht gelingt die nächste Hürde der EDV-Umstellungen um vieles besser, sonst lassen wir besser die Finger davon. Aber gegenüber den Neuerungen, eben zur Bewusstseinsbildung, gerade für junge Menschen wäre es toll, wenn sie mit dem Smartphone nicht mehr zum Automaten gehen müssen und frei fahren könnten. Dadurch könnte sich vieles verbessern.

Präsident: Danke sehr, es gibt keine weitere Frage. Danke Herr Landesrat. Ich erkläre damit die Fragestunde für geschlossen.

Bevor wir zur Behandlung des Eingangs und zur Festlegung der Tagesordnung kommen, darf ich wieder zwei Gruppen, die uns heute hier besuchen, begrüßen. Zum einen ist es Harald Matschinger mit dem Team überbetriebliche Lehrwerkstätte, der uns hier besucht, herzlich Willkommen, meine Damen und Herren, ich hoffe ihr fühlt euch wohl. Und zum zweiten ist die Straßenmeisterei Raab bzw. ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Gast. An der Spitze Bürgermeister Herbert Strasser, ebenfalls wünsche ich euch einen angenehmen Aufenthalt.

Herr Schriftführer, Herr Abgeordneter Stanek, ich darf dich ersuchen, den Eingang bekannt zu geben:

Abg. **Stanek:** Wir kommen zur Zuweisung des Eingangs in die 19. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags. Ich beginne mit der Vorlage 591/2017. Vorlage der Oö. Landesregierung zur Resolution des Oö. Landtags hinsichtlich der ausgewogenen Besetzung von Gremien. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zugewiesen.

Die Beilage 492/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zur Aufrechterhaltung des Schienenpersonenverkehrs der ÖBB im Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2019 mittels Verkehrsdienstvertrag des Oberösterreichischen Verkehrsverbunds mit der ÖBB Personenverkehr AG. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen.

Die Beilage 493/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung tech2b Inkubator GmbH, 4020 Linz, Hafestraße 47-51. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zugewiesen.

Die Beilage 494/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung der Mehrjahresverpflichtung zum Hochwasserschutzprojekt Dürnbach in der Gemeinde Weyer. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen.

Die Beilage 495/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Tätigkeitsbericht 2016 der Oö. Pflegevertretung. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zugewiesen.

Die Beilage 496/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Tätigkeitsbericht 2014 bis 2016 der Oö. Patientenentschädigungskommission. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zugewiesen.

Die Beilage 497/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich für den Rahmenvertrag mit der Caritas für Kinder und Jugendliche über Fachberatung für Integration gemäß § 26 Oö. Kinderbetreuungsgesetz. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zugewiesen.

Die Beilage 498/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend Maßnahmen hinsichtlich der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Grenznähe. Diese Beilage wird dem Umweltausschuss zugewiesen.

Die Beilage 502/2017, Initiativantrag betreffend sofortiger Ausbau von Park and Ride im Linzer Umland. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 505/2017, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung, sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zugewiesen.

Die Beilage 506/2017, Initiativantrag betreffend die Änderung des Landes- und Gemeindedienstrechts damit die Beschäftigungsaktion 20.000 des Bundes für über 50jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich umgesetzt werden kann. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 507/2017, Initiativantrag betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Und last but not least, die Beilage 508/2017, Initiativantrag betreffend Aktionspläne über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmittel. Diese Beilage soll ebenfalls gemäß § 25 Abs. 6 Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Danke, Herr Schriftführer. Die von unserem Schriftführer verlesenen Beilagen, soweit sie in der heutigen Sitzung in dringlicher Behandlung stehen, haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt. Sämtliche Beilagen wurden ihnen allen natürlich auch auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt.

Wie der Herr Schriftführer angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 502/2017 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend sofortiger Ausbau von Park and Ride im Linzer Umland. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 502/2017 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und ich darf Herrn Abgeordneten Severin Mayr das Wort erteilen.

Abg. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Unterschied zu den verkehrspolitischen Themen, die heute am Anfang schon zur Sprache gekommen sind, geht es jetzt beim Thema Park and Ride um einen Bereich, wo zumindest in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt wird, dass wir uns eigentlich ohnehin alle einig sind und alle das gleiche wollen.

Wir sind alle der Meinung, es braucht im Umland von Linz Park- and Ride-Plätze, es braucht dort ein attraktives Angebot für den öffentlichen Verkehr, das mit einem Takt in die Stadt fährt, wo jeder in der Früh eigentlich staufrei relativ zügig in die Arbeit oder in die Schule fahren kann. Das klingt eigentlich alles ziemlich schön. Wir sind uns alle eigentlich grundsätzlich einig, bekomme ich suggeriert und irgendwie geht sehr, sehr wenig weiter seit Jahren.

Die Zeit verrinnt und dann kracht es auf einmal so wie heuer in Linz. Am Gebiet des Urfahrner Jahrmarkts erkennt die Stadt Linz, dass der Parkplatz gar kein Parkplatz ist und sperrt ihn ohne größere Diskussion zu. Ich glaube, dass die Diskussion darüber durchaus zulässig gewesen wäre, nämlich auch einmal aus fachlicher oder verkehrspolitischer Sicht darüber zu diskutieren, ob das wirklich ein guter Standort für einen Parkplatz ist. Ich glaube, die Diskussion hätte man führen können. Genauso wie man die Diskussion führen hätte sollen, wo gibt es eigentlich Ersatzplätze für die Pendlerinnen und Pendler? Aber die Diskussion ist nicht geführt worden.

Das Ganze war aus meiner Sicht an Dilettantismus kaum zu überbieten. Nämlich weil es unvorbereitet war, es war unabgesprochen, es gibt keine Alternativen, es gibt keine Verstärkung von öffentlichen Verkehrsmitteln, es gibt keine Maßnahmen um auch die Urfahrner Bevölkerung vor verstärktem Parkdruck zu schützen, es gibt keine Maßnahmen, die irgendwie für einen Ersatz oder gar für eine Erleichterung für die Pendlerinnen und Pendler führen würden. Und mir ist das jetzt relativ egal, wer jetzt die Hauptschuld daran trägt. Ob das die rot-blaue Stadtregierung ist, ob das die Schwarzen oder Türkisen auf Landesebene sind, die da angeblich hinten irgendwelche Verschwörungstheorien was eingehängt hätten, um die Gebühren zu verhindern. Ich glaube, dass es relativ wurscht ist, wer da die Hauptschuld daran trägt.

Fakt ist, die Parkplätze sind verschwunden. Gut, das kommt jetzt in Linz öfter vor, dass auf einmal irgendetwas verschwindet und dann nicht mehr da ist, siehe Eisenbahnbrücke oder ähnliches. Wir haben heute gehört, dass es bei Museen ähnliche Befürchtungen geben muss. Das Problem ist, wie es abläuft. In Linz wird immer erst etwas weggeräumt und danach überlegt man sich, warum man sich davor nichts überlegt hat. Dann gibt es irgendwie panikartige Hilfeschreie, die Suche nach Alternativen. Die Alternativen hätte man schon alle haben können im Vorfeld. Die sind nur nichts geworden, weil es irgendwer Falscher vorgeschlagen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass die Zeit reif dafür ist, dass diese sinnlosen Streitigkeiten beendet werden und dass man jetzt tatsächlich Lösungen anbietet und tatsächlich Alternativen anbietet. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich dies die Pendlerinnen und Pendler auch verdient hätten, die Linzerinnen und Linzer genauso.

In der Theorie gibt es ja die Parkplätze alle, die wir benötigen würden. Gesamtverkehrskonzept Linz: 3.000 zusätzliche Parkplätze. Heuer im Frühjahr präsentiert von Landesrat Steinkellner: 1.000 zusätzliche Parkplätze sind entlang der Summerauer Bahn und der Mühlkreisbahn möglich. Die gibt es in der Theorie alle. Es wäre alles machbar, aber

ganz offensichtlich gibt es auch strukturelle Probleme, die dazu führen, dass diese Parkplätze eben noch immer nicht verwirklicht worden sind.

Wenn ich mir durchlese, das ist ein Hinweis darauf, woran es vielleicht auch hapern kann, wenn ich mir durchlese, was der Waldinger Bürgermeister erst kürzlich, ich glaube gegenüber der Bezirksrundschau, formuliert hat, wo er sagt: Es ist für ihn überhaupt kein Problem, er errichtet innerhalb kürzester Zeit 200 zusätzliche Parkplätze in Walding. Ich glaube, Haltestelle Rottenegg hat er angekündigt. 200 zusätzliche Parkplätze sind für ihn möglich, die Gespräche laufen. Er hat ein einziges kleines Problem, ihm fehlt dafür das nötige Geld, damit er die 25 Prozent an Gemeindeanteil tragen kann. Wie sie wissen, 50 Prozent die ÖBB, 25 Prozent Land, 25 Prozent für die Gemeinde. Ihm fehlt schlicht und ergreifend das Geld.

Und da ist jetzt die Frage: Wollen wir diesen Hinweis, dass es möglich ist, aber dass es in Wirklichkeit am Kleingeld fehlt, ignorieren oder ändern wir die Dinge so, dass diese Parkplätze auch errichtet werden können? Schaffen wir es, dass wir alle Beteiligten, das betrifft die Umlandgemeinden, das betrifft auch die Stadt Linz, das betrifft das Land, die Verkehrsbetriebe, schaffen wir es, dass die alle an einen Tisch kommen und ein für alle Mal diese Probleme, die es bei der Finanzierung gibt, lösen oder schaffen wir es nicht? Ich bin der Meinung, dass wir das heute fixieren können, dass das in Zukunft anders abläuft und dass diese Parkplätze entstehen. Wir können heute fixieren, dass es die Finanzierung gibt und wir können heute auch fixieren, dass es einen Kosten- und einen Umsetzungsplan für die zusätzlichen Parkplätze im Umkreis von Linz gibt.

Der Landtag kann das heute beschließen und im Landtag sitzen, ich hoffe ich habe mich nicht verzählt, zwölf Abgeordnete aus dem Mühlviertel, die von diesem Thema massiv betroffen sind. Im Landtag sitzen auch Mitglieder der sogenannten Mühlviertler Pendlerallianz, eine gewisse ÖVP-Nähe kann man denen nicht absprechen. Die haben heute auch die Möglichkeit, dass sie ihre eigenen Forderungen, die sie im Mühlviertel in ihren Gemeinden zuhause vertreten, dass sie diese gemeinsame Forderung auch hier im Landtag unterstützen. Und dass sie nicht diese Forderung am Weg vom Mühlviertel ins Landhaus wieder vergessen. Zuhause A sagen, (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich darf dich bitten zum Schluss zu kommen!“) das ist schon mein letzter Satz, sonst mach ich wieder einen Beistrich, nein ich glaube, das ist ganz wichtig, die haben heute hier alle die Möglichkeit, man kann nicht zuhause in der Gemeinde A sagen und dann ins Landhaus fahren und B sagen. Es liegt in der Hand dieser Abgeordneten, von uns allen, das es heute zu einer Lösung kommt und deswegen ersuche ich darum, heute bei der Dringlichkeit auch die Hand zu heben. Danke schön. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erich Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Sehr geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Dem Antrag werden wir als SPÖ-Fraktion die Zustimmung geben, denn du hast es ja erläutert, wie wichtig die Park- and Ride-Anlagen im Linzer Umfeld, darüber hinaus auch in den Regionen sind. Und Linz mit den 110.000 Pendlern ist massiv betroffen. Und wenn diese Parkmöglichkeit in Urfahr jetzt wegfällt, dann ist es sehr wohl wichtig, schnellstens Gespräche mit den Umlandgemeinden, mit den Bürgermeistern und Vertretern zu sprechen, um die Umsetzungspläne und die Finanzierung zu besprechen, dass die hinterlegt werden.

Kritisch möchte ich auch ansprechen, dass es bereits einige detailinhaltliche Maßnahmen bei Park- and Ride-Anlagen gäbe, Linz Nord im Jäger im Tal oder Linz Ost in Pulgarn, Linz Süd-Ost Pichlingersee, und darüber hinaus an der Trauner Kreuzung. Auch wurde in so manchen Studien oder in der letzten Anfrage es dargestellt und es zeigt, dass eben an der Mühlkreisbahn und Summerauer Bahn viele Parkplätze für die Pendlerinnen und Pendler möglich sind, dass diese errichtet werden. Und auch im Unterausschuss wurde uns mitgeteilt und präsentiert, welche Maßnahmen möglich sind.

Auch sogar mit den Radrouten mit den Bike and Ride. Es gäbe fünf Pilotstandorte. Schöne Konzepte, aber leider bis dato noch nichts umgesetzt. Wir haben in der letzten Landtagssitzung den Beschluss gefasst für Rohr, Bad Hall, Enns und Garsten von 2017 bis 2020 die Finanzierung von 713.000 Euro für vier Jahre, haben wir gemeinsam den Beschluss gefasst. Ja, es ist wichtig, aber für vier Jahre 700.000 Euro und wenn man sich das Budget anschaut von 300.000 Euro jährlich für Park- and Ride-Anlagen, das wären von 25 Prozent gerechnet 50, wenn ich sage, ich habe die ÖBB oder die Landesstraße oder die Gemeinde wären gesamt 200 Plätze möglich, die im Umland Linz aber auch in der Region errichtet und hergestellt werden können.

Also viel viel zu wenig, und ich weiß schon, wir Sozialdemokraten fordern und fordern, aber hier ist es eine Wichtigkeit, dass der öffentliche Verkehr besser angenommen wird und darum brauchen wir auch zusätzlich mehr Mittel, und ich bitte dich auch fürs Budget, für den Voranschlag 2018 mehr Mittel zu lukrieren. Schade finde ich eines, und du hast zuerst Teichstätt oder die Gemeinde Lengau angesprochen. Wir haben ein fertiges Projekt, in Teichstätt wird der Halt reduziert, wo nur mehr in der Früh und am Abend der Zug halten kann und dann sollen die Pendler nach Lengau fahren. Dort gibt es sechs oder acht Park- and Ride-Parkplätze und das wollen wir um 15 erhöhen, weil Gott sei Dank jetzt die ÖBB zugestimmt hat und die Gemeinde einen Beschluss gefasst hat, und dann hören wir von der Verkehrsabteilung: Ja die 25 Prozent, das wären rund 21.000 Euro, die sind heuer nicht mehr aufzubringen. Ich habe eh schon gesagt zu Herrn Ablinger, ob ich es ihm leihen soll, damit wir es endlich heuer umsetzen können. Weil die Wichtigkeit der Park- and Ride-Anlage ganz, ganz wichtig ist.

Und man soll hier auch vielleicht die Schuld nicht immer bei den Gemeinden suchen, dass man sagt, ja die können das nicht finanzieren. Wir Gemeinden finanzieren oft mal eine Volksschulsanierung oder einen Kindergartenbau oder anderes auch mit vor und so sollte auch die Landesabteilung auch hier in Vorfinanzierung gehen, wenn jetzt eine Gemeinde dies nicht finanzieren kann. Und man soll nicht nur bei den schönen Konzepten für Park and Ride und Bike and Ride bleiben, es sollte auch umgesetzt werden. Und weil du es zuerst angesprochen hast, Teichstätt, ich möchte dir hier die 900 Unterschriften von der Gemeinde Lengau übermitteln. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Für drei Leute!“) Danke wir stimmen dem Antrag zu. Und es sind keine drei, von Achenlohe und Teichstätt sind es 100 Pendler pro Tag. Danke. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Steinkellner: „Warum hast du dann zugestimmt im März 2016?“) Ich habe nicht zugestimmt, ich habe es zur Kenntnis genommen.

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter Handlos. Bitte schön Herr Abgeordneter, sie sind am Wort.

Abg. **Handlos:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Zuseher auf dem Balkon! Meine Damen und Herren, ich darf ganz kurz erinnern an die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause. Ich habe mich bedankt bei

allen Fraktionen und natürlich auch deren Bürgermeister für die erfolgte Umsetzung in gewissen Bereichen bei der Errichtung von Park- and Ride-Anlagen. Ich möchte diese Wichtigkeit nochmals ganz gesondert hervorheben und ich möchte in diesem ganz, ganz wichtigen Punkt auch verweisen an die Gelöbnisformel eines jeden einzelnen Bürgermeisters, wo es in Auszügen ja heißt, unabhängig von dem Wortspiel ich gelobe, heißt es unter anderem: Die Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen. Und ich glaube, dass das ein ganz, ein ganz ein wesentlicher Aspekt ist, die Bürgermeister, die da unter uns sind, die kennen das ja.

Ich appelliere noch einmal an alle Fraktionen und an alle Bürgermeister und ersuche um Unterstützung bei der Umsetzung von geplanten Park- and Ride-Plätzen und -Anlagen.

Meine Damen und Herren! Was ist passiert? Es ist viel passiert seit 2015. 700 PKW-Plätze, 100 Plätze für Zweiräder umgesetzt in Attnang-Puchheim, Andorf, Marchtrenk, Vöcklabruck, Perg und Roßleithen. Im Landtag, vor der Sommerpause wurde beschlossen und zwar einstimmig die nächste Ausbauwelle. (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: unverständlich.) Noch einmal ein herzliches Dankeschön. Herr Kollege Rippl, du warst eh vorher heraußen. Wenn du etwas zu sagen gehabt hättest, hättest schneller reden müssen, dann wäre es sich zeitlich auch ausgegangen.

Es passiert. In Wels wird das Parkhaus gebaut. In Ottensheim passiert etwas. In St. Georgen, Gaisbach, Wartberg sind überall geplante Plätze in Umsetzung. In Pregarten habe ich persönlich mit dem Bürgermeister vor kurzem noch einmal gesprochen. Da geht etwas weiter. In Walding ist endlich Licht am Ende des Tunnels.

Herr Severin Mayr, ganz, ganz kurz, irgendetwas zu fordern, steht einen jedem frei, nur irgendwer muss es am Ende des Tages auch bezahlen. Für uns ist ganz, ganz wichtig, dass es zwischen den Vertragspartnern, zwischen ÖBB, den Gemeinden und auch von Fall zu Fall natürlich den Grundeigentümern einfach ein gutes Verhältnis gibt und wir werden das auch hinkriegen. Einfach sagen, wir brauchen mehr, wir machen diese Finanzierungslösung, die in ganz Österreich übrigens gilt, auf, sind nicht sehr zielführend.

Mehr, meine Damen und Herren, kann es immer sein. Es wird unter der Verantwortung von Herrn Landesrat Steinkellner hart gearbeitet und an möglichst zeitnahen Umsetzungen. Ich möchte aber schon ganz ehrlich dazu sagen, wenn man sich das jetzt ein bisschen angehört hat von meinen zwei Vorrednern, gewisse Informationslücken im linken Teil oder im linken Bereich dieses wunderschönen Plenarsaales scheint es zu geben.

Zur Erleichterung und zum einfacheren Verständnis darf ich Ihnen gerne etwas zeigen. (Unverständlicher Zwischenruf links.) Brauchst nicht aufzeigen, ich zeige es dir sowieso. (Unverständlicher Zwischenruf links.) Von mir aus gesehen links. Ja.

Und zwar darf ich Ihnen eine Aufstellung der Rechnungsabschlüsse der Jahre 2010 bis 2016 zeigen mit Ausgaben (Abg. Handlos zeigt eine Aufstellung her.) und da wird es jetzt ganz, ganz interessant. Im ersten vollen Jahr von Herrn Landesrat Steinkellner, wo er das erste Jahr in der Verantwortung war, von deutlich über 400.000 Euro nur im Rechnungsabschluss 2016 ersichtlich, ich darf den Damen und Herren, das ganz kurz zeigen. Der Balken ganz unten, das ist der, der blau ist. Das ist natürlich kein Zufall, aber auch am längsten ist. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Die sind aber alle blau!“) Ja. Das ist der, der am längsten ist, ja und das heißt, dass dort (Zwischenruf Abg. Makor: „Das Kurze ist auch blau!“) mit Abstand, ja genau, aber da war der Entholzer noch zuständig für das Ganze, das musst du

auch dazu sagen. Schaut euch das bitte an. Es ist ein ganz, ein ganz klares deutliches Bild. Da brauchen wir über etwas anderes ja gar nicht mehr diskutieren.

Es wird viel gemacht. Es geht viel weiter. Es passiert etwas und Herr Kollege Rippl, zu dir muss ich ganz, ganz kurz und ehrlich sagen. Franz Josef Strauß hat einmal einen Ausspruch getätigt und hat gesagt: Wo die Sozialisten Verantwortung tragen, wenn sie zum Beispiel die Wüste regieren würden, dann würde zehn Jahre lang gar nichts passieren und nach zehn Jahren würden sie dann schreien, der Sand wird gar. Ja. So schaut es nämlich aus bei euch und um sonst (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Genau! Genau!“) geht es gar nichts.

Meine Damen und Herren! Es wird hart und erfolgreich gearbeitet. Wir lehnen die Dringlichkeit ab. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Josef Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Geschätzter Herr Präsident, hohes Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Herr Verkehrsreferent Landesrat Steinkellner hat die gemeinsame Zielsetzung formuliert, nämlich eine abgestimmte Zukunftsperspektive in Oberösterreich, insbesondere in dem komplexen Bereich Verkehrspolitik.

Ja, die Zielsetzung des Antrages, einen konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsplan für den Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen zu entwickeln im Dialog mit allen Stakeholdern ist natürlich eine gemeinsame. Eines im Antrag wäre ergänzungswürdig. Es ist nur das Umland angesprochen und nicht der Verantwortungsbereich der Stadt Linz. Wir haben auch den stadtrandnahen Bereich, wo Entlastungsmöglichkeiten möglich sind und das ist ein wichtiger Beitrag für eine planbare, vorausschauende Verkehrspolitik, die Probleme löst und nicht zusätzliche schafft.

Es gibt ein Maßnahmenbündel. Vorschläge liegen seit langem am Tisch. Das geht von der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs über Taktverdichtungen, Park- and Ride natürlich, Mühlkreisbahn, wo ein Systembeschluss im Oberösterreichischen Landtag beschlossen wurde, über die Donaubrücke, die weg ist. Der Herr Severin Mayr hat es angesprochen, wundersam weg in Linz, über den Westring, und das Land Oberösterreich wird diese Verantwortung, die wir hier haben, ganz sicher wahrnehmen.

Die Grundlage für unsere Arbeit ist eben, da ganz konkret, weil die Mühlviertler angesprochen worden sind und ich bin ein Bürgermeister aus dem Mühlviertel, 55.000 Einpendler täglich aus dem Mühlviertel, die arbeiten in Linz, die Kommunalsteuer in Linz lassen, 160 Millionen Euro zirka Kommunalsteuer in Linz, ein wesentlicher Teil davon kommt von unseren Leuten oben. Also, es ist durchaus, denke ich, auch im Interesse der Stadt Linz, diese berechtigten Anliegen ernst zu nehmen.

Und es ist auch der Grund im Antrag, in der Begründung drinnen, warum wir heute diesen Antrag am Tisch haben. Nämlich der Wegfall der 1.200 Parkplätze am Urfahrmarkt. Eine klare Verschärfung. Ich zitiere den Antrag der Grünen.

Und, lieber Kollege Mayr, du bist lange genug im Gemeinderat in Linz gewesen, um zu wissen, das ist klare Verantwortung der Stadt Linz. Herr Bürgermeister Luger und Herr Verkehrsstadtrat Hein, so hoffe ich, werden nicht als Zweijahresbilanz den Abriss der Eisenbahnbrücke und zuerst eine Vergebührung, aber nach vier Monaten eine Totalsperre dieser Parkplätze, ohne irgendein Alternativangebot, ohne ein Konzept auf den Tisch legen.

Ich darf dazusagen, wenn ich mir als Bürgermeister vorstelle, ich sperre die Ortsdurchfahrt und sage, vier Jahre gibt es keine Umleitung. Ich vergebühre meine Parkplätze alle, sage ich, ich habe mich geirrt vier Monate später, die Sperre ist überhaupt ganz weg, dann erwarte ich mir dort keinen Zuspruch der betroffenen Bevölkerung und das ist auch nicht koordiniert und es ist auch nicht verantwortungsvoll. Das möchte ich in der Deutlichkeit einmal gesagt haben. (Beifall)

Und die Grünen haben beim runden Tisch dieser Sperre zugestimmt, also eigenartig ist es, wenn ich zum Beispiel heute dem ORF entnehme, dass dieser Verordnungsentwurf für die Sperre schon vor dem runden Tisch zur Stellungnahme ausgeschickt wurde. Also, es stellt sich die Frage, hat man dort eine Scheindiskussion betrieben? Eine Sperre dort mit zu beschließen, aber zugleich zu sagen, ohne irgendeine, wie von der ÖVP vorgeschlagen, eine abgestufte Vorgangsweise und zu sagen, jetzt haben wir es ganz dringlich, ist für mich nicht schlüssig.

Es hätte ja auch die Möglichkeit einer Umwidmung gegeben. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strugl hat hier ein Szenario aufgegliedert, das möglich gewesen wäre. Zum Schluss: Es gibt die Park-and-Ride Hotspot-Studie vom Herrn Landesrat Steinkellner, wo das Szenario drinnen ist. Das Gesamtverkehrskonzept Linz ist derzeit in Überarbeitung und in Evaluierung. Das wird unsere Arbeitsgrundlage sein. Wir werden im Ausschuss das gut diskutieren. Es ist uns allen wichtig, dass wir zu Lösungen kommen und wir sind gegen die Dringlichkeit, aber für eine umfassende Diskussion im zuständigen Infrastrukturausschuss. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 502/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.)

Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise daher diese Beilage dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 506/2017 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Änderung des Landes- und Gemeindedienstrechtes, damit die Beschäftigungsaktion 20.000 des Bundes für über 50-jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich umgesetzt werden kann.

Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 506/2017 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor und ich darf es ihm erteilen.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Österreich ist abgesandelt, war die Diagnose von einem gar nicht so unbedeutenden Wirtschaftsführer vor geraumer Zeit.

Der Standort ist nicht attraktiv. Der Standort Österreich wird krank gejammert. Einen Plan A und ein gemeinsam von ÖVP und SPÖ überarbeitetes Regierungsprogramm später können wir gemeinsam auf eine florierende Wirtschaft mit sensationellen Kennzahlen als Status quo

zurückblicken. Und das soll, glaube ich schon, einmal festgehalten werden, dass das auch nicht alles von alleine gekommen ist.

Die Wirtschaft wächst europaweit im Spitzenfeld. Die Investitionen der Wirtschaft, jener Indikator, der darüber Auskunft gibt, ja, wie glaubt die Wirtschaft selbst an die weitere Entwicklung, sind in einer Dimension um ein Vielfaches höher etwa als in Deutschland.

Wir haben sinkende Arbeitslosenzahlen, deutlich sinkende Arbeitslosenzahlen und trotzdem haben wir in einem ganz speziellen Segment des Arbeitsmarktes riesige, ja riesengroße Probleme. Alleine in Oberösterreich gibt es mit Stand Ende August 2017 6.566 Oberösterreichern und Oberösterreichern über 50 Jahre, die beim AMS länger als ein Jahr arbeitslos oder in Schulung vorgemerkt sind. Das sind häufig Personen, die jahrzehntelange Berufserfahrung haben, aber ihr hohes Potenzial an Erfahrung nicht mehr am Arbeitsmarkt einbringen können.

Die Arbeitslosigkeit, die zwar prinzipiell sinkt, ist in dieser Gruppe im vergangenen Jahr um vier Prozent gestiegen und das ist nicht nur in Oberösterreich so, das ist in Österreich so und wenn man diese Diagnose stellt, ist es selbstredend, dass man als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker, wie das auch in der Bundesregierung zwischen SPÖ und ÖVP vereinbart wurde, handelt.

Das Handeln hat sich darin ausgedrückt, dass Sozialminister Stöger die Aktion 20.000 ins Leben gerufen hat. 20.000 Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Menschen, die sich am Arbeitsmarkt zurzeit nicht leicht tun. Da geht es um Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, über Fünfzigjährige, die in einer echt prekären Situation sind, für die es in vielen Fällen noch Jahre dauert, bis sie einen Pensionsanspruch bekommen und trotzdem am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können.

Und die Aktion 20.000, meine sehr geehrten Damen und Herren, wirkt genau dem entgegen. Nämlich den älteren Menschen, den älteren Oberösterreichern und Oberösterreichern wieder eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben. Ihnen wieder den Respekt entgegen zu bringen, den sie sich verdient haben, dadurch, dass sie einen Arbeitsplatz bekommen.

Die Aktion geht davon aus, dass 20.000 Langzeitarbeitslose, über Fünfzigjährige durch eine Finanzierung der gesamten Lohnkosten und Lohnnebenkosten zwei Jahre lang in öffentlichen Einrichtungen und gemeinnützigen Einrichtungen ihre Tätigkeit machen können und das ist kein Selbstläufer, sondern damit gibt man den Menschen wieder ihre Würde zurück. Damit gibt man ihnen die Möglichkeit, auch am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, damit gibt man ihnen die Möglichkeit auch ihre Kontakte, damit es auch längerfristig möglich ist, in die Arbeitswelt wieder zu kommen.

Die SPÖ wollte und das ist ja der Antrag, der bereits im Juli zur Debatte stand, auch das Land Oberösterreich dazu animieren, dieser Aktion beizutreten und damals hat man es verschoben und zurückgestellt um zwei, um drei Monate bis zum heutigen Tag und jetzt war die Ausschusssrunde letzte Woche, da hat es geheißen, nein, darüber müssen wir noch diskutieren. Meine Frage: Was habt Ihr die letzten drei Monate gemacht?

Ergreifen wir doch die Möglichkeit und der Herr Landeshauptmann Stelzer ist zurzeit leider nicht da, aber er hat landauf, landab plakatieren lassen: Das Land der Möglichkeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geben wir jenen rund 1.500 Oberöreicherinnen und Oberösterreichern, die das in Anspruch nehmen könnten, weil die Finanzierung gegeben ist, geben wir ihnen die Möglichkeit, dass sie am Arbeitsmarkt wieder zurückkehren können und dazu ist dieser Antrag notwendig, damit die Vorkehrungen und gesetzlichen Richtlinien so sind, dass die Gemeinden und Sozialhilfeverbände in den Alten- und Pflegeheimen, bei der Betreuung der Menschen in der Küche bis hin zu den Gärten sinnvolle Arbeit leisten können.

Daher ersuche ich Sie wirklich dringend, geben Sie sich einen Ruck, da geht es um einzelne Schicksale und das duldet keinen einzigen weiteren Tag Aufschub. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rudolf Kroiß.

Abg. Kroiß: Werter Herr Präsident, werte Kollegen im Oberösterreichischen Landtag, liebe Zuhörer auf der Galerie! In der Beilage 506/2017 fordert die SPÖ Änderungen des Landes- und Gemeinderechtes, damit die Beschäftigung 20.000 des Bundes für 50-jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich endlich umgesetzt werden kann.

Bei dieser Vorgangsweise kann man wirklich nur sagen, die Sozialdemokraten wollen kurz vor der Wahl einmal eine Initiative für die Arbeitnehmer zeigen. Nur schade, dass dies nicht mehr vor der Wahl ist. (Unverständliche Zwischenrufe links.)

Aus eurer Sicht ist es ja verständlich, hier dieses SPÖ-Wahlzuckerl noch schnell vor der Wahl im Land unterzubringen. (Zwischenruf Abg. Klubobmann Makor: unverständlich.) Aber laut dem vorliegenden Antrag sollen ohne weitere Prüfungen landesdienstrechtliche Normen abgeändert werden.

Die SPÖ will hier wieder einmal mit dem Kopf durch die Wand (Zwischenruf Abg. Klubobmann Makor: unverständlich.) und sie geben mit diesem Antrag eigentlich indirekt unsere Kritikpunkte, die wir beim letzten Oberösterreichischen Landtag und auch bei den Ausschusssitzungen dementsprechend formuliert haben, recht.

Im Antrag vom letzten Oberösterreichischen Landtag, die Beilage 478/2017 soll eigentlich repariert werden. Wie schon von der FPÖ im Juli darauf hingewiesen, braucht es eine legitime Umsetzung des Programmes 20.000. Im Landesbereich braucht es eben eine Änderung der Gesetze und einer Formulierung von Richtlinien. Genau das haben wir gefordert und genau das ist auch im Ausschuss besprochen worden. Prüfung der gesetzlichen Grundlagen durch unsere Landesjuristen und eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene, die etwaige Einsatzgebiete im Landesbereich auflisten und dem Ausschuss vorlegen sollen.

Mit dem aktuellen Antrag liegt uns nun der Vorschlag der SPÖ vor. Sie fordern die angesprochene Gesetzesänderung. Sie wollen dabei das Landesbeamtengesetz geändert haben wissen. Sie wollen dabei das Statutar-Gemeinden-Bedienstetengesetz geändert haben wissen. Sie wollen das Oberösterreichische Gemeinden-, Dienstrechts- und Gehaltsgesetz geändert haben wissen und Sie wollen das Oberösterreichische Objektivierungsgesetz geändert haben wissen, um Beschäftigungen im Rahmen dieser Aktion unbürokratisch zu ermöglichen. Das soll alles heute hier beschlossen werden.

Was würde sich mit der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Gesetzesvorlage nun ändern? Diese kurzzeitig geforderten Beschäftigungsverhältnisse sollen keine Dienstposten

sein, weil es ja zusätzliche Arbeitsplätze sind. Die SPÖ hat dann vorgeschlagen, diese wie Praktika zu behandeln, so der Herr Kollege Binder im Ausschuss. Das würde aber bedeuten, dass die erforderlichen allgemeinen besonderen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden müssen, obwohl es sich um Dienstverhältnisse handelt, die länger als zwei Jahre bestehen würden.

Aus freiheitlicher Sicht sollten aber doch einige Voraussetzungen erfüllt werden, Staatsbürgerschaft, Qualifikation oder zumindest Vorkenntnisse oder eine gewisse Geeignetheit oder auch das Thema, in was für einem Ausmaß Teilzeit möglich wäre.

Sie sollten auch nicht im Dienstpostenplan vorliegen. Okay. Damit kann man gut leben. Sie sollen auch nicht mehr ausgeschrieben werden. Das AMS würde das direkt vermitteln. Auch das wäre eine praktikable Lösung. Sie sollen ausdrücklich ohne Beschlussfassung von Personalbeiräten möglich sein. Na, ja, laut SPÖ gäbe es hier die Möglichkeit des vereinfachten Verfahrens, aber ein vereinfachtes Verfahren gilt nur für Arbeitsverhältnisse für nicht länger als drei Monate, ob das hier so einfach vergleichbar ist, auch das möchte rechtlich geprüft werden und es soll das zuständige Organ für Personalangelegenheiten, also der Herr Landeshauptmann entscheiden und den Personalbeirat nur noch in Kenntnis setzen. Auch hier fordern wir, damit eine mögliche Willkürlichkeit ausgeschlossen, ein sinngebender Einsatz der betroffenen Personen garantiert wird und eine etwaige Vermischung mit diversen Dienstpostenplänen ausgeschlossen werden kann, dass dem Landespersonalrat auch in diversen Bereichen ein Interventionsrecht eingeräumt werden soll.

Möchte aber nochmals hier festhalten, die Aktion 20.000 ist gut gemeint, aber war nicht gut durchdacht. Genau deshalb ist es hier schwierig für das Land, aber auch für die Betroffenen, zu einer guten Lösung zu kommen, handelt man übereilt, passieren Fehler. Bei dieser Aktion sollen irgendwelche gemeinnützige Jobs für zwei Jahre vergeben werden, die es noch gar nicht gibt, dem Grundsatz folgend, dass nicht der Staat, sondern die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft, es kann die Aktion nur unter der Einbindung der Privatwirtschaft erfolgreich sein, nur so kann man nachhaltig Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Nicht vergessen, das Ganze kostet dem Steuerzahler bundesweit 778 Millionen Euro, ohne Frage, natürlich ist die Gruppe 50 plus am Arbeitsmarkt benachteiligt und besonders förderungswürdig. (Präsident: „Herr Abgeordneter, darf ich dich bitten, zum Schluss der Ausführungen zu kommen!“) Ja, zum Schluss, ich hätte da noch eine Menge zu sagen, aber zum Schluss, es ist schon sehr viel im Ausschuss gesagt worden, alles wurde beschlossen, die Rahmenbedingungen sind in Ausarbeitung, eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene wurde bereits eingerichtet, somit ist die Dringlichkeit völlig unnötig, alles nur Wahlkampfgezetzer der SPÖ und deshalb Ablehnung dieser Dringlichkeit. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächste ist die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz zu Wort gemeldet, ich darf es ihr erteilen.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Landesrätinnen und Landesrat, liebe Zuseher und Zuhörer! Ja, Monat für Monat beklagen wir die steigende Zahl von arbeitslosen Menschen über 50, 60 Jahre, und auch über die längere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit. Das heißt, diese Menschen sind nicht nur in der Zeit, wo sie arbeitslos sind mit einem geringeren Einkommen, sondern vor allem auch in der bevorstehenden Pension natürlich massiv benachteiligt, und sie kommen hier in eine prekäre Situation. Monat für Monat kündigen wir an, ja, wir machen etwas, es ist ganz wichtig auf diese Zielgruppe zu schauen, nämlich noch dazu, weil wir auch immer wieder sehen, wie

viele offene Fachbereichsstellen es gibt, wie viele Facharbeiter und Facharbeiterinnen wir brauchen, ich merke, dass ich heute auf die Gesundheit schon aus bin. So sehen wir, dass auch hier eine Kluft entsteht, immer mehr Betriebe wollen auch ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen länger im Betrieb halten, genau diese müssen wir auch unterstützen. Ein Ziel muss sein, vorab zu schauen, dass Menschen in diesem Alter nicht arbeitslos werden, das heißt, auch Gesundheit ist am Arbeitsplatz ein großes Thema, natürlich auch eine Weiterbeschäftigung, zu schauen, welchen Bereich kann denn eine Arbeitnehmerin, ein Arbeiter in einem höheren Alter auch übernehmen? Ein so genanntes Generationenmanagement wird in vielen Betrieben schon gelebt, sollten wir uns vielleicht auf Landesebene in den Bereichen gerade auch, wie schon angesprochen, Straßenmeistereien überlegen, welche Arbeiten kann ich und will ich in einem fortgeschrittenen Alter noch machen, und wie kann man da hier die Bereiche so gestalten, flexibler gestalten. Hier haben wir sicher auch Lernbedarf, um eben den Arbeitsbedarf für ältere Menschen auch gut und sicher zu machen. Natürlich müssen wir uns um diese Menschen ganz besonders bemühen, die jetzt arbeitslos sind, sie wieder in den Arbeitsprozess bringen, nicht nur aufgrund der finanziellen Abhängigkeit, sondern vor allem auch der Gesundheit und dem persönlichen Ansehen, denn wenn ich Arbeit habe, dann bin ich jemand. Ältere Arbeitslose, das haben wir immer schon gehört von jenen, die so einen Job bekommen haben, was machen wir? Es gibt zahlreiche Maßnahmen im Pakt für Arbeit und Wirtschaft, ich habe das schon bei der letzten Sitzung angesprochen, es gibt Anreize für die Firmen, wenn sie wieder neue Plätze vergeben an ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es gibt auch die Aktion 20.000, die, glaube ich, beim letzten Mal wir schon begrüßt, und auch alle im hohen Haus und in der Bundesregierung schon begrüßt haben, dass das eine Möglichkeit, eine Maßnahme ist. Wir haben das im Juli schon besprochen, im Juli wurden schon die Befürchtungen, Bedenken auch meinerseits thematisiert, was heißt das mit den anderen Berufsgruppen, die es auch so schwierig haben, auf den Arbeitsmarkt zu kommen? Dann haben wir den Ausschuss gehabt, eigentlich sind die gleichen Bedenken von den zuständigen Kräften wieder gekommen, aber es ist keine Lösung am Tisch gestanden. Wir hätten wirklich drei Monate Zeit gehabt, wie es mein Vorredner schon gesagt hat, wir hätten drei Monate Zeit gehabt, da was zu verändern, da was auf den Tisch zu bringen, die Arbeitsgruppe, die es plötzlich jetzt doch gibt, zu sagen, ja wir arbeiten daran, wir schauen, dass wir Strukturen haben.

Darum, ganz entscheidend ist, wie können wir das so lösen, dass dies eine nachhaltige Möglichkeit für die Menschen ist, dass man nicht die unterschiedlichen Berufsgruppen gegeneinander ausspielt? Wir haben Berufsgruppen, die es auch sehr schwer haben am Arbeitsmarkt, das sind welche ohne Ausbildung, da wissen wir auch, da haben wir viele Pakete, viele Maßnahmen, die kommen auch alle in den gleichen Arbeitsbereich hinein. Die wollen auch da hinein, mit gesundheitlichen Einschränkungen, beeinträchtigte Personen, die auch genau in dieses Segment der Arbeit hineindrängen, dann haben wir auch noch Migrantinnen und Migranten, die wir auch in dem Bereich, die Integration wir forcieren wollen.

Das heißt, wir haben einen Wettbewerb untereinander, daher sagen wir, ja, es muss etwas geben, es muss Möglichkeiten geben. Nur eine Gesetzesänderung, ich sehe ich bin schon knapp dran, eine Gesetzesänderung, wo wir wirklich Punkte hineinschreiben können in die Gesetze, wo genau auf diese Aktionen verwiesen werden, dringlich zu beschließen, da wehre ich mich auch dagegen. Wir haben zwar drei Monate Zeit gehabt, dass wir das machen, keine Frage, jetzt liegt der Antrag da, das gleich in das Gesetz hineinzuschreiben, dieser dringlichen Gesetzesänderung werden wir nicht zustimmen, aber diese Maßnahmen,

diese Möglichkeiten zu schaffen, dass wir nicht die Objektivierung aushöhlen. Ich will das nicht auf Landesebene weghaben, die Objektivierung, das ist eine gute Methode, ich will auch nicht, dass man plötzlich jemanden hinbekommt und der nach zwei Jahren wieder wegkommt, das macht keinen Sinn.

Der Bürgermeister Rippl hat es schon angesprochen, man kann ja jemanden drei Monate anstellen in der Gemeinde, und das passiert zum Beispiel im Bezirk Rohrbach in vielen Gemeinden, wo die Gemeinden mehr oder minder so ein Arbeitstraining mit älteren Arbeitslosen machen. (Zwischenruf Landesrätin Gerstorfer, MBA: „Und gefördert!“) Und gefördert, ein bisschen was kriegen wir über das Frauennetzwerk, es macht auch die Betreuung, Beratung und Begleitung und macht da wirklich Aktivitäten, sie haben gesagt, das macht Sinn, die nehmen sie drei Monate auf und dann können sie wo hingehen. Ich weiß schon, es ist auch eine Möglichkeit, ich will nicht sagen, dass das die beste ist. (Präsident: „Frau Abgeordnete, darf ich bitten, zum Schluss zu kommen!“) Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, obwohl wir den Antrag sehr begrüßen und wirklich wollen, dass es am Land auch die Möglichkeit gibt. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr.

Abg. KO Mag. Kirchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Landhaus, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und im Internet! Wenn der SPÖ die Würde des Menschen wirklich so wichtig wäre, dann würde sie sich um Jobs für alle bemühen und nicht nur für die ganz überraschend jetzt über Fünfzigjährigen. Auch nicht nur für die im gemeinnützigen Bereich, sondern ebenso in der Privatwirtschaft, aber dazu brauchen wir Rahmenbedingungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist ein Land der Möglichkeiten ein Land der Vollbeschäftigung. Unser Ziel in Oberösterreich ist es, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu bringen. Natürlich ist eine gute wirtschaftliche Entwicklung die beste Basis dafür, dennoch muss es unser Auftrag sein, Maßnahmen für Mehrbeschäftigung zu setzen. Wir machen es zu unserer Politik, dass Unternehmen Menschen anstellen können und es auch wollen.

Schauen wir uns also die Fakten an. Mit Ende August 2017 waren in Oberösterreich 11.110 Arbeitslose über 50 beim Arbeitsmarktservice gemeldet. Das sind um 3,9 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote liegt bei den über Fünfzigjährigen bei sechs Prozent. Diese ist minimal gesunken, im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Gesamtarbeitslosenquote liegt in Oberösterreich bei 5,4 Prozent. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier von Einzelschicksalen, von Familien, die hinter arbeitslosen Menschen stehen. Als Land der Möglichkeiten muss es für alle Gruppen Chancen und Perspektiven geben, denn Arbeit ist sinnstiftend und ein Einkommen ist die Basis für ein gutes Leben.

Unser Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner haben bereits die grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, die Umsetzung der Aktion 20.000 genau zu prüfen. Eine Prüfung, die ich begrüße. Ja, warum denn? Weil wir uns hier viele Dinge, die es gibt, genau ansehen müssen. Hier sind konkrete Fragen zur Förderung zu klären. Nur ein Beispiel, die zur Verfügung gestellten Bundesmittel, ich sage Steuergeld ist Steuergeld, egal wo es herkommt, von 778 Millionen Euro für zwei Jahre. Was kommt dann dabei heraus? Wie wird es am Ende des Tages gefördert und verteilt? Es darf trotz Wahlkampf, liebe SPÖ, kein Schnellschuss werden. Es sind

Pilotprojekte gestartet und wir würden jetzt mit einem raschen Beschluss auf die Erkenntnisse von Linz, Linz-Urfahr und Urfahr-Umgebung verzichten. Wollen wir auf diese verzichten? Obwohl das Pilotprojekt erst am 1. Juli 2017 gestartet ist. Die Nervosität, die hier vermittelt wird, ist vollkommen unbegründet. Die Beschäftigungsaktion beginnt in ganz Österreich erst am 1.1.2018. Das heißt, man hat genug Zeit und man macht keine Husch-Pfusch-Aktion. Wir machen keine Effekthascherei, sondern prüfen das ordentlich. (Beifall)

Bei den geförderten Stellen handelt es sich um Vollzeitjobs, die nach dem Kollektivvertrag bezahlt werden und zwar sind sie auf zwei Jahre befristet. Fraglich ist dann, was ist denn nach diesen zwei Jahren? Das Problem ist ja dann nicht dauerhaft gelöst. Setze ich dann nach zwei Jahren jemanden wieder einfach auf die Straße? Was macht er dann? Ist er vorher 56, dann 58 und dann, wer kümmert sich dann darum? Wir haben uns immerhin dazu verpflichtet, mit den Menschen, aber auch mit unserem Steuergeld sorgsam umzugehen. Eine Karriere beim Land Oberösterreich, einem sehr großen Arbeitgeber in unserem Land, da findet man sehr vielfältige Aufgaben und sehr vielfältige Berufe. Wir nehmen hier unsere soziale Verantwortung überdurchschnittlich wahr. Einstellungen im öffentlichen Dienst, sehr geehrte Damen und Herren, unterliegen sehr strengen und guten Objektivierungskriterien, die wir alle, ich möchte es hier erwähnen, teils mitgestaltet im Landtag und mitbeschlossen haben. Wir haben das getan, um erstens Chancengleichheit zu gewährleisten, um Menschen mit Beeinträchtigung eine sinnvolle Tätigkeit zu bieten, um ein ausgewogenes Verhältnis von Mann und Frau anzusteuern und die besten Köpfe für die Verwaltung in Oberösterreich zu gewinnen. Wie geht das also mit dieser Aktion zusammen? Ich denke, das sind schon wesentliche Fragen, mit denen man sich intensiv auseinandersetzen muss.

Das haben wir im Ausschuss letztes Mal auch so betont. Wir haben die Beilage deswegen zurückgestellt und vertagt, weil wir eine Stellungnahme der Personalabteilung einholen wollen. Das muss doch legitim sein, wenn man es fundiert angehen will. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Drei Monate Zeit!“) Ich weiß es, die SPÖ behauptet und sagt, die ÖVP und FPÖ wollen die Aktion verhindern. Ich finde, das ist ein starkes Stück. (Präsident: „Frau Klubobfrau, darf ich dich bitten zum Schluss zu kommen!“) Um nicht zu sagen, ganz ehrlich, eine Frechheit. Ich weiß schon, es ist Wahlkampf, da gelten offensichtlich andere Regeln, aber in Zeiten wie diesen muss man vorsichtig sein, man kann nicht alles dem Populismus unterordnen, denn diese Thematik ist einfach zu sensibel. Hier geht es um Menschen, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Jeden Tag warten sie, was Ihr entscheidet!“) um Menschen und Familien, die dahinter stehen. Wenn die Aktion 20.000 ein Erfolg werden soll, dann müssen wir aus unserer Sicht auch die privaten Unternehmen einbinden. Die Wirtschaft zieht nun erfreulicher Weise an und ist auf Expansionskurs. Bei der öffentlichen Hand ist es leider momentan gegenläufig. Wir nehmen es ernst, wir wollen den Arbeitslosen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unter die Arme greifen, das haben wir auch beim Jobbonus gezeigt.

Also zusammenfassend, ja wir ziehen an einem Strang, wenn es darum geht Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben, aber zu klaren Voraussetzungen im Sinne der Gruppe 50 plus. Wir wollen das prüfen, die ersten Erfahrungen aus den Pilotprojekten sammeln und eine Ausweitung für die Privatbetriebe. Daher keine Zuerkennung der Dringlichkeit, sondern eine fundierte und ordentliche Beratung im Ausschuss. Liebe SPÖ, wenn ich darum bitten darf, ein bisschen weniger Populismus oder mit den anderen Worten „A little less conversation, a little more action“. Ich danke. (Beifall)

Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststelle, dass für diesen Beschluss eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen

Stimmen erforderlich ist. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 506/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise daher die Beilage 506/2017 dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 507/2017 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 507/2017 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hermann Krenn, bitteschön Herr Abgeordneter.

Abg. Krenn: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer! Dieser Antrag ist ein Produkt einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema Polizei und Personal bei der Polizei. Ich denke, das wird auch die Voraussetzung sein, dass wir für diesen Antrag auch Zustimmung erhalten. Ich möchte auch vorausschicken, dass wir die aktuellen Personalaufnahmen des BMI begrüßen und es als Maßnahme sehen, die in die richtige Richtung geht. Im Vorfeld, in den Medien, ist bereits zu lesen gewesen: Wir haben alle diese Maßnahmen bereits, warum kommt der Antrag wieder? (Zwischenruf Abg. Stanek: „Das hat man auch in den Medien anders gelesen!“) Es ist auch gestanden, dass das Bundeskanzleramt dafür zuständig wäre. Dazu zwei Antworten! Für den Antrag, für die Personalplanung selbst, ist schon das zuständige Ministerium zuständig. Ich denke, nach den letzten Informationen wird es auch so sein: wenn vom Bundeskanzleramt in diese Richtung kommt, 2.500 Planstellen mehr für die Polizei, dass es kein Problem sein dürfte, wenn der Antrag endlich gestellt wird. Aber ich sehe diesen Antrag, der sich rein auf die Fortsetzung, die Fortschreibung der aktuellen Aufnahmen für die nächsten Jahre bezieht, auch als Unterstützung nicht nur der Beamten, sondern auch des zuständigen Landespolizeidirektors, der uns ja im Ausschuss gesagt hat, auch er würde es so sehen, dass in den nächsten Jahren intensiv aufgenommen werden muss. Also der aktuelle Aufnahmestand fortgeschrieben werden soll.

Ich denke, das sind wir auch den Beamtinnen und Beamten der Polizei selbst schuldig. Denn die Polizei in Oberösterreich leistet sehr gute Arbeit, und sie stellt es auch immer wieder mit den Erfolgen unter Beweis. Für diesen Einsatz sollen wir ihnen danken und auch nicht vergessen, dass der Einsatz Belastung für die Beamtinnen und Beamten bedeutet. Insbesondere schlägt sich das dann in Überstunden nieder, die vor allem durch die unbesetzten Planstellen, durch die Gegebenheit, dass reduzierte Arbeitszeiten eben nicht durch neue Aufnahmen ersetzt werden können, das ist halt die Planstellenlage, das Gesetz ist so, auch dass es Krankenstände und Karenzen gibt, die in der Folge zu unbesetzten Planstellen führen. Das sind dann die Gründe für die Belastungsgrenzen, die erreicht werden. Um sicherzustellen, dass hier eine Entspannung reinkommt, was die Personalsituation betrifft, bedarf es eben ein Fortschreiben dieses Weges der Aufnahmen.

Wenn wir auch, sichergestellt durch die Anfrage beim Ministerium, feststellen dürfen und müssen, dass 445 Planstellen in Oberösterreich unbesetzt sind, sprich durch das, was ich vorher angeführt habe, de facto unbesetzt sind, wenn wir wissen, dass durchschnittlich in den nächsten Jahren jährlich 120 Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand gehen, so ist es eben notwendig, nicht nur in diesem Jahr die Aufnahmen zu machen, sondern logischerweise das fortzuschreiben. Das ist auf der einen Seite der Ausgleich dessen, was

im natürlichen Abgang durch Pensionen erfolgt, teilweise auch durch Austritte, auf der anderen Seite wenn wir wissen, dass ein Fehlstand ist von über 400, was die Arbeitserfüllung betrifft, dann ist das auch auszugleichen. Das würde in unserer Rechnung eben die Zeit von vier Jahren ergeben. Damit liegen wir ja nicht so falsch, weil das auch der Landespolizeidirektor so sieht und sagt. Die Zeit dazwischen, die soll eben dann, jetzt wird gehandelt und dann noch einmal drüber geschaut, dafür verwendet werden, um festzustellen, was ist denn der Bedarf bei den Sonder- und Spezialeinheiten, wo nachweislich zu wenig Planstellen vorhanden sind? Was brauchen wir für einen echten Karenzpool? Da gibt es ja Zahlen, wie viel durchschnittlich im Jahr an Karenzen vorhanden sind. Und auch um zu klären, ja wie schaut es dann aus, um danach, nach diesen vermehrten Aufnahmen, auch eine ordentliche Linie reinzubringen? Was brauchen wir an Ausbildungsplanstellen? Also diese drei Forderungen dann auch zu überlegen, durchzudenken. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt, meiner Meinung nach, geht es darum, einmal zu handeln und dann nachzudenken, wie können wir, wie kann weiterhin in dieser Planstellenlage unterstützt werden? Und für diesen Antrag ersuche ich Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Polizei leistet eine sehr wichtige und wertvolle Arbeit und ist dazu da, auch die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Und es ist Aufgabe der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen auch herzustellen, damit die Polizei auch ihren Aufgaben entsprechend nachkommen kann.

Eine moderne Polizei braucht also ausreichend Beamte, die also im öffentlichen Raum präsent sind. Nur so ist eine entsprechende Bürgernähe auch zu praktizieren. Eine moderne Polizei braucht eine moderne Ausstattung, braucht eine hervorragende Ausbildung, braucht eine verlässliche Infrastruktur, moderne Kommunikationstechniken, damit also kurze Reaktionszeiten möglich sind, damit es eine rasche Einsatzfähigkeit gibt und damit kompetente Hilfe auch im Notfall durch ein abgestimmtes Vorgehen erreicht werden kann.

Und all das, was ich jetzt aufgezählt habe, glaube ich, ist etwas, was in diesem hohen Haus hier Zustimmung findet, und da sind wir uns auch entsprechend einig. Der Oö. Landtag hat also schon, glaube ich, sehr klar und deutlich Position dazu bezogen. Wir haben also erst im Mai dieses Jahres über die Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Resolution verabschiedet, wo wir eine optimale Personalausstattung gefordert haben für unsere Polizei. Und wir haben auch im November 2016 eine entsprechende Resolution verfasst an die Bundesregierung, wo wir eben genau auch ausreichend Personal und beste Ausbildung für unsere Polizisten und Polizistinnen gefordert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, wir werden dem Antrag zustimmen. Allerdings glaube ich, dass der Antrag auch ein bisschen dem Wahlkampf geschuldet ist, was prinzipiell nicht schlecht ist, also ist ja durchaus legitim. Wobei ich sagen möchte, ich glaube, dass man sich ein Stückchen überlegen sollte, wie viele Resolutionen schicken wir sozusagen an den Bund und wie inflationär wird das Ganze? Ich glaube, dass dadurch natürlich auch ein Stück unsere Arbeit hier im hohen Haus abgewertet wird. Ich glaube, dass ein selbstbewusster und starker Landtag auch die Aufgabe hat, nicht nur Papiere wegzuschicken, sondern dass wir auch schauen, dass wir unsere eigenen Leute, jede Partei für sich, die Stakeholder entsprechend auch überzeugen und dass wir uns da auch entsprechend Verhör verschaffen.

Ich glaube auch, dass die amtierende Bundesregierung, die wir jetzt haben, wahrscheinlich diesen Antrag gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen wird. Insbesondere deswegen, weil wir ja noch nicht einmal eine Antwort auf die Resolution vom Mai erhalten haben, was auch ein bisschen wahrscheinlich auf den Zustand der Bundesregierung hindeutet.

Nichtsdestotrotz, wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass wir in Oberösterreich personell eine besser ausgestattete Polizei haben sollen. Es steht eine entsprechende Pensionierungswelle an. Wenn wir die in irgendeiner Form abfedern wollen, brauchen wir also 200 Polizistinnen und Polizisten jährlich. Das muss natürlich auch rechtzeitig vorbereitet werden. Und wenn man ein gutes Personal haben möchte, dann werden wir das auch nur bekommen, sag ich auch dazu, wenn das Ansehen der Polizei auch entsprechend wieder steigt, und wenn man eine gute Ausbildung bieten kann, und wenn entsprechend gute Arbeitsbedingungen vorhanden sind.

Wir haben im Ausschuss Landespolizeidirektor Pilsl eingeladen, und er hat uns ja auch entsprechend die Situation erklärt. Ich teile auch seine Ansicht, dass wir flexible Personaleinheiten auch brauchen, die man bedarfsgerecht einsetzt. Einerseits, um auf die Karenz und auf die Krankenstände zu reagieren, aber auch um andererseits hier wirklich flexible Einheiten zu haben, dass man sie dort einsetzt, wo man sie auch entsprechend braucht. Ich glaube nicht, dass wir nur alleine sozusagen die Posten der Polizeiinspektionen zusammenzählen dürfen.

Und in diesem Sinne, weil wir inhaltlich sicherlich auch dafür sind, dass es bestmögliche Bedingungen für die oberösterreichische Polizei gibt, werden wir diesem Antrag auch unsere Zustimmung geben. Ich danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und natürlich auch im Internet! Herr Kollege Krenn hat seine Ausführungen eigentlich begonnen, dass dieser Antrag ein Produkt intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema ist. Es freut mich sehr, dass man sich mit einem Thema intensiv auseinandersetzt. Nicht bei jedem Antrag der SPÖ in der letzten Zeit ist es gelungen. Bei diesem Antrag hier sehr wohl. Und ich kann, um hier irgendwelche Aufregungen im Vorfeld zu vermeiden, gleich einmal zu Beginn sagen, selbstverständlich erhält dieser Antrag, auch wenn er wohl der weiß ich nicht wievielte ist in dieser Periode zum Thema Polizei, unsere Zustimmung, weil es einfach ein unglaublich wichtiges Thema ist.

Die Forderung von 225 neuen Polizeikräften pro Jahr, fertig ausgebildeten Polizeikräften, liegt natürlich über dem jetzigen Ausstoßergebnis von rund 150 fertigen Polizistinnen und Polizisten, ist aber laut Auskunft der Sicherheitsakademie engagiert, aber auch möglich, sofern natürlich die personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, was wiederum natürlich in die Kompetenz des BMI fällt. Aber die Abgänge in den nächsten fünf Jahren sind natürlich eine große Zahl. 2017 105 Personen, 2018 113 Personen, 2019 117 Personen, 2020 124 Personen, 2021 138 Personen. Das sind aber jetzt nur die Pensionierungen. Dazu muss man auch noch bedenken, dass es in der letzten Zeit, anzunehmender Weise auch durch die Überlastung von manchen Exekutivbeamten, hier vermehrt zu Austritten gekommen ist. Die kann man jetzt nicht vorhersehen, aber es heißt, wir brauchen einen Puffer.

Beim derzeitigen Ausstoß, wenn ich wiederum diesen furchtbaren Begriff nehmen soll, weil mir kein anderer einfällt, hätten wir halt nur einen Überhang von 153 in den nächsten fünf Jahren von fertig ausgebildeten Beamten, was heißen würde, nur ein Drittel der jetzt fehlenden Planstellen könnte nachbesetzt werden. Da erscheinen die 225 natürlich eine gute Zahl, denn dann würde man das aufholen.

Aber nochmal, diese Forderung reiht sich ein in eine lange Liste von Forderungen, die wir aufgestellt haben. Und die, die tatsächlich dafür verantwortlich sind, die wirken etwas gelähmt. Auf der einen Seite natürlich das BMI, der Minister lässt sich zwar gern in der Zeitung anschauen, aber sehr viel Varianten, sehr viel Engagement, diesem Missstand abzuwenden, habe ich nicht gesehen. Aber ich möchte, trotzdem dass Wahlkampf ist, natürlich nicht den Bundeskanzler ganz aus der Verantwortung entlassen, denn immerhin ist er ja der Höchste in der Regierung und hätte auch hier seine Möglichkeiten, entsprechend hinzuwirken.

Und eines sage ich schon, nur zu glauben, mit der Veröffentlichung einer Kriminalstatistik, deren Richtigkeit ich überhaupt nicht anzweifle, aber wo man sich dann Dinge herauspicks, wo man sagt, ach das ist ja rückläufig, andere Bereiche oder Delikte, die fast explodieren, dann einfach ausklammert, ja und auf diese Art und Weise der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl vermitteln will. Dann scheitert an einem Mauergate in Wien, eine Posse, wie sie schlimmer wohl nicht sein kann, wo man eine Mauer baut, von der keiner was weiß, wo zu den Bauarbeitern der Bundeskanzler Wasser hinbringt und nachher nicht einmal mehr weiß, wo die waren und was die hier tun direkt vor seiner Haustür. Dann ersetzt man das ganze durch eine Pollerlösung, die kostet zwar mehr als die Mauer, also da ist ja, und alles das, Österreich ist so sicher? Nur die Regierung muss sich ein bisschen einbunkern, aber bitte bemerken hätte es halt keiner sollen. Vielleicht hätten wir die Mauer grün anstreichen sollen wie die Radwege in Wien, dann wäre es nicht so aufgefallen, dann hätte man sagen können, das ist ein Radhighway, oder irgendwas in die Richtung. Hat nicht funktioniert.

Wie gesagt, die Grundlage dieser Probleme ist ein multiples Organversagen der Regierung. Keinesfalls die Grundlage der Probleme ist irgendein Versagen der Beamten, der Bediensteten der Polizei, die wirklich außergewöhnlich gute Arbeit leisten. Und so wie es wichtig ist, dass die Bürger Vertrauen haben können in die Exekutive, dass sie von der Exekutive geschützt werden, so wie die Bürger Vertrauen haben können auch in die Regierung, dass sie für diese Sicherheit die Grundlagen zur Verfügung stellt, so muss auch die Exekutive in die Regierung vertrauen können, dass sie das Handwerkszeug kriegt, was sie braucht.

Und wenn dieser Antrag einen Beitrag dazu leistet, wenn hier der Oberösterreichische Landtag geschlossen zeigt, dass uns diese Situation, sowohl der Bediensteten, wie auch für die Bevölkerung, nicht egal ist, dann ist es ein großes und ein wichtiges Zeichen. Und ich wünsche mir, dass am 16. Oktober, wenn dieses ganze Wahlgeplänkel wieder vorbei ist und hoffentlich wieder irgendjemand mal daran denkt, für die Republik zu arbeiten, anstatt sich als Pizzabote, Wasserträger oder Sonstiges zu betätigen, dann könnte man dieses Problem wirklich einmal nachhaltig angehen und nachhaltig lösen.

Ich sage es ganz ehrlich, ich bedanke mich bei jedem einzelnen Polizisten, bei jeder einzelnen Polizistin für die geleistete Arbeit, für den Einsatz für die Sicherheit von uns allen, sowohl hier im Landhaus bis hinaus ins letzte Dorf. Sie leisten wirklich vorzügliche Arbeit.

Diese 225 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten im Jahr sind nicht nur möglich, sie sind auch nötig, die braucht die Polizei, aber vor allem brauchen sie unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, damit man in unserem schönen Land sich auch wirklich sicher fühlen kann. In diesem Sinne, Zustimmung. Herzlichen Dank. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren im hohen Haus, auf der Galerie, im Internet! Ich möchte auch damit beginnen, mich bei allen in Oberösterreich tätigen Polizistinnen und Polizisten ganz, ganz herzlich für ihre grandiose Arbeit zu bedanken.

Wir haben heute einen Antrag, den wir so oder so ähnlich schon öfter gehabt haben, und den wir damit wiederholen. Der Dank wird auch sehr oft wiederholt, aber gerade der Dank kann gar nicht oft genug wiederholt werden. Es ist ein wichtiges Thema, der Kollege Nerat hat es schon gesagt. Es geht einfach um die Sicherheit der Menschen und es geht aber natürlich auch um eine Arbeitsplatzqualität für unsere Polizistinnen und Polizisten.

Der Ruf nach mehr Polizisten bedeutet aber grundsätzlich einmal, dass wir mehr Ausbildungsplätze brauchen, denn jeder Ausbildungsplatz bindet im Prinzip ja einen Dienstposten. Und daher geht es einmal darum, dass wir erst einmal schauen, dass wir genügend Ausbildungsplätze haben, um dann in weiterer Linie auch sicherstellen zu können, dass die ausscheidenden Polizistinnen und Polizisten auch entsprechend ersetzt werden können.

Und das ist zum Beispiel das, was mich an den Presseaussendungen vom Kollegen Krenn schon auch manchmal stört, weil da immer so transportiert wird, jetzt brauchen wir die Polizisten, obwohl er eigentlich genau wissen müsste, dass jetzt eben sofort keine Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stehen können, weil es Polizistinnen und Polizisten nicht am freien Markt gibt, sondern die erst ausgebildet werden müssen. Und der Kollege Hirz, (Zwischenruf Abg. Krenn: unverständlich) ja, nur da haben uns wir immer besonders bemüht.

Du wirst seit zirka drei Monaten aktiv und das ist der wesentliche Unterschied dabei, ja. (Beifall) Das ist genau der wesentliche Unterschied dabei, weil die letzten Jahre habe ich vom Kollegen Krenn diesbezüglich nie etwas gehört. Und es gibt noch einen großen Unterschied, nämlich der Unterschied geht in die Richtung, dass so wie Kollege Hirz richtigerweise gesagt hat, wir von der ÖVP nicht nur Resolutionen einbringen, beschließen, oder in dem Fall auch heute wieder mitbeschließen, sondern dass wir genau das machen, Gottfried, was du sagst, nämlich, dass wir auch selber aktiv werden. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Aber mit wenig Erfolg, sonst hätten wir das Loch nicht!“)

Kollege Rathgeb und ich waren im Innenministerium und haben uns eben bemüht, dass die Personalsituation und die Ausbildungssituation besser wird mit dem Ergebnis, dass dann die SPÖ darauf eine Presseaussendung wieder gemacht hat, wo das ganze mehr oder weniger wieder versucht wurde zu konterkarieren. Und genau das ist das Problem. Da geht es nicht darum, die Situation der Polizistinnen und Polizisten zu verbessern, die Sicherheit in Österreich zu verbessern, sondern rein nach der Wahlkampfretorik zu versuchen, hier in allerletzter Minute noch auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. (Beifall)

Wenn wir uns jetzt die verschiedenen Resolutionen anschauen, dann sehe ich hier im Inhaltlichen keine wirklich großen Unterschiede mehr. Wenn hier in der jetzigen Resolution eigentlich nur über die Abgänge wieder geschrieben wird und komischerweise nicht darüber geschrieben wird, dass für heuer bereits 225 Polizistinnen und Polizisten in Ausbildung sind. Für nächstes Jahr, auch das sollte eigentlich der Kollege Krenn wissen, 250 Ausbildungsplätze geschaffen werden, dann ist das schon wieder sehr eigenartig, weil natürlich mit dieser Resolution damit wieder eine ganz eigene Schieflage versucht wird zu erzeugen.

Und, es wird dieser Flexipool, oder Karenzpool kommen. Der ist eh höchst notwendig, das gebe ich schon zu, weil es den ja formell und formal schon seit einigen Jahren gibt, aber er leider bisher nicht dotiert werden konnte. Er konnte aber auch nicht dotiert werden. Und das liegt nicht nur am Innenministerium (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Am Finanzministerium!“), sondern auch am Bundeskanzleramt. Herr Klubobmann, ein bisschen besser informiert sein, dann Zwischenrufe machen, aber keine falschen Zwischenrufe, das ist nämlich ziemlich schwach. Da ist das Bundeskanzleramt verantwortlich für die Dienstposten.

Und, lieber Kollege Krenn, da wäre es auch spannend gewesen, wenn ich einmal in der Zeitung gelesen hätte, dass der Kollege Krenn und der Kollege Makor möglicherweise zum Herrn Bundeskanzler Kern fahren und versuchen, die Situation dort in den Griff zu bekommen, die Situation für die Polizistinnen und Polizisten dort zu verbessern, wo ganz maßgebliche Maßnahmen gesetzt hätten werden können. Das erwarte ich.

Ich wollte das einmal in aller Deutlichkeit sagen. Wir werden dem Antrag inhaltlich natürlich zustimmen, aber grundsätzlich sollte man die Kirche im Dorf lassen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schliesse die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zu Beilage 507/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 508/2017 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 508/2017 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Aktionspläne über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An vielen Indikatoren können wir feststellen, dass unser Umgang mit Pestiziden nachhaltig verändert werden muss. Pestizide sind nachweisbar mittlerweile in vielen Lebensmitteln. Wir haben Glyphosat im Bier. Nachweisbar in unserem Bier. Und uns stirbt die Honigbiene. Und jetzt gibt es eine EU-Richtlinie, die sieht vor, ich zitiere es euch, dass durch nationale Aktionspläne quantitative Vorgaben, Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne zur Verringerung der Risiken und Auswirkungen der Verwendung von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit und Umwelt festgelegt werden müssen.

Und diese Aktionspläne gibt es. Es gibt einen österreichischen und es gibt einen oberösterreichischen. Und diese Aktionspläne müssen alle vier Jahre evaluiert werden. Und genau das wird jetzt gerade auf Bundesebene gemacht. Und Stellungnahmen zu dieser

Überarbeitung der Aktionspläne können bis Ende September eingebracht werden. Heute haben wir den 21. Ich wollte es nur dazu gesagt haben.

Deshalb ist dieser Antrag auch dringlich. Deshalb müssen wir heute ein Signal nach Wien schicken, dass wir ganz konkrete Vorgaben wollen, in den Aktionsplan haben wollen, die den Einsatz von Pestiziden wirksam reduzieren können. Es muss heute passieren, weil sonst ist die Begutachtungsfrist ausgelaufen ist und der neue Aktionsplan wird so, wie er uns vorgelegt wurde, in Kraft treten und da sind eben solche konkreten Angaben überhaupt nicht drinnen.

Im Unterausschuss Landwirtschaft haben wir über das Thema der Pestizide als Ursache für das Sterben der Honigbiene diskutiert, es ist auch bestätigt worden, dass das einer von vielen Effekten ist. Wir haben zu aller erst einmal gefordert, dass das Land Oberösterreich auf seinen eigenen Flächen Blühflächen entstehen lässt. Ich habe jetzt schriftliche Anfragen an die zuständigen Regierungsmitglieder eingebracht, da bin ich gespannt, was herauskommt. Wir haben gefordert, dass es Beratungsangebote für Bäuerinnen und Bauern und Imkerinnen und Imker geben soll, da werden wir uns im Herbst hoffentlich, Kollege Ecker korrigiere mich, das Bienenschutzzentrum anschauen, da bin ich auch schon sehr gespannt, wie das in der Praxis wirken wird. Und wir haben eben gefordert, dass der Bienenschutz im Aktionsplan des Landes Oberösterreich und auch im Nationalen Aktionsplan, gerade bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, stärker berücksichtigt werden soll.

Jetzt liegt dieser Entwurf des Nationalen Aktionsplans vor und dieser Aktionsplan ist meiner Meinung nach ein sehr sinnvolles Instrument, damit wir die schrittweise Reduktion von Pestizideinsätzen auf unseren Feldern angehen können. Es gibt nämlich viele Alternativen. Wir haben die Möglichkeit von kulturtechnischen Maßnahmen in der Landwirtschaft, die Auswahl von standortangepassten Arten und Sorten zum Beispiel, wir können die Fruchtfolge verändern, wir können den Einsatz alternativer Mittel forcieren, der Biolandbau ist eine wesentliche Maßnahme, die wir treffen können, nichtchemische Pflanzenschutzmittel gibt es, es gibt einen Nützlingseinsatz und so weiter und so fort. Das alles muss meiner Meinung nach im Nationalen und im oberösterreichischen Aktionsplan viel mehr Gewicht bekommen. Ich glaube, dass es hier im Haus für solche Maßnahmen eine Mehrheit gibt. Die SPÖ trägt unsere Dringlichkeit mit, ich danke dafür schon jetzt sehr herzlich.

Am Dienstag dieser Woche hat es in der Bundes-ÖVP eine Aussendung gegeben, wo man sich gegen die weitere Zulassung von Glyphosat ausspricht. Auch das ist für mich ein Signal, dass wir konkrete Vorgaben brauchen, was dürfen wir und was dürfen wir nicht?

Aus der ÖVP sind diese Signale etwas widersprüchlich, unser Landesrat Hiegelsberger hat mehrfach betont, dass es ihm wichtig ist, dass wir die Bienen schützen und dass wir einen sorgsam Umgang pflegen mit Pflanzenschutzmitteln, aber gleichzeitig zeigt sich auf Bundesebene schon, dass der zuständige Minister, gerade wenn es um die Glyphosatzulassung geht, sich seiner Stimme enthält, keine Stellung beziehen will, auch bei seinem Vorgänger hat es eigentlich einen massiven Druck gebraucht aus der Zivilgesellschaft und auch von uns Grünen, dass man zum Beispiel das Teilverbot der Neonicotinoide durchgebracht haben. Da würde ich mir wünschen, dass wir im Aktionsplan ganz konkrete Maßnahmen hineinnehmen, wie wir den Pestizideinsatz reduzieren können.

Wir müssen beim Thema Pestizide etwas weiter bringen, dafür können wir das Instrument der Aktionspläne ganz gezielt jetzt nützen, das muss aber heute passieren, weil bis Ende

September können wir mitreden und dann ist es zu spät, dann ist der Zug abgefahren. Also brauchen wir heute einen Beschluss für diese Resolution. Es gibt in der Bevölkerung draußen eine breite Mehrheit, die Menschen wollen nicht Pestizide in ihren Lebensmitteln, die Menschen wollen nicht Glyphosat in ihrem Bier und dafür braucht es ganz klare Vorgaben und Richtwerte. Gerade deshalb braucht es eure Zustimmung heute für diesen Antrag. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Peutelberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Initiativantrag hat einfach das Ziel, über Aktionspläne Gesundheit und Umwelt zu schützen. Es braucht Aktionspläne über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Es braucht einfach im Sinne des Bodenschutzgesetzes, das wir ja vor über 20 Jahren beschlossen und beraten haben, Vorgaben, dass man den Pflanzenschutzmitteleinsatz in Österreich reduziert.

Ich weiß schon, wie abhängig die Landwirtschaft von Pflanzenschutzmitteln ist und es ist halt praktisch, wenn es ein Problem auf dem Feld gibt, dass man spritzt und sozusagen dann korrigiert, aber es ist einfach wichtig, dass man andere kulturtechnische Maßnahmen, zum Beispiel standortangepasste Arten und Sorten benutzt, dass man vielfältige Fruchtfolgen macht und dass man wirklich schaut, wo der Einsatz von alternativen Mitteln möglich ist, um Vorsorge und Schutzregelungen zu erreichen.

Ziel, und deswegen unterstützen wir diesen Initiativantrag auch, ist einfach der bedeutend geringere Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Wir wollen alle gesunde Lebensmittel haben, wir brauchen ein funktionierendes Agrarökosystem und wir wollen die Biodiversität erhalten in unseren Lebensräumen, das heißt unterm Strich auch eine nachhaltigere landwirtschaftliche Produktion und ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung dieses Initiativantrages. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Graf.

Abg. **ÖkR Ing. Graf:** Danke, Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Aktionspläne für eine nachhaltige Verwendung und Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln für Oberösterreich und Österreich und auch den aktuell vorliegenden Entwurf durchliest, merkt man sehr rasch, dass diese mit einem sehr hohen Maß an Sachkundigkeit und auch sehr umfassend erstellt wurden. Sie enthalten auch viele Dinge, die meine Vorredner heute und hier erwähnt haben, nämlich in Bezug auf Biodiversität und alternative Möglichkeiten, um den Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren. Ich denke auch, so konnten diese Pläne in den letzten Jahren maßgeblich dazu beitragen, dass es in Oberösterreich zu einer Reduktion der Pflanzenschutzmitteleinsatzmengen gekommen ist und vor allem zu einem noch verantwortungsvolleren Umgang mit diesen Pflanzenschutzmitteln durch die Landwirte.

Aber es sind Aktionspläne und nicht zu verwechseln mit Aktionismus und wenn der Kollege Kaineder anführt das Glyphosat im Bier, da muss ich deutlich sagen, dass die Anwendungsvorschriften und auch die tatsächliche Anwendung von Glyphosat in Österreich das gar nicht möglich macht. Da muss man leider sagen, wir leben in einer globalen Wirtschaft, und diese Dinge werden ausschließlich importiert. Wie gesagt noch einmal, Glyphosat hin oder her, wie es in Österreich angewendet wird, ist ein Rückstand in

Nahrungs- und Futtermittel nicht möglich. Soviel sollte man einfach zur Sachkundigkeit beitragen. (Beifall)

Eine vernünftiger Beurteilung mit einem etwaigen Gesamtsummenvergleich, wie der im Antrag angesprochen wurde, ist auch schwer möglich. Da muss man sich die Wirkstoffgruppen und möglicherweise sogar die einzelnen Wirkstoffe genauer anschauen, denn etliche Wirkstoffe sind auf Grund neuer Beurteilungen in der letzten Zeit abgeschafft worden, nicht mehr auf die Zulassungslisten gekommen und sind durch andere ersetzt worden. Dabei passiert es auch, dass jetzt ein Mittel zur Anwendung kommt, das zum Beispiel eine Aufwandmenge, von Hausnummer eineinhalb Liter pro Hektar zur Wirksamkeit verlangt und das alte, aber schlechter umweltverträgliche, hat nur einen halben Liter verlangt. Also ein absoluter Mengenvergleich ist da sehr differenziert zu sehen. Im Sinne der besseren Umweltverträglichkeit ist diese Entwicklung schon notwendig. Aber es heißt, dass einfache Mengenschlüsse nicht möglich sind und auch quantitative Vorgaben entsprechend schwierig und differenziert zu sehen sind.

Tatsache ist jedenfalls, das kann ich hier sagen, dass seit 1999 das Wirkstoffangebot bei der registrierten Zulassungsliste von 2.000 auf jetzt knapp 600 Wirkstoffe zurückgegangen ist. Das lässt durchaus den Schluss zu, dass es hier eine stark wachsende Sensibilisierung auf Seiten der Zulassung gibt, aber auch auf Seiten der Anwender.

Dass das nicht nur schön und einfach ist, zeige ich mit dem Beispiel auf, dass das auch bewirkt, dass zum Beispiel manche Pflanzenproduktionen in Oberösterreich dadurch entweder unrentabel oder sogar unmöglich wurden und das eine direkte Auswirkung auf den Selbstversorgungsgrad haben kann, und außerdem ein eingeschränktes Wirkstoffangebot natürlich auch einen Wirkstoffwechsel nicht möglich macht und damit Resistenzen verursachen kann. Deswegen ist eine Rasenmäthmethode von meiner Seite her mit Drüberfahren und Pauschalierung hier nicht zielführend, sondern es ist eine genaue Betrachtung notwendig.

Ich sage nur abschließend, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat mit den Länder- und Interessensvertretern und weiteren Stakeholdern sich hier die Aufgabe bei der Erstellung der Pläne nicht leicht gemacht und ist durchaus mit Bedacht unter nötiger Sorgfalt vorgegangen.

Abschließend schon auch noch ein Apell hier im Haus. Was glauben sie, wer das ureigenste und größte Interesse an einer nachhaltigen und sparsamen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln eigentlich hat? Das ist der Landwirt. Weil sich der Landwirt sehr wohl seiner Verantwortung bewusst ist und vor allem seines wichtigsten Betriebsmittels, nämlich des Bodens, dass er den auch, in Generationen gedacht, den Jüngeren und seinem Nachfolger weitergeben kann. Deswegen freue ich mich auf eine Diskussion im Ausschuss, aber die Dringlichkeit lehnen wir ab. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ecker.

Abg. ÖkR **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lieber Stefan Kaineder, ich würde dir empfehlen, trinke österreichisches Bier, dann hast du keine Probleme mit Glyphosat. (Beifall)

Jetzt zum Nationalen Aktionsplan auf Bundesebene 2017 – 2021 für nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dieser Aktionsplan ist natürlich wichtig für die Landwirtschaft,

aber auch darüber hinaus. Eines muss man dazu sagen, man hat sich in Österreich geeinigt, dass alle Bundesländer einen gemeinsamen Nationalen Aktionsplan gestalten. Das heißt, Oberösterreich ist auch eines unter den neun Bundesländern, die das auch unterstützen. Denn eines ist auch klar, allein in Österreich etwas zu gestalten und die anderen acht Bundesländer machen eine andere Gangart, ist sicher nicht zweckmäßig.

Auf der anderen Seite ist es natürlich immer schwierig, wenn man zum Beispiel in diesem Aktionsplan nur auf einen Wirkstoff, das heißt Glyphosat hinweist, denn im Endeffekt könnte ich genauso darauf eingehen und sagen, dass Glyphosat eigentlich nicht krebserregend ist, dass Glyphosat natürlich ein Wirkstoff ist, der viele fachliche Argumente enthält, dass hier dieser Einsatz auch in Zukunft in Europa zuzulassen ist, weil es auch keine Probleme gibt. Ich kann das auch nicht genau feststellen, ich kann das auch nur wiedergeben.

Deshalb versuche ich im Sinne der Landwirtschaft in Oberösterreich, dass man hier eine fachliche Diskussion zulässt und nicht im Vorhinein immer alles verteufelt, eigentlich sagt, Pestizide, man braucht nur ein Foto in der Zeitung sehen, dann ist alles schlecht und da haben wir sozusagen die Umwelt seitens der Landwirtschaft vergiftet. So ist es nicht!

Tatsache ist, dass die Landwirtschaft in Oberösterreich und Österreich darauf aus ist, dass sie gesunde Pflanzen produziert und die gesunden Pflanzen auch dementsprechend kultiviert. Es wird nicht funktionieren, dass man sozusagen 100 Prozent der Landwirtschaft vorschreibt, dass man im biologischen Bereich dort tätig sein sollte, weil gewisse Sachen sind eben im biologischen Bereich relativ schwer umzusetzen und natürlich auch die Lebensmittel sind nicht mit 100 Prozent in Österreich zum Absetzen, weil wir dann vom Ausland einen dementsprechenden Importdruck hätten, weil die Bevölkerung auch andere Lebensmittel teilweise bevorzugt.

Wir wollen sozusagen den Schwerpunkt setzen, dass man diese Lebensmittel, die in Österreich gebraucht werden, auch erzeugt in der Landwirtschaft und dass man die Wertschöpfung auch in Österreich erhalten kann. Denn diese Wertschöpfung sichert das Einkommen, das habe ich schon öfter betont. Eines möchte ich auch noch dazusagen, im Endeffekt gibt es natürlich Qualitätskriterien nicht erst seit dem nachhaltigen Aktionsplan, sondern diese gab es auch vorher schon. Die Landwirtschaft ist im Einsatz der Pflanzenschutzmittel dementsprechend bürokratisch gebunden. Das heißt, wir haben einen Pflanzenschutzmittelausweis, den jeder Anwender auch beantragen muss und ohne diesen Ausweis bekommt er keine Mittel. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch die Voraussetzungen, dass jeder Pflanzenschutzanwender auch Schulungen machen muss. Das ist schon alles bekannt. Das heißt, wir sind auf dem richtigen Weg.

Die Frage ist, wie gehen wir mit privaten Anwendern von Pflanzenschutzmittel vor? Werden wir auch dort in Zukunft so streng, dass wir sagen, da brauchen wir auch einen Pflanzenschutzmittelausweis, oder auch Schulungen, weil sonst können wir das nicht mehr verantworten, was dort passiert? Wenn wir über Blühflächen reden, Blühflächen sind uns in der Landwirtschaft besonders wichtig, werden jeden Jahr angelegt, im Herbst speziell bei Zwischenfrüchten auch dort vor Ort wieder kultiviert und natürlich herangezogen. Aber schauen wir einmal hinaus, bei den Einzelhäusern und bei den Gärten, bei den meisten gibt es schon einen Mähroboter, der den Rasen relativ kurz hält und dort blüht überhaupt nichts mehr. Genau das ist das Ziel. Das heißt, Pflanzenschutz, aber natürlich Erhaltung der Vielfalt bedeutet nicht nur, dass wir der Landwirtschaft noch mehr Auflagen hinaufdrücken, sondern dass man gemeinsame Ziele formuliert, und diese Ziele auch für Nichtlandwirte genauso Herausforderungen darstellen wie für alle anderen. Darum haben wir auch in Zukunft die

Chance, dass man gemeinsam diese Nachhaltigkeit pflegt und jeder von Oberösterreich hätte die Möglichkeit gehabt, dass er auch beim Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren bis Ende September daran teilnimmt.

Ich hoffe, du hast teilgenommen Stefan, und ich hoffe, dass einige andere auch diese Möglichkeit genutzt haben. Somit ist es nicht so dringlich, dass man von heute auf morgen erkennen muss, dass dort eine Möglichkeit besteht, sondern die ist schon länger bestanden und im Unterausschuss haben wir das diskutiert, da ist genau das erklärt worden.

Ich hoffe, dass wir in Zukunft gemeinsame Ziele verfolgen, aber dass das so dringlich ist, dass das erst heute am Tisch gekommen ist oder vor zwei Tagen, das ist nicht so (Zwischenruf Abg. Kaineder: „Es hat inzwischen keine Sitzung mehr gegeben!“) Ja eh, aber Tatsache ist natürlich auch, dass viele Kollegen und auch du, Stefan, im Sommer nicht Zeit gehabt haben. Wir werden die Dringlichkeit ablehnen und auch im Ausschuss diskutieren. (Zwischenruf Abg. Kaineder: „Keine Landtagssitzung, habe ich gemeint!“) Ja, okay, passt, und ich hoffe, dass wir einen gemeinsamen Nenner finden. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 508/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 508/2017 dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zur Wiederbestellung des Direktors des Landesrechnungshofs. Der Oberösterreichische Landtag hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2012 Ing. Dr. Friedrich Pammer mit Wirkung vom 1. Jänner 2013 für die Funktionsperiode bis 31. Dezember 2018 zum Direktor des Landesrechnungshofes des Landes Oberösterreichs bestellt. Gemäß Paragraph 11 Abs. 5 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes hat die Präsidialkonferenz bis spätestens 14 Monate vor Ablauf der Bestelldauer einen Beschluss über die Wiederbestellung zu fassen. Dazu teile ich mit, dass nach Anhörung des Direktors des Landesrechnungshofs die Präsidialkonferenz einstimmig beschlossen hat, Herrn Ing. Dr. Friedrich Pammer für eine weitere Funktionsperiode als Direktor des Landesrechnungshofs vorzuschlagen. Die Wiederbestellung des Landesrechnungshofdirektors erfolgt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Paragraph 44 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009, wobei eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Vorschlag der Präsidialkonferenz auf Wiederbestellung von Ing. Dr. Friedrich Pammer zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass einstimmig, das heißt somit auch mit Zweidrittelmehrheit, die Annahme zur Wiederbestellung erfolgt ist. Damit ist Herr Ing. Dr. Friedrich Pammer für eine weitere Amtsperiode bestellt, welche aufgrund der Bestimmungen des Paragraph 11 Absatz 4 Ziffer 4 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes die Funktion mit 31. Dezember 2022 endet. Ich gratuliere Herrn Ing. Dr. Friedrich Pammer zur Wiederbestellung für den Rechnungshof. (Beifall)

Ich wünsche Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit viel Erfolg und schauen Sie uns gescheit auf die Finger. (Heiterkeit)

Wir kommen nun zur Ersatzwahl in die Ausschüsse. Aufgrund des Ausscheidens von Frau Mag. Doris Hummer aus dem Oö. Landtag ergeben sich Änderungen in der Zusammensetzung einzelner Ausschüsse. Über Vorschlag des Klubs der ÖVP-Landtagsabgeordneten hat die Präsidialkonferenz durch einstimmigen Beschluss entsprechende Wahlvorschläge erstattet.

Die Zusammenfassung lautet: Landtagsabgeordnete Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger wird Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten, Ausschuss für Frauenangelegenheiten, Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie Ersatzmitglied im Petitionsausschuss und im Finanzausschuss. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 durch Zustimmungserklärung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, welche dem vorgelesenen Wahlvorschlag Ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme des Wahlvorschlages fest. Damit wurde Frau Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger als Mitglied beziehungsweise als Ersatzmitglied der vorhin genannten Ausschüsse gewählt. Ich gratuliere herzlich. (Beifall)

Wir kommen nun zur Beilage 499/2017. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend „Sicherung von Rohstofflagerstätten in den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol“. Ich darf Herrn Abgeordneten Dr. Csar bitten, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Dr. Csar:** Beilage 499/2017, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes betreffend "Sicherung von Rohstofflagerstätten in den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 499/2017.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: 1. Der Wahrnehmungsbericht betreffend „Sicherung von Rohstofflagerstätten in den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol“ wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und darf dir gleich das Wort erteilen.

Abg. **Dr. Csar:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Rohstoffe sind die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land, aber auch für die wirtschaftliche Expansion. Rohstoffe sind die Basis für unser Leben und für unsere gesamte Umwelt und daher ist ein vernünftiger, intelligenter Umgang mit den vorhandenen Rohstoffen ein Gebot der Stunde, eine Notwendigkeit, und auch die Basis für eine verantwortungsvolle und vorausschauende Politik.

In Oberösterreich wird damit sehr verantwortungsvoll und sehr vorsichtig umgegangen und das ist auch notwendig, damit wir vorausschauend planen können. Wir haben aber auch das Glück, dass wir in Oberösterreich Rohstoffe haben, die mehr vorhanden sind als in anderen Bundesländern. Der Bundesrechnungshof hat nun diese Rohstofflagerstätten und die Sicherung der Rohstofflagerstätten überprüft, wie das nun in den einzelnen Bundesländern der Fall ist und hat drei Empfehlungen abgegeben.

Diese drei Empfehlungen lauten dahingehend, dass die Residualflächen des Rohstoffplanes unter Einbindung des Bundesministeriums überarbeitet werden sollten, wo auch dann die Flächenwidmungsplandaten der Gemeinden, die Berücksichtigung der Wohngebäude im Grünland und die Grünlandsonderausweisungen sowie die geltenden Raumordnungspläne und -programme berücksichtigt werden sollten. Das war die eine Empfehlung.

Das Zweite war, die Erstellung bei Raumordnungsplänen sollte dementsprechend mit einer entsprechenden Grundlagenforschung erfolgen. Und das Dritte war, dass den Amtssachverständigen eine Checkliste und Arbeitsanweisung für die Berücksichtigung dieser Residualflächen zur Verfügung gestellt werden sollte.

Wir müssen davon ausgehen, dass bei diesem Aufgabengebiet der Rohstoffsicherung, der Rohstofflagerstätten der Bund eine ganz wesentliche Kompetenz hat und der Bund natürlich die Grundlagen für uns in der Landesregierung dann auch zu liefern hat. Daher ist es wichtig, dass diese Grundlagendaten vom Bund übermittelt werden und sobald diese vorhanden sind, kann aufbauend auf diesen Daten auch eine Digitalisierung und auch eine entsprechende Verarbeitung auch mit den Gemeinden und den Ländern erfolgen. Daher müssen wir natürlich zuerst diese Daten erhalten.

Wichtig ist, wie ich schon gesagt habe, dass wir in Oberösterreich die günstige Lage haben, dass wir viele Reserveflächen haben, mehr als in anderen Bundesländern. Und daher müssen wir das auch bei unserer Planung, der Flächenwidmungsplanung dementsprechend auch beachten. Das bedeutet aber auch, dass, wenn wir von vornherein alle möglichen Abbaufächen unter einen Schutzmantel stellen müssten, dass keine weitere andere Nutzung möglich wird.

Und damit kommt auch der dritte Punkt, der ganz wesentlich ist, nach vorne. Der bedeutet, dass wir bei einer Flächenwidmung und bei einer Planung auch berücksichtigen müssen, dass es öffentliche Interessen gibt. Auch die öffentlichen Interessen, wie beispielsweise die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes, einer Region, eines Gebietes. Daher ist hier eine Interessensabwägung aufbauend auf Sachverständigengutachten durch die Behörde durchzuführen, und diese Möglichkeit soll weiterhin auch beibehalten werden. Das soll auch in Oberösterreich weiter möglich sein, gerade für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung für Oberösterreich, für Arbeitsplätze in Oberösterreich, aber auch für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung für ganz Oberösterreich, wie wir auch in Oberösterreich gerne leben.

Daher haben wir diesbezüglich auch im Ausschuss darüber diskutiert und darüber gesprochen und auch mit dem Bundesrechnungshof hier uns ausgetauscht. Am Schluss sage ich ein herzliches Dankeschön an die Fachabteilung, die hier sehr professionelle Arbeit leistet. Ich sage ein Dankeschön an den Bundesrechnungshof für die interessanten Ausführungen und für die Überprüfung, und ich ersuche um dementsprechende Kenntnisnahme. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Böker.

Abg. **Böker:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Der Rechnungshofbericht zur Sicherung des Zugangs unserer Gesellschaft zu Rohstoffen ist ein grundsätzlich sehr wichtiges Thema für eine nachhaltige Wirtschaft und es macht daher Sinn, gerade die Rohstofflagerstätten im

eigenen Bundesland Oberösterreich vorausschauend bei Planungen, Flächenwidmungen, örtlichen Entwicklungskonzepten, aber auch der Landesplanungen zu berücksichtigen.

Der Vorsorgegedanke muss dabei aus meiner, aus unserer Sicht sehr breit ausgelegt werden, denn wir wissen nicht, welche Rohstoffe in ferner Zukunft von unseren nachfolgenden Generationen auch wirklich gebraucht werden. Der nun vorliegende Rechnungshofbericht, und hier möchte ich meinem Vorredner Peter Csar ein bisschen widersprechen, hat Oberösterreich und dem Bund attestiert, dass in der gesamtstaatlichen Aufgabe zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit bisher nur unzureichend nachgekommen worden ist. So war in Oberösterreich nicht bekannt, welche sicherungswürdigen Rohstofflagerstätten gemäß dem österreichischen Rohstoffplan durch Raumordnungsmaßnahmen der Gemeinde gesichert waren.

Das Land Oberösterreich und das zuständige Bundesministerium hatten diesen Rohstoffplan gegenüber den Gemeinden nicht kommuniziert und die Gemeinden konnten deshalb die im Rohstoffplan als sicherungswürdig ausgewiesenen Flächen oder Lagerstätten nicht berücksichtigen, was aber bei einer Erstellung von einem örtlichen Entwicklungskonzept oder bei der Überarbeitung dieser, auch der Flächenwidmungspläne doch unbedingt von Nöten gewesen wäre. Und die Gemeinden brauchen dazu aber auch die nötigen Informationen, die nötige Unterstützung und das nötige Know-how und hier muss unbedingt viel mehr kommuniziert und unterstützend begleitet werden.

Und vor diesem Hintergrund empfiehlt der Rechnungshof für Oberösterreich, dass die Residualflächen des Rohstoffplans überarbeitet werden sollen, und Residualflächen sind jene Flächen, die nach Abzug von Verbots- beziehungsweise Konfliktzonen, die wir ja alle auch kennen, als verbleibende Rohstoffeignungsflächen dargestellt werden. Die Überarbeitung soll dabei anhand der aktuellen Flächenwidmungsdaten der Gemeinden erfolgen und dabei ist das zu berücksichtigen, was Peter Csar auch schon gesagt hat, Wohngebäude im Grünland et cetera, et cetera sowie die geltenden Raumordnungspläne und -programme. Insbesondere ist in Bezug auf hochrangige Infrastrukturen Rücksicht zu nehmen.

Nach einer folgenden Abstimmung mit anderen Raumnutzungen wären wesentliche Flächen hier in Oberösterreich auszuwählen und deren Freihaltung sehr wohl sicherzustellen. Der Rechnungshof erachtet dies gerade wegen des vom Land Oberösterreich angesprochenen Zentralraums mit seiner Entwicklungsdynamik, die wir ja alle auch kennen, zur Gewährleistung der langfristigen Versorgungssicherheit für sehr zweckmäßig und auch notwendig. Die weiteren Empfehlungen des Rechnungshofes sind, dass bei der Erstellung von Raumordnungsplänen und -programmen für die Gemeindeebene dieser Rohstoffplan unbedingt Berücksichtigung finden muss. Diese schon angesprochene Checkliste für die Amtssachverständigen des Landes Oberösterreich für die örtliche Raumordnung wäre eine Arbeitsanweisung und hier, glaube ich, könnte man diese sinnvolle Maßnahme vor allem in Kenntnis beziehungsweise vor dem Hintergrund kommunaler Raumordnungsarbeit sehr wohl übernehmen. Im Ausschuss ist ja da ein bisschen anders diskutiert worden, aber diese Checkliste hätte ganz sicherlich Sinn.

Und angesichts dieser komplexen Kompetenzlage und ganz vielseitigen Berücksichtigungspflichten einerseits, aber der unzureichenden Kommunikation des österreichischen Rohstoffplans durch Bund und Länder an die Gemeinden andererseits, wäre der Abschluss einer 15a-Vereinbarung ein mögliches und ein gutes

Koordinierungsinstrument, um dieses Problem- und Verantwortungsbewusstsein der Gebietskörperschaften für diese gemeinsame Staatsaufgabe zu stärken.

Und dies ist ja auch verfassungsrechtlich seit 2013 als gemeinsame Staatsaufgabe verankert und sollte daher wirklich von uns allen ernstgenommen und umgesetzt werden. Und wir sehen hier einigen Verbesserungsbedarf, und ich möchte mich auch hier an dieser Stelle für die wertvolle Arbeit des Bundesrechnungshofes bedanken, und wir werden diesen Rechnungshofbericht und seine gesamten Empfehlungen annehmen. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun Kollegin Kattnigg ans Rednerpult bitte, darf ich die Damen und Herren der Personalvertretung des Bundesheeres sehr herzlich hier im Oö. Landtag begrüßen. Ich heiße Euch herzlich willkommen und wünsche Euch eine interessante und spannende Stunde hier bei uns im hohen Haus. Und nun darf ich dich, Evelyn, bitten, deine Rede vorzutragen.

Abg. Kattnigg, BA (FH): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Galerie und im Internet! Eingangs möchte ich gleich vorweg nehmen, dass die Freiheitliche Fraktion dem vorliegenden Rechnungshofbericht zur Sicherung von Rohstofflagerstätten natürlich zustimmen wird. Das ist auch schon im Kontrollausschuss ausreichend diskutiert worden.

Dieser Bericht beinhaltet die raumörtliche Bewertung, wie wir schon gehört haben, von Rohstofflagerstätten in Oberösterreich. Aber es sind auch die Rohstofflagerstätten in Niederösterreich und Tirol in diesem Bericht bewertet worden. Der Nationalrat forderte im Jahr 2001 den damaligen Bundesminister Bartenstein auf, einen österreichischen Rohstoffplan zu erstellen. Der vorliegende Rohstoffplan ist wichtig, denn nachhaltige Rohstoffnutzung und die Gewährleistung dauerhafter Versorgung mit Rohstoffen gewinnt immer mehr an Bedeutung in unserem Land.

Daher müssen die Rohstoffe auch erfasst, bewertet und selbstverständlich in der Raumplanung sowie auch in der Grundlagenforschung berücksichtigt werden. Allerdings wurden bei der Erstellung des österreichischen Rohstoffplanes die Gemeinden unverständlicherweise nicht berücksichtigt. Die Daten der Residualflächen, wie wir schon gehört haben von der Kollegin Böker, wurden vom Land auch nicht an die Gemeinden übermittelt. Daher konnten die Gemeinden diese Residualflächen auch nicht bei den örtlichen Entwicklungskonzepten berücksichtigen und auch nicht bei den Flächenwidmungsplänen. Somit eine berechtigte Kritik des Rechnungshofes, die wir als freiheitliche Fraktion natürlich auch mittragen.

Wenn ich meine Heimatstadt Steyr hernehme, Statutarstadt und Industriestadt, dann ist es natürlich wichtig, Flächenwidmungspläne mit sicherungswürdigen Rohstoffflächen zu vergleichen. Der Rohstoffplan kann als Instrument für die örtliche Raumordnung genutzt werden. Alleine schon für die Standortentwicklung einer Industriestadt ist das von großer Bedeutung. Und die Gemeinden sind ja immerhin für den Erlass von Flächenwidmungsplänen und Bebauungsplänen zuständig. Also warum sind sie dann nicht eingebunden worden?

Es wird allerdings notwendig sein, den vorliegenden Rohstoffplan noch besser umzusetzen, immerhin geht es um den langfristigen Zugang zu heimischen Lagerstätten durch Raumordnungsmaßnahmen. Der Datenstand aus dem Bergbauinformationssystem bei der Erstellung des Rohstoffplanes war ebenfalls nicht der neueste.

Immerhin, wenn der Plan Ausarbeitungskosten von umgerechnet 730.000 Euro bisher verursacht hat, wird es wohl möglich sein, diesen Plan in Zukunft für alle Gebietskörperschaften zu optimieren. Das hat der zuständige Landesrat auch im Kontrollausschuss zugesagt. Und zwar, er sagt, der Rohstoffplan wird in wissenschaftliche Planung und auch in der Grundlagenforschung berücksichtigt und diese Ergebnisse sollen dann natürlich auch den Gemeinden zugänglich gemacht werden. Daher kann die freiheitliche Fraktion diesen Empfehlungen des Rechnungshofes nur zustimmen und hat diese Zustimmung auch im Kontrollausschuss schon gegeben. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Punkenhofer.

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Danke Herr Präsident, geschätztes hohes Haus, liebe Gäste auf der Galerie! Ich denke, das Wesentliche ist von meinen drei Vorrednern und Vorrednerinnen schon gesagt worden. Ich möchte aber schon noch einmal betonen, die Wichtigkeit des Rohstoffplans, denke ich, steht außer Frage. Allerdings ist dieser Rohstoffplan der Auftrag dazu an das zuständige Ministerium 2001, also vor, im November werden es 16 Jahre, ergangen.

In dieser Zeit hat zum Beispiel meine Gemeinde zweimal das örtliche Entwicklungskonzept überarbeitet, sich Gedanken gemacht, wie man die Flächen in der Gemeinde, und so geht es fast allen anderen Gemeinden auch, zukünftig nutzt. Was nicht eingeflossen ist in unsere Überlegung, war der Rohstoffplan. Aber nicht, weil wir das boshaft übersehen haben, sondern weil wir es schlichtweg nicht gewusst haben. Deshalb.

Und das ist, glaube ich, auch ganz wichtig. Das kommt in diesem Rechnungshofbericht ganz klar heraus. Es braucht in Zukunft mehr Transparenz. Wir in den Gemeinden müssen wissen, was unsere Aufgaben zur Sicherung unserer Rohstoffe in Oberösterreich zukünftig sind. Ich denke, die Forderungen des Rechnungshofes sind da ganz klar, auch wir werden uns dem Rechnungshofbericht anschließen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 499/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 500/2017. Das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds. Ich bitte Herrn Abgeordneten Dr. Csar, nein, Dr. Aichinger, Entschuldigung, über die Beilage zu berichten. (Zwischenruf Abg. Prim. Dr. Aichinger: "Der sitzt hinter mir!")

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Beilage 500/2017, Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 500/2017.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2016, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 19. Juni 2017 (Beilage 463/2017, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und darf Abg. Prim. Dr. Aichinger gleich das Wort erteilen.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Nachdem, wie gesagt, dieser Bericht den Zeitraum des Jahres 2016 umfasst, ist die Aktualität nicht eine prickelnde, daher erspare ich auch die Darstellung der Situation des Jahres 2016. Er bietet aber eine gute Möglichkeit, all jenen zu danken, die in unserem Gesundheitssystem in Oberösterreich über all die Jahre und all die Zeit diese sehr verantwortungsvolle und teilweise auch sehr belastende Tätigkeit so hervorragend machen. Aber nicht nur denen sei gedankt, sondern im Konkreten auch den Mitarbeitern im Gesundheitsfonds, denn auch diese Arbeit ist keine sehr einfache und die Qualität der Arbeit ist tatsächlich eine, die man nur loben kann und wo man sich auch als Landtag dafür bedanken kann, dass diese Arbeit in dieser Qualität gemacht wird und das nicht nur in der Vergangenheit, sondern mit Sicherheit auch in der Zukunft. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Binder.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und im Internet! Kollege Aichinger hat schon vorweggenommen, wir behandeln hier den Bericht über die Gebarung des Gesundheitsfonds aus dem Jahr 2016 und ich darf die heute endgültig ausgeschiedene ehemalige Abgeordnete und Landesrätin Hummer zitieren, die einmal erzählt hat, dass ihr Vater gesagt hat, wer schaut denn auf die Bilanz, das ist Vergangenheit, wichtig sind die Auftragsbücher, da geht es um die Gegenwart und die Zukunft.

Und wir haben in diesem Jahr 2016 immerhin, über den Gesundheitsfonds, über zwei Milliarden Euro bewegt für die Gesundheitsversorgung der Oberösterreichinnen und Oberösterreich. Wir haben in der Gesundheitsplattform einige Projekte gemeinsam auf den Weg gebracht, insbesondere das erste Primärversorgungszentrum für Oberösterreich in Enns, das zweite steht in den Startlöchern. Das heißt, es ist hier einiges passiert, aber die Auftragsbücher sind auch voll. Und da geht es einfach um die Aufgaben, die wir jetzt erledigen oder wieder erledigen müssen und da komme ich halt leider auch wieder auf das leidige Thema der Wartezeiten zu sprechen.

Mir hat vor kurzem wieder eine Bekannte geschrieben, dass sie mit einer schweren Mandelentzündung aufgewacht ist, mit starken Schmerzen im Hals, ihre Hausärztin aufsuchen wollte, die war auf Urlaub, die Vertretung war nicht mehr da zu dem Zeitpunkt. Die zehn anderen Ärzte, die sie versucht hat zu erreichen, die waren nicht da oder waren so voll, dass es nicht möglich war. Sie hatte auch eine Hals-, Nasen-, Ohrenärztin versucht zu erreichen, eine nicht da, Vertretung drei bis vier Stunden Wartezeit. Also geht man in ein Krankenhaus. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Wegen einer Mandelentzündung?“) Wir reden eh über die Gesundheitsplattform, da sitzen ja die Systempartner beisammen, darum ist ja dieses Instrument so wichtig. Dazu komme ich aber noch zum Schluss. Also sucht sie ein Krankenhaus auf, das gerade Aufnahme hatte. Dort wurde ihr bereits bei der Aufnahme gesagt, naja Wartezeit sind mindestens fünf Stunden, selbst wenn die Schmerzen noch stärker werden, würde es anders nicht gehen.

Im Wartezimmer traf sie auf eine Mutter wieder mit einem Baby und einem Sohn. Der Sohn hätte um 8.30 Uhr (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Ich glaube, diese Geschichte kennen wir schon!“), es ist eine andere Geschichte, es tut mir leid, es sind nicht Einzelfälle, es häuft sich, der Sohn hätte um 8.30 Uhr einen Kontrolltermin gehabt und wartete zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Stunden.

Und heute konnte man der Krone entnehmen, dass ein 13 Monate altes Kind sich verbrüht hat und weil es in Oberösterreich keine ausreichenden Verbrennungsstationen gibt, musste

es nach Wien geflogen werden. Auch das möglicherweise ein Auftrag für uns, uns diese Situationen genau anzusehen. Und ja, da geht es auch um den niedergelassenen Bereich, da geht es um die Versorgung mit Hausärzten in allen Regionen. Der Auftrag für uns als Politikerinnen und Politiker ist es hier, eine gute regional flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen und auf diese Fehlentwicklungen, woher sie immer kommen, draufzuschauen.

Und wenn wir uns bei den Primärversorgungseinrichtungen schon dem niedergelassenen Bereich widmen und hier auch mit der Gebietskrankenkasse in ganz guten Gesprächen sind, dann sollten wir uns in der Gesundheitsplattform auch stärker mit diesen Fehlentwicklungen noch auseinandersetzen. Ich hätte mir ja gewünscht, dass wir nicht auf die reguläre Sitzung Ende November warten, sondern noch Ende des Sommers eine Sondersitzung machen, um uns diesem Thema zu widmen. So werden wir wahrscheinlich nicht im Rückblick auf das Jahr 2017 schon sehen, welche Schritte wir hier eingeleitet haben, sondern uns hoffentlich aber dann 2018 mit einer positiven Entwicklung auseinandersetzen können. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Dr. Ratt.

Abg. **Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen im Landtag, geschätzte Zuschauer und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Herr Kollege Binder, ich glaube das österreichische Gesundheitssystem ist wohl eines der besten der Welt und ich möchte nicht in England auf eine dringende Operation warten oder mich als Durchschnittsbürger und gar Ausländer in den Vereinigten Staaten von Amerika auf die staatliche Gesundheitsversorgung verlassen müssen.

Und gerade die Strukturen für die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich sind getragen von menschlicher Zuwendung, föderaler Verantwortung und gesamtstaatlicher Solidarität und gebührt daher allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in allen Bereichen des öö. Gesundheitswesens ein herzliches Dankeschön für ihre Leistungen (Beifall) und ihre Dienstbereitschaft, oft weit über das notwendige und erwartete Ausmaß hinaus.

Wir Freiheitliche nehmen den Geschäftsbericht 2016 des Öö. Gesundheitsfonds zustimmend zur Kenntnis und ich möchte zum Jahresabschluss 2016 bezüglich der 16 Fondskrankenanstalten des Landes Oberösterreich mit einem Jahresbudget von rund zwei Milliarden Euro einige Kapitel herausgreifen.

Die Öö. Gesundheitsplattform hat unter anderem die Aufgabe, die Mittel zur Finanzierung von Strukturreformen bereitzustellen und Planungen zur Entlastung der Krankenanstalten vorzunehmen. Damit soll die sogenannte extramurale Gesundheitsversorgung ausgebaut und der stationäre Akutbereich der Krankenanstalten entlastet werden. Natürlich sehen wir auch das Problem der niedergelassenen Ärzte und wird daran auf allen Ebenen der Stakeholder oder Systemplayer gearbeitet, aber eines darf ich auch anmerken, die Autonomie der Universitäten spielt in diesem Bereich auch eine gewisse Rolle und müssen auch hier entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Die Strukturmittel für diese Strukturreformen betragen 2016 rund 29 Millionen Euro, 55 Prozent entfielen auf die Hauskrankenpflege, das sind 15,6 Millionen Euro, auf die Notarztversorgung 19 Prozent mit 5,8 Millionen Euro, auf die Gesundheitsvorsorge 7 Prozent, 2,7 Millionen Euro, auf die mobile Palliativversorgung, ein sehr wichtiger Bereich,

auch 6 Prozent mit 2,1 Millionen Euro, der Rest entfällt auf die Beratung und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung, Früherkennung, gesundheitliche Förderung demenziell erkrankter Menschen und Information und Unterstützung für deren Angehörige und für ambulante Therapie und Rehabilitationseinrichtungen.

Ich möchte aus den derzeitigen Aktivitäten der Kooperation zwischen dem Land Oberösterreich und den oö. Krankenversicherungsträgern folgende Projekte ansprechen: Das Braunauer Psychosemodul hat zum Ziel, ein zusätzliches ambulantes Behandlungsangebot zur Stabilisierung der Patientinnen und Patienten anzubieten, um unter anderem immer wiederkehrende stationäre Einweisungen zu reduzieren, durch ein vernetztes Vorgehen sollen Doppelbehandlungen vermieden werden, die Lebensqualität und die Partizipation am gesellschaftlichen Leben soll verbessert werden, die Zugangsbarrieren sollen vermindert werden und damit die Gesundheit der Bevölkerung verbessert werden. Es kann gesagt werden, dass die Kosten für die stationären Behandlungen um 50 Prozent reduziert werden konnten und die Aufenthaltsdauer im Beobachtungszeitraum um mehr als zwei Drittel, also um rund 70 Prozent reduziert werden konnte, dies bezogen auf Patientinnen und Patienten mit Psychose und die Rückmeldungen von den Betroffenen sind sehr zufriedenstellend.

Ein wichtiges Projekt ist auch die Pilotphase Neurolinguistische Ambulanz Autismus. Diese hat das Ziel, ein Therapieangebot für Kinder mit frühkindlichem Autismus zu ermöglichen, die Ausprägung des Autismus wird damit gemindert und die Sprachentwicklung gefördert. Das Entwicklungsalter, die soziale Orientierung, die Steigerung der Lebensqualität der Familie und die Integration der Kinder in Kindergarten, Schule und Arbeitsprozess werden gefördert und damit die Gesundheitsausgaben im Wesentlichen verringert. Das System soll so gesteuert werden, dass die Kinder im häuslichen Bereich therapiert werden, auch sehr wichtig. Die Gesundheitsberufe sollen dafür eine Anlaufstelle sein, die Arbeits- und Rahmenbedingungen dafür sollen verbessert werden.

Ein weiteres wichtiges Kooperationsprojekt ist die integrierte Versorgung von Demenz auf individueller Ebene durch Gewinn an Lebensqualität für Menschen mit Demenz, die Entlastung der pflegenden Angehörigen von Menschen mit Demenz und die Entlastung des betreuenden Hausarztes. Auf der Organisationsebene soll die fachliche Expertise beim Pflege- und Betreuungspersonal im Umgang mit Menschen mit Demenz gesteigert werden. Dies bedingt auch eine entsprechende Zurverfügungstellung von Zeit für die Betreuungspersonen im Umgang mit diesen Menschen.

Weiters ist auf gesellschaftlicher Ebene Bewusstsein zu bilden, dass die Inanspruchnahme der Angebote an Trainings von Menschen mit Demenz angenommen wird. Mit diesen Beispielen wollte ich zeigen, wie wichtig es ist, dass die Zukunft unseres Gesundheitssystems im Land Oberösterreich durch den Gesundheitsfonds nicht nur von wirtschaftlichen Überlegungen geprägt ist, sondern auch im Sinne einer solidarischen mitmenschlichen Gesellschaft der Lenkungs- und Steuerungsaufgabe im oberösterreichischen Gesundheitswesen entsprochen wird. Und es liegt an uns, die Klugheit, die Empathie und die finanziellen Mittel weiterhin zum Wohle unserer Patientinnen und Patienten zu nützen. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun die Kollegin Schwarz an das Rednerpult bitte, darf ich sehr herzlich die Damen und Herren der FPÖ-Stadtgruppe Vöcklabruck bei uns begrüßen. Ich heiße sie herzlich willkommen und wünsche euch eine spannende und interessante

Stunde hier im Oberösterreichischen Landtag. Und nun erteile ich Kollegin Schwarz das Wort.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die vierte Person hier am Rednerpult zu einem Bericht über das Jahr 2016 Gesundheitsfonds. Man kann jetzt nur das Gesagte noch einmal unterstreichen, aber vorab einmal danke an alle, die in unserem Gesundheitssystem arbeiten, an alle, die wirklich 24 Stunden, sieben Tage die Woche rund um die Uhr eigentlich da sind für uns, damit es uns gut geht.

Aber der Bericht zeigt nicht nur nackte Zahlen auf, wie viele Millionen Euro wohin und so weiter und wie viele Patienten wo sind, sondern zeigt einfach auch auf, wie vielfältig die Herausforderungen sind. Und gerade in Oberösterreich, und da beneiden uns so manche andere Bundesländer, gibt es ja schon sehr lange die Kooperation zwischen den einzelnen Anbietern, vor allem zwischen den Krankenanstalten, dem niedergelassenen Bereich, aber auch der Gebietskrankenkasse oder den Krankenkassen, damit wir gemeinsam Projekte umsetzen, damit wir gemeinsam auch über den Gesundheitsbereich hinausgehen, im Sozialbereich was machen. Und ich möchte auch ein paar Bereiche herausheben, die mir persönlich ganz wichtig sind, auch aus der Vergangenheit her.

Das Nahtstellenmanagement, das ist schon zweimal aufgesetzt worden und da reden wir schon seit ewigen Zeiten, da war ich noch beim niedergelassenen Arzt, da haben wir schon Nahtstellenmanagement eingeführt im Bezirk Rohrbach, was brauchen die Ärzte, was braucht das Krankenhaus, was braucht der Sozialanbieter? Das war eigentlich ein Miteinander und man hat geschaut, okay, fällt uns irgendwer aus dem Netz heraus, können wir das auffangen, können wir da was machen für Personen, die vielleicht noch nicht so adäquat betreut werden und den Zugang nicht haben?

Das ist sehr gut gelungen und dieses Modell der Nahtstelle, der Vernetzung, des miteinander Austauschens ist dann auf Landesebene noch einmal ganz großartig aufgerollt worden, ganz großartig entwickelt worden, wo man dann gesagt hat, ja eh, aber es soll noch händelbar sein. Es soll auch noch die Zeit bleiben, nämlich wirklich bei den Patientinnen und Patienten zu sein und die, die dann dort vernetzen sich nicht immer totreden und reden und reden und irgendwie kommt nichts heraus.

Dann hat man gesagt, okay, wie können wir es so verändern, dass das auch umsetzbar ist auf die Regionen? Und ich glaube, wir haben eine sehr gute Lösung gefunden und es wird sehr gut auch in den Regionen umgesetzt mit der Ausrollung dieser Koordinationen, dieser klaren Funktionen, die da aufgegeben worden sind, auch die Betreuung und Begleitung, glaube ich, macht sich sehr bezahlt, weil wir wirklich merken, dass wir in einer Region, wo das gemacht wird und wo das gelebt wird, eigentlich einiges abfangen können, dass nicht Leute wieder ein zweites oder drittes Mal ins Krankenhaus müssen oder dass nicht Leute daheim schlecht versorgt sind, weil die kennt man dann untereinander.

Dann setzt man sich zusammen und sagt, weißt eh, jetzt war ich schon so lange nicht mehr bei der und der Frau, was ist da los? Und da kommt man drauf, da ist Pflege nicht ausreichend genug vorhanden von den Angehörigen bzw. von den einzelnen Sozialleistungen, die gemacht werden. Also diese Nahtstelle, dieses Ausrollen macht sich sehr bezahlt, ist natürlich auch klare Aufgabe, wie können wir das verbessern, verstärken, damit dann auch die Angebote stimmen? Weil was hilft mir alles, wenn ich mich vernetzen

kann, wenn mir nachher die Angebote fehlen, sei es im Sozialbereich oder sei es im Gesundheitsbereich, wo immer sie hingehören.

Ein Beispiel möchte ich auch noch herausgreifen, was mir persönlich auch ganz wichtig ist und wo wir nicht nur im Krankenhausbereich oder im ärztlichen Bereich, im Gesundheitsbereich daran arbeiten, sondern auch in der Gesellschaft, und mein Vordredner hat es schon angesprochen, die Demenz. Die integrierte Demenzbetreuung und -beratung wird auch schon gelebt, schon sehr lange, auch in einzelnen Schwerpunkten und ist schon sehr viel getan worden für die Patientinnen und Patienten, vor allem aber auch für die Angehörigen, weil das ist eine riesen Herausforderung, das wissen alle, die da schon einmal betroffenen waren davon oder mit Angehörigen das mitleben. Die, die betroffen sind von der Demenz, die wissen es ja nicht, haben sie mir gesagt, vielleicht weiß ich es auch nicht, aber gut, schauen wir einmal.

Was der dritte Part ist, und der ist schon angesprochen worden, Demenzversorgung auf gesellschaftlicher Ebene. Das was eigentlich die Polizei uns schon vorgemacht hat und da bin ich wirklich sehr, sehr stolz und das ist eigentlich eine tolle Aktivität, die dann in den Medien war, die demenzfreundliche Polizei, dass es da Schulungen gibt, wie gehe ich denn um damit? Ist das jetzt gleich, wenn der bei der Kasse vergisst zu zahlen, ist das jetzt gleich eine Straftat oder ist das ein verwirrter Mensch, ist das ein dementer Mensch, den ich vielleicht zurückbringen muss nach Hause oder zurückbringen muss ins Heim, in die Altenpflegeeinrichtung oder muss ich ihn wirklich anzeigen, weil er halt einen Diebstahl begangen hat? Und ich glaube, genau dieses miteinander Umgehen ist wichtig. Ich habe mit einem Polizisten geredet, der das gemacht hat, der hat auch gesagt, das ist super, weil meine Tante oder mein Opa hat das gleiche Problem und jetzt bin ich so froh, dass ich weiß, da kann niemand was dafür, das ist so und da können wir was machen.

Das gleiche wollen wir jetzt ausrollen in unserer Region, im Bezirk Rohrbach, in einem kleinen Bereich, auch mit Unterstützung vom Leaderprojekt, dass wir einmal schauen, alle Dienstleistungsunternehmen informieren und schulen, dass die wirklich ihre Verkäuferinnen, die Bankangestellten, die Wirtsleute, die Kellnerinnen und Kellner in so eine Schulung geben können, wie geht man denn um damit, wenn sie nicht aus eigener Erfahrung was wissen, wie geht das, ist das natürlich eine riesengroße Chance.

Da probieren wir jetzt genau das in einem Piloten, in einer kleinen Region mit sieben Gemeinden und das werden wir dann ausweiten auf den ganzen Bezirk. Weil ich glaube, es geht oft nur darum, ein Bewusstsein zu schaffen, damit sich auch die Angehörigen nicht schämen müssen, wenn ihre Eltern oder Verwandte irgendeinen Blödsinn machen im Ort. Meistens lacht man eh drüber, aber es ist halt trotzdem nicht gerade lustig, wenn man weiß, mein Gott na, jetzt müssen wir die Oma dort und dort holen, weil sie geht wieder einkaufen und hat wieder weiß ich was alles zusammengepackt und kann es eh im Einkaufswagen kaum noch schieben, dann tut man sich auch als Angehöriger ein wenig leichter und ich glaube, das ist für uns alle ganz wichtig. Daher fein, dass das auch über Kooperationsprojekte so gestartet worden ist, dass da von Bundesebene, vom Bundesministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist und das jetzt wirklich in alle Regionen Ausrollung findet, auch in der Gesellschaft da wirklich was voranzubringen.

Und abschließend möchte ich einfach auch noch, und das ist ein bisschen angesprochen worden, mit den Wartezeiten, die wir immer diskutieren. Ich bin in einer Region daheim, wo die ärztliche Versorgung noch super hinhaut, wo man zwar nicht genug, aber noch ausreichend Hausärzte, aber auch Fachärzte und Fachärztinnen hat, eine Ambulanz hat, die

noch nicht ganz so überfüllt ist. Aber trotzdem ist es für die Ambulanz auch schon ganz schwierig, wenn sehr viele Patienten nicht zuerst zum Arzt gehen, sondern gleich in die Ambulanz.

Das ist für das Krankenhaus in Rohrbach nicht immer sehr leicht zu händeln. Aber mit dem PVEs, mit dem PHC, wie immer wir sie nennen, die Primärversorgungseinheiten, ist ein Baustein geschaffen worden, in unterschiedlichen Bereichen. Ich glaube, wenn man es sich anschaut in Enns, was ist dort die Aufgabe, was braucht es dort, auch in der verstärkten Zusammenarbeit, was braucht es in Haslach, was braucht es in Marchtrenk?

Was nicht passieren darf ist, dass man insgesamt die hausärztliche Struktur zurückfährt. Ich weiß, dass es ganz schwierig ist, die Nachbesetzung zu machen. Aber trotzdem muss klar sein, wenn in Helfenberg der Arzt aufhört, dann muss dort nachbesetzt werden. Es ist jetzt eh eine Ärztin dort, die hat das eh übernommen. In Kleinzell haben wir auch das Thema. Wenn die in Pension gehen, dass sie nicht sagen, es gibt eh eine PVE irgendwo, jetzt hören wir auf, wir bewerben uns gar nicht mehr für die Stelle.

Ich glaube, das darf es nicht sein. Wir müssen die Hausärztinnen und Hausärzte genauso weiter in den Regionen haben, vernetzen, mit den PVEs vielleicht vernetzt, und vielleicht ergeben sich so manche Synergieeffekte. Vielleicht können wir das mehr nutzen, weil eines möchte ich nicht, dass wir dann Spezialzentren haben, die wir dann fast wie ein Ambulatorium draußen haben. Das ist nicht Sinn und Zweck.

Wir wollen die Ambulanzen aus dem Krankenhaus entlasten, wir wollen die Hausärzte und Hausärztinnen stärken, und wir wollen ein Netz aufbauen, wo ein PVE Sinn macht, ist es gut, und wo es andere Formen braucht, dort müssen wir andere Formen vorantreiben. Ich glaube, das haben wir auch da herinnen, in dem klaren Kooperationsbereich, in den Bemühungen von der Gesundheitsplattform, immer wieder gesehen. Wie können wir es weiterentwickeln?

Ist das Bundesgesetz eh nicht hinderlich für die Form, wie man sie in Oberösterreich schon gefunden haben, weil wir nicht gewartet haben auf das Bundesgesetz, sondern wir haben selber etwas entwickelt. Was uns immer noch fehlt, sind Ärzte bei Ärzten anstellen, aber ich glaube, das werden wir auch nicht hinbringen. Das braucht eben noch eine Zeit, dass sich das einfach einmal umsetzt, wie wird so ein PVE geführt und wer kann das machen? Kann man es auch vielleicht nicht nur als Ärztegemeinschaft machen, sondern kann man es auch anders machen?

Wie werden Verträge gestaltet? Die Verträge, die wir jetzt haben, würde ich mir auch in anderen Bereichen wünschen, die werden wir so nicht weiterziehen können. Ich glaube, da braucht es ein ganz klares Muster. Wie kann man damit rechnen? Wie wird das mit den anderen Therapieangeboten gut gehandelt? Was heißt es zum Beispiel auch für den Sozialarbeiter, die Sozialarbeiterin in der PVE in Enns? Dass das ein riesengroßer Vorteil ist, und dass das manche teure andere Behandlung ersetzt, bin ich mir ganz sicher. Nur, das kann man vorher immer nur ganz schwer beweisen. Das ist so wie in der Prävention, das kannst du nicht beweisen, dass dir das eigentlich viel erspart hat.

Also, ich glaube, da müssen wir wirklich Muster finden, Honorarsysteme finden, die natürlich in einen Gesamtvertrag hineingehören. Ich höre die Ärztekammer, nachdem wir heute am Abend dort sind, eh schon wieder schreien, Abschaffung der Hausärzte. Ich glaube, ich bin

die Letzte, ich habe da gearbeitet, und ich schätze die Arbeit sehr, und ich möchte sie auch nicht missen, meine Hausärztin in dem Fall.

Ich glaube, in dem Fall sind wir auf einem guten Weg, da müssen wir weitermachen, und es geht nur, wenn wir weiter in einer Gesundheitsplattform mit allen Partnern auf Augenhöhe verhandeln, und das vermisse ich teilweise öfter von anderen Partnern, dass sie nicht ganz auf Augenhöhe mit den Daten herausrücken, weil wenn ich immer noch keine Zahlen bekomme, wie schaut das jetzt aus mit der Versorgungswirksamkeit von Wahlärzten in den Regionen?

Die haben die Ärztekammer, die wissen die Zahl, die Kassen wissen nicht, wo sie die Sachen hernehmen müssen. Das Gleiche gilt auch bei der Versorgungswirksamkeit der andern niedergelassenen Ärzte. Da muss man einfach auch schauen, wie kommen wir da auf eine gute Leistung, auf eine gute Lösung zusammen?

Die einen sagen, das ist unser Bereich, da redet ihr uns nicht drein. Das ist immer schwierig. Ich glaube, da müssen wir noch weiter daran arbeiten, das oberösterreichische Klima vielleicht auch auf Bundesebene bringen, weil da kann mir die Frau Landesrätin aus ihrer früheren Erfahrung berichten, wie das ist, dass das nicht so erfreulich ist, und wir sind immer ganz baff, wenn sie bei uns in Oberösterreich etwas verhandeln, dass das so gut geht. Auf Bundesebene schaut das ein bisschen anders aus und ich glaube, genau in diesem Sinne sollte man weiterarbeiten.

Ich möchte mich noch einmal bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitssystem, aber auch in der Abteilung bedanken, dass sie uns auch immer so gut begleiten in der ganzen Diskussion, weil das ist als Abgeordnete auch nicht immer ganz einfach, dass man immer alle Fakten im Kopf hat, dass sie uns eigentlich immer sehr gut begleiten. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 500/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 501/2017, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen einer Vereinbarung der Länder mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend die stationäre Rehabilitation für Kinder und Jugendliche.

Ich darf die Frau Abgeordnete Martina Pühringer bitten, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Pühringer:** Beilage 501/2017, Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen einer Vereinbarung der Länder mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend die stationäre Rehabilitation für Kinder und Jugendliche. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 501/2017.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die aus dem beabsichtigten Abschluss der beiliegenden zivilrechtlichen Vereinbarung zur Beteiligung des Landes an den Kosten der stationären Kinder- und Jugendrehabilitation in Form von Pauschalzahlungen der

Länder sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und darf dir das Wort erteilen.

Abg. **Pühringer:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich gehe gleich auf diese Errungenschaft des Berichts vom Sozialausschuss bezüglich Reha für Kinder und Jugendliche ein, aber vorher möchte ich mich noch bei der Kollegin Uli Schwarz bedanken, wie die das Gesundheitssystem in Oberösterreich sieht, und dass nicht alles so im Argen liegt, wie das unser Kollege Binder immer schildert.

Und, Herr Kollege Binder, jeder und jede von uns könnte jetzt eine Geschichte erzählen, wo es in unseren ambulanten Einrichtungen in den Krankenhäusern zu Wartezeiten kommt. Ich war vor Jahren einmal eine ungeduldige Patientin und habe mich maßlos aufgeregt, weil ich da zwei Stunden warten musste, worauf mich nachher die behandelnde Ärztin darauf aufmerksam gemacht hat, es war ein dringender Fall im Hause, wo sie bei der Operation beigezogen wurde. Also, es gibt schon auch Situationen im Krankenhaus, wo man eben einfach warten muss.

Dass das nicht immer angenehm ist, das sehe ich so. Aber Sie haben gesagt, es ist wieder einen andere Geschichte. Ich glaube, es würde genügend Geschichten hier geben, aber ich möchte schon feststellen, dass 3 Millionen Ambulanzpatientinnen und -patienten in einem Jahr in Oberösterreichs Krankenhäusern behandelt werden, und ich denke mir, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dies stemmen, ein herzliches Danke. (Beifall)

Ich habe Ihnen in meiner Berichterstattung vorgelesen, wie wichtig das ist, und hier geht es um die Anzahl von 5.000 Kindern, die zum Teil schwer krank oder behindert sind und eine stationäre Reha brauchen. Hierzulande gab es bis dato keine Kinder-Reha-Einrichtung. Kranke Kinder wurden zur Rehabilitation entweder gemeinsam in einer Betreuungsreinrichtung für Erwachsene mitbetreut oder mussten zur Therapie, zur Reha nach Deutschland ausweichen.

Ich denke mir, das ist ein großer Schritt in länderübergreifende Zusammenarbeit, denn der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat im Juni 2015 in der Bundes-Zielsteuerungskommission nun einstimmig folgende politische Vereinbarung abgeschlossen. Länder und Sozialversicherung vereinbaren, zukünftig für alle Kinder und Jugendliche ein einheitliches Leistungsgeschehen in der stationären Rehabilitation sicherzustellen und dieses insbesondere auf den Hinblick auf ein vereinbartes Leistungsprofil vorzusehen, eben, dass man die verschiedenen Berufsgruppen, wie Sozialarbeiter, Psychologen, PädagogInnen, MusiktherapeutInnen, gemeinsam finanziert.

Hier wurde Großartiges vereinbart. Was auch ganz wichtig ist, der niederschwellige Zugang, also dass es für die Eltern kein Spießrutenlauf ist, ob die Reha jetzt bewilligt wird, ob das von Geburt an eine Behinderung ist oder durch einen Unfall, und hier sind einheitliche Kriterien ausgearbeitet worden, und die Krankenversicherungsträger haben sich auf diese geeinigt. Diese übergreifende Zusammenarbeit von allen Bundesländern und der Sozialversicherung, ich denke mir, das ist ganz, ganz wichtig, dass man hier für die Kinder, die diese Reha brauchen, hier über die Bundeslandgrenze hinausschaut und hier flächendeckend diese Reha für Jugendliche, für Kinder, sicherstellt.

Ein Meilenstein ist auch, dass wir hier jetzt im Bezirk Rohrbach, im Land Oberösterreich, diese Einrichtung bekommen. Das war ja nicht von vorneherein so. Das war eben Bereich Oberösterreich, Salzburg, beide Bundesländer waren in Diskussion, wo kommt diese Reha-Einrichtung hin? Ich bedanke mich bei allen. Lieber Georg Ecker, ich habe mit dir heute schon gesprochen. Die Frau Landesrätin hat mir hier auch Insiderwissen vermittelt, und der Herr Primar Walter Aichinger war auch jahrelang mit dabei.

Einschließen möchte ich auch hinten unseren Landeshauptmann in besonderer Verwendung, Josef Pühringer, der hier auch wirkliche Kraftanstrengungen gemacht hat. Warum das so wichtig ist, das habe ich versucht, Ihnen vorher zu erklären, dass eben Kinder nicht woanders in Reha gehen müssen, wo sie nicht das Hauptaugenmerk auf ihre Bedürfnisse haben. Ich denke mir, das ist auch ganz, ganz wichtig in Bezug auf Dezentralisierung, dass man nicht alles im Zentralraum hat, sondern dass wir in den Regionen etwas haben.

Da ist auch hier in dieser Hinsicht wirklich das Reha-Zentrum ein Vorzeigeprojekt, und ich freue mich, dass es hier zustande gekommen ist, dass 77 Betten für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden. Von Null bis 18 Jahren, darf man dann in diese Reha-Einrichtung gehen. Was auch ganz wichtig ist, dass 67 Betten für Begleitpersonen gemacht werden, weil Sie wissen ja, wenn man mehrere Kinder hat und ein Kind ist durch Unfall oder von Geburt an durch Behinderung schwer gehandicapt, dann brauch das viel Zuneigung und viel Liebe.

Da ist es dann immer auch schwierig für die anderen Geschwister, dass die auch genug Zuwendung bekommen. Ich denke mir, darum ist es ganz wichtig, wenn wir dies in der Nähe haben, damit wir auch die Familien hier mit begleiten, also erstens, dass ein Elternteil das Kind, das hier in Reha ist, begleiten kann, und eben die anderen Familienmitglieder nicht zu sehr benachteiligt werden.

Man versucht das Beste, aber meine Tante, die ein schwerst behindertes Kind und sieben andere Kinder gehabt hat, die gesagt hat, die Liebe konzentriert sich halt dann wirklich speziell auf das Kind, das spezielle Zuwendung braucht. Nachdem das hier ein Projekt ist, das ich sehr begrüße, sage ich allen Danke, die dazu beigetragen haben.

Es gibt auch schon ein Datum, und zwar gibt es am 13. Oktober um 10.30 Uhr in Rohrbach-Berg den Spatenstich für diese Reha-Einrichtung, und auf dieser Einladung, die ich zufällig vorige Woche bekommen habe, steht drauf, das gilt, denke ich mir, auch für diese bundesländerübergreifende Projekt, wo es um das Wichtigste geht, um die Zukunft unserer Kinder, die besondere Zuwendung brauchen, und da steht, du bist mutiger als du meinst, du bist stärker, als du scheinst, du bist klüger, als du denkst.

Ich denke mir, das müssen wir unseren Kindern sagen, und das müssen wir unterstützen, und ich nehme an, dass Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung erteilen. Das garantiert weiterhin unser Bestreben, dass wir für unsere Kinder das Beste wollen, für Kinder, die mehr Zuwendung brauchen, noch viel mehr. Ich möchte auch diese Gelegenheit nutzen, allen danke zu sagen, die im Gesundheitsbereich in Oberösterreich arbeiten.

Ich denke mir, mit unserer neuen Frau Landesrätin, mit Frauenpower, gehen wir keinen leichten Weg, aber einen guten Weg in eine Zukunft, indem wir noch vieles verbessern. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mit Frauenpower geht es weiter, und zwar darf ich die Uli Schwarz bitten.

Abg. **Schwarz:** Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Präsident, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja und nochmals ja zu diesem Antrag. Erstens einmal, es hat ganz, ganz lang gedauert, bis wir in Österreich einen Reha-Plan auf die Füße bekommen haben, überhaupt nämlich einen Kinder-Reha-Plan.

Wir haben bis zur letzten Zeit eigentlich noch keine Kinder-Reha-Plätze in Österreich gehabt, und sehr viele, auch von meinen Bekannten, sind in Deutschland draußen gewesen, wenn sie eine Reha gebraucht haben, oder sind in Wilhering dabei gewesen, was eigentlich nicht für Kinder gedacht ist. Zweitens einmal, die Ausschreibung und die Zuteilung, wer es dann im Endeffekt wird, die war auch zäh.

Wie oft da etwas nachgereicht hat werden müssen, und so weiter, bis letztendlich, und das ist mein dritter Punkt, warum ich da natürlich ja sage, und die Martina hat es mir schon vorweg genommen, es ist in Rohrbach. Die Entscheidung ist für Rohrbach gefallen. Warum ist sie für Rohrbach gefallen? Weil wir ein supertolles Konzept gehabt haben.

Ein Konzept, wo wirklich viele mitgearbeitet haben, wo sie gesagt haben, wir arbeiten zusammen, von der gespag angefangen bis über das Land Oberösterreich sind alle dahinter gestanden, mit den einzelnen Betreibern, mit hospitals, die eigentlich der Investor ist und die auch der Betreiber sein wird.

Da haben wir alle zusammengearbeitet. Und ja, Dank an Landeshauptmann Pühringer, dass er gerannt und gerannt und gerannt ist und Argumente gefunden hat. Danke auch an Vizekanzler außer Dienst Mitterlehner, der sich auch mit aller Kraft eingesetzt hat. Dass wir das dann geschafft haben und gesagt haben, ok, wir müssen auch in der Gemeinde die Hausübungen leisten, war auch klar.

So etwas in eine Region herzubekommen, und noch dazu haben wir den Platz neben dem Krankenhaus gehabt, nur wir haben es heute schon einmal in einem anderen Zusammenhang gehabt, dann dort einen Grund zu bekommen, einen Grund, der leistbar ist, der alles das bietet, was man eigentlich braucht. Bei dem Grund sind bei uns fünf Eigentümer drauf, also bei dem ganzen Fleck, bei dem, was wir gebraucht haben, nur noch drei, das ist auch eine Herausforderung gewesen.

Da auch ein Danke, das haben wir im Gemeinderat, eigentlich parteiübergreifend, gestemmt, unter Führung von Bürgermeister Lindorfer, der die Vorgespräche geführt hat, und der auch das Notwendige veranlasst hat, das müssen wir bekommen, da müssen wir etwas machen, wir haben. Bevor wir den Zuschlag gehabt haben, haben wir zumindest Grundstücksicherungsverträge gehabt, dass wir nicht nachher dann, wenn wir den Zuschlag bekommen, erst zu rennen anfangen müssen.

Die Uli Wall war auch immer wieder bei den Gesprächen dabei, wenn wir mit dem Georg Ecker, wenn wir bei der Bezirkshauptfrau gesessen sind, oder wenn wir wieder einmal beim Krankenhaus eingeladen waren, da haben wir alle an einem Strang gezogen, und das war, glaube ich, auch das Entscheidende, dass wir den Zuschlag bekommen haben. Dass wir im Gemeinderat nachher die Hausübungen nicht nur die Vorverkäufe, sondern auch nachher regeln haben müssen, wie geht das mit den Nachbarn? Da haben wir einen, der ist nicht wirklich stark begeistert, dass er da jetzt die Reha davor bekommt.

Wir brauchen ein Verkehrskonzept dazu, wir müssen schauen, wie die Zu- und Abfahrten gehen, wie das mit dem Personal geht, mit den Stellplätzen. Das war keine ganz einfache Geschichte. Aber da haben wir im Gemeinderat auch mit den Nachbarn parteiübergreifend wirklich gute Lösungen geschaffen und haben eigentlich keine Widerstände mehr.

Es hat die Bauverhandlung gegeben, wo es einen Einspruch gegeben hat, der aber verständlich war, weil wenn ich sage, wenn ich dort das Haus habe, ewige Zeiten alleine dort bin und plötzlich habe ich dort den Verkehr, ist nicht gerade lustig, keine Frage. Aber wir haben es geschafft.

Das, was uns jetzt noch bleibt, ist neben der Sicherung der Finanzierung mit dem heutigen Tag, aber auch auf Bundesebene und so weiter, den Spatenstich, den wir demnächst haben werden, hat die Martina schon angesprochen, ist es ganz wichtig, das Umfeld zu schaffen, nämlich für die Eltern, für die Besucherinnen und Besucher, die am Wochenende kommen.

Wie du gesagt hast, ein Elternteil wird da im Krankenhaus sein, aber am Wochenende werden die anderen Geschwister kommen wollen. Das ist auch die Herausforderung für Rohrbach, und auch da ist es uns gelungen, eine Struktur zu schaffen, dass die Leute dann auch übernachten können, weil die können nicht alle im Krankenhaus sein.

Da sind wir jetzt auch gefordert, wie können wir auch hier unterstützen, dass sich da auch ein Investor traut, dass er sagt, ja, dieses Reha-Zentrum ist ein weiterer großer Schritt in Richtung guter Standort für ein Hotel, für ein einfacheres Hotel, weil da braucht man nicht was weiß ich für tolle Geschichten.

Wir brauchen aber auch die Freizeiteinrichtungen weiter. Wir müssen schauen, dass wir das mit dem Hallenbad hinbekommen. Also, es sind so viele Sachen, die irgendwie jetzt auch einen neuen Drive noch bekommen haben, weil wir gesagt haben, wenn wir jetzt eine Reha haben, dann müssen wir auch ein gutes Umfeld für die schaffen, die auf Besuch kommen.

Die Natur ist da, auf die müssen wir uns schauen. Da ist unsere Landwirtschaft dabei, dass wir das wirklich gut gemeinsam lösen, dass es im Mühlviertel so ausschaut und so bleibt, wie es jetzt ist, eine lebenswerte Region, eine lebenswerte Natur, eine geschützte Natur, wo man wirklich sagen kann, wie kann man das auch miteinander, mit der Landwirtschaft und mit allen auch gut machen, dass man gute Produkte haben.

Das war auch ein Punkt, der zum Beispiel gleich gekommen ist. Wie schaut es mit der Regionalität aus? Können wir es überhaupt leisten, dass wir sie auch gut versorgen können mit regionalen Produkten, weil das ein ganz wichtiger Beitrag ist? Und ja, das können wir. Und ich glaube, deshalb ist es heute für mich auch fast noch mehr Feiertag, wie nächste und übernächste Woche beim Spatenstich, dass wir es jetzt da im Landtag auch beschlossen haben und sagen, ja, die Finanzierung ist gesichert bis auf Bundesebene, jetzt können wir es anpacken, jetzt können wir es angehen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Ratt.

Abg. **Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Zuschauer auf der Galerie und im Internet! Oberösterreich bietet eine soziale und eine gesunde Heimat. Und warum ist das möglich? Weil wir alle in diesem hohen Haus parteiübergreifend zusammenarbeiten und das ist das Schöne und das Wichtige. Und das gehört auch hier wieder unterstrichen und ein Ausfluss

dieser überparteilichen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen ist die vorliegende Mehrjahresverpflichtung der Länder, aller neun Bundesländer, mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Und wir Freiheitliche freuen uns über diese Vereinbarung. Wir freuen uns, dass wir hier einen niedrigschwelligen Zugang zur Rehabilitation für die Kinder und Jugendlichen endlich, muss man sagen, einmal schaffen können und wir stimmen daher diesem Antrag, dieser Vorlage, dieser Vereinbarung zur Mehrjahresverpflichtung uneingeschränkt zu.

Und was die Finanzierung anlangt, so ist dazu zu sagen, natürlich ist da vielen Institutionen und vielen politischen Mandataren zu danken, vor allem aber müssen wir danken der Bevölkerung, den Bürgern und Bürgerinnen, die ihre Steuermittel einbringen, damit wir diese soziale Heimat gestalten können. In diesem Sinn Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Müllner.

Abg. **Müllner:** Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Was den Bundesländern beim Jugendschutzgesetz über Jahre, über Jahrzehnte, leider noch nicht gelungen ist, ist in diesem Bereich der Kinder- und Jugend-Reha gelungen und das ist sehr begrüßenswert, meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon einiges angesprochen.

Ich denke, wenn ein Kind eine Reha benötigt, aufgrund von Krankheit, aufgrund von einem Unfall, einer Behinderung, dann ist es für eine Familie sowieso schon eine große Belastung, da hat sie sowieso schon viel zu bewältigen und wir, als Gesetzgebung, sollten hier alles tun, dass es für die Familien, für die Betroffenen, hier einfach eine gute Umsetzung gibt. Ich denke, dass es hier eine Servicestelle gibt, wo ganz klar ist, wo sich die Familien hinwenden müssen. Das ist eine große Errungenschaft in der Abwicklung für die Familien und dass die Leistungen in der Kinder- und Jugend-Reha jetzt vereinheitlicht wurden, ich denke, dass ist gerecht, dass ist fair für die Betroffenen und deshalb auch zu begrüßen.

Wir werden der Beilage, dem Bericht selbstverständlich auch zustimmen und hoffen, dass das dann auch sehr gut umgesetzt wird für die betroffenen Familien, Kinder und Jugendlichen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 501/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 503/2017, das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bezuschussung der Kosten der Planung und Errichtung der neuen Donaubrücke Linz als Teil der neuen Schienenachse Linz durch das Land Oberösterreich. Ich bitte Herrn Abgeordneten Handlos über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Handlos:** Beilage 503/2017, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bezuschussung der Kosten der Planung und Errichtung der "Neuen Donaubrücke Linz" als Teil der "Neuen Schienenachse Linz" durch das Land OÖ. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 503/2017).

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die sich aus dem beabsichtigten Abschluss der Finanzierungsvereinbarung "Neue Donaubrücke" als Teil der "Neuen Schienenachse Linz" ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir das Wort.

Abg. **Handlos:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, liebe Zuseher! Das Thema Verkehr ist nicht nur in der heutigen Landtagssitzung ein Thema, das Thema Verkehr brennt uns allen unter den Nägeln.

Die Beilage 503/2017 ist ein weiterer ganz, ganz wesentlicher Mosaikstein zur Verbesserung der Verkehrssituation in Oberösterreich. Die neue Donaubrücke als Teil der neuen Schienenachse Linz ist nur ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Nach dem einstimmigen Beschluss im Infrastrukturausschuss ersuche ich auch hier im hohen Landtag um Ihre Unterstützung. Die Bürgerinnen und Bürger werden es uns allen danken. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Manhal.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte die vorliegende Beilage zum Anlass nehmen, einen Blick zurück zu werfen. Einen Blick zurück in das Frühjahr 2016, als die Eisenbahnbrücke in Linz, unter der Verantwortung von Linzer SPÖ und Linzer FPÖ, weggerissen wurde. Die alte Dame, wie sie liebevoll von den Linzerinnen und Linzern genannt wurde, wurde ohne lange herumzuckeln abgetragen, obwohl im Dezember davor noch 120 Tonnen schwere Züge die Brücke passiert haben.

Und zwei Monate später war das Tragwerk so schlecht, dass nicht einmal Fußgänger drüber gehen durften, die Möglichkeiten einer längeren Nutzung durch Sicherheitsmaßnahmen wurden erst gar nicht geprüft, und das obwohl man zum damaligen Zeitpunkt von einer Einreichplanung weit entfernt war. Man hat also den jahrelangen Wegfall dieser so wichtigen Donauquerung bewusst und sehenden Auges in Kauf genommen.

Im Vorfeld hatte die damalige Linzer Verkehrsreferentin Karin Hörzing öffentlich verkündet, dass man die Auswirkungen des Wegfalls der Eisenbahnbrücke im Griff haben werde. Sie hat vorgerechnet, dass sich die rund 16.000 Fahrzeuge, die täglich über die Eisenbahnbrücke gefahren sind, auf andere Verkehrswege verteilen und 6.000 davon überhaupt gänzlich wegfallen würden. Schon damals hat die Linzer ÖVP diese Überlegungen angezweifelt, denn wenn man den Ansatz Hörzings zu Ende denken würde, wäre es überspitzt gedacht am zweckmäßigsten, wenn wir alle Brücken wegreißen würden, dann würden auch alle Fahrten darüber entfallen. Hörzing hat auf unsere Kritik sehr beleidigt reagiert, in einer oberösterreichischen Tageszeitung wurde sie mit den Worten zitiert, das von der ÖVP ständig heraufbeschworene Stauchaos wird so nicht auftreten. Sie sollte Recht behalten, es ist alles noch viel schlimmer gekommen.

Fakt ist heute, die Auswirkungen des täglichen Staus in und vor Linz sind massiv. Die Situation ist für die Betroffenen so belastend, dass ich von Arbeitnehmern weiß, die sich versetzen lassen haben, weil der tägliche Weg vom Linzer Süden nach Urfahr nicht mehr machbar war. Ich weiß von Eltern in der Landeshauptstadt, die ihre Kinder aufgrund des Verkehrswahns jetzt in andere Schulen schicken. Die Strategie des Kleinredens des Themas hat auch der neue Linzer Verkehrsreferent Stadtrat Markus Hain übernommen, als er von

Jammern auf hohem Niveau gesprochen hat. Und die Menschen macht der tagtägliche Verkehrswahnsinn richtig wütend.

Viele von Ihnen waren ja auch dabei, als Bürgermeister Klaus Luger bei der Eröffnung des Brucknerfestes am vergangenen Sonntag vor einem durchaus kultivierten Publikum davon gesprochen hat, dass im Jahr 2020 die neue Linzer Donaubrücke errichtet sein wird. Er wurde da als von einem Großteil des Auditoriums ausgelacht, weil dieses Chaos von vielen einfach nur mehr als lächerlich angesehen wird. Es muss deshalb alles daran gesetzt werden, diese Situation durch einen raschestmöglichen Bau der Linzer Donaubrücke zu entlasten.

Mit dem heutigen Beschluss leistet das Land seinen Beitrag dazu, indem wir in Summe knapp 30 Millionen Euro für den Bau der Brücke als Teil der neuen Linzer Schienenachse zur Verfügung stellen. Jetzt liegt es an den Verantwortlichen der Stadt Linz, alle Kräfte dafür zu verwenden, dass die Brücke ehestens realisiert wird. Das brauchen die Menschen in Linz, die schon viel zu lange unter dem selbstgemachten Verkehrswahnsinn leiden, das brauchen die staugeplagten Pendlerinnen und Pendler und das braucht der Wirtschaftsstandort Linz, der dringend eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur benötigt. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Punkenhofer.

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Danke Herr Präsident! Ich finde, es ist schon eine sehr interessante Herangehensweise. Die Verkehrssituation, die die Pendlerinnen und Pendler jeden Tag in der Früh erleben müssen, jetzt ausschließlich den Verantwortlichen in der Stadt Linz zuzuschreiben, denn ich glaube alle, wenn wir uns ehrlich sind, da herinnen, wissen, dass das Verkehrschaos, das es rund um Linz gibt und nicht nur in der Stadt, sondern auch rundherum in einem Umkreis von 25 Kilometern, ausschließlich Auswirkungen aus den Fehlverhalten und aus den Fehlplanungen aus der Ära Hiesl sind, das ist die Wahrheit. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Das ist billig!“) Und nicht Versäumnisse, die vielleicht irgendwo in Linz sind. (Unverständliche Zwischenrufe, Beifall)

Das Land Oberösterreich tut sehr gut daran, sich hier entsprechend zu beteiligen an diesem sehr, sehr, sehr wichtigen Projekt, dieser neue Linzer Donaubrücke, aber diese 29 Millionen Euro, die hier investiert werden, sind sehr gut eingerichtet, 29,6 Millionen Euro, sind sehr gut angelegt. Aber es ist nur ein Schritt, es ist nur ein Schritt dahin, dass man wirklich in Richtung der Lösung des Problems rund um Linz und in Linz kommt, nämlich wenn es darum geht, auch diese neue Schienenachse in Linz zu machen.

Die Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag im Stau stehen, vor allem aus dem Mühlviertel kommend, können nur ein gutes Lied davon singen, wie viele Stunden man hier beibringen muss. Und redet mit den Leuten, die im Stau stehen, wie gerne würden die lieber von 17.00 Uhr an, wenn sie von der Arbeit heimfahren, nicht im Stau stehen, sondern die Zeit mit ihren Kindern verbringen, redet einmal mit Unternehmen, die ihre Fracht jeden Tag im Stau stehen haben, redet mal mit denen, die zum Beispiel jetzt berechnen, und da gehe ich natürlich auch gerne in meine Heimatgemeinde, wenn wir nächstes Jahr hier wieder Brücken sperren, so wie wir das jetzt Wochenendweise haben, wenn uns das wieder ins Hause steht. Redet mal mit denen, die berechnen, was dass der Wirtschaft in meinem Bezirk Perg kostet und das kann wahrscheinlich ein jeder Bezirk für sich ausrechnen.

Dieses Geld ist sehr, sehr gut angelegt, denn wir bekommen es mehrfach zurück. Zum Einen geben wir den Familienvätern und -müttern, die im Stau stehen, Lebenszeit mit ihrer Familie

zurück, wenn wir die Staus endlich einmal beseitigen, zum anderen werden wir endlich einmal die besten Chancen haben für unsere Wirtschaftsbetriebe. Natürlich werden wir dieser Finanzierung zustimmen, aber noch einmal gesagt, es ist ein Schritt und letztlich geht es darum, dass auch das Land Oberösterreich sich entsprechend an der neuen Schienenachse Linz beteiligt, aber ich denke, da haben wir noch ein gutes Stück Arbeit vor uns, aber damit ist einmal ein wichtiger Schritt getan. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja tatsächlich nicht so, dass wir jeden Tag einen Beschluss da herinnen fassen, nicht nur Grundsatzbeschluss oder Willensbekundung, ohne dass ich es kleinreden will, sondern wo es tatsächlich einmal um die Finalisierung, um die Fixierung eines Projekts geht und wie auch darin alle zur Auffassung kommen, dass es klug ist, dass das Land Oberösterreich da 30 Millionen Euro dazuzahlt.

Ich wollte diese freudige Angelegenheit eigentlich auch als Anlass nehmen, dass ich nicht mehr in die Vergangenheit zurückschaue, aber es haben mich die Wortmeldungen meiner beiden Vorrednerinnen beziehungsweise Vorredner doch dazu provoziert, dass ich da ganz kurz ein paar Worte dazu verlieren will. Besonders unterhaltsam finde ich einmal die Rolle der ÖVP dabei, wenn es um die Eisenbahnbrücke geht. Die ÖVP tut ja so, als ob sie niemals, niemals in der Geschichte irgendeine parteitaktischen Spielchen mit dieser Brücke gespielt hätte, oder womöglich auch wahlstrategische Überlegungen dahinter gehabt hätte, dass das auf einmal ein Schwerpunkt in einer Gemeinderatswahl wäre. Ich sehe in Ihre entgeisterten Gesichter, das hat alles niemals stattgefunden.

Auf der anderen Seite hat natürlich in Linz auch niemals eine SPÖ irgendeine Verantwortung gehabt, weder als Bürgermeister, noch im Verkehrsressort. Ich würde vorschlagen, einigen wir uns drauf, dass weder Schwarz noch Rot in den vergangenen Jahren sich da sonderlich mit Ruhm bekleckert haben und wie zum Hohn stehen ja nicht umsonst noch die Brückenpfeiler, die aus der Donau herausragen wie ein Mahnmal für alles, was in der Linzer Verkehrspolitik in den letzten Jahren völlig falsch gelaufen ist.

Aber ich glaube, über die Eisenbahnbrücke brauchen wir uns nicht mehr viel unterhalten. Da liegen irgendwelche Teile im Hafen, die wird man nicht mehr weiterverwenden können, oder doch für irgendwas. Der wirkliche Skandal an dieser ganzen Geschichte war, dass man dieses Szenario kommen gesehen hat, dass nie dafür gesorgt worden ist, dass zeitgleich mit dem Abriss der Brücke eine neue Brücke bereitsteht, geschweige denn vielleicht sogar ein Finanzierungsbeschluss gemacht worden wäre, oder Pläne eingereicht worden wären.

Aber ich glaube, wir könnten das Kapitel Alte Eisenbahnbrücke schließen. Es wird seinen Platz finden im Geschichtsbuch der Skurrilitäten. Schließen wir das Kapitel, weil es geht nämlich schon das nächste Kapitel auf und das betrifft all jene Infrastrukturprojekte, die über die neue Donaubrücke fahren werden. Da geht es um die zweite Linzer Straßenbahnachse, da geht es aber genauso um die Mühlkreisbahn, wo es den Grundsatzbeschluss, den einstimmigen Grundsatzbeschluss des Oö. Landtags gibt, dass es hier eine Durchbindung zum Hauptbahnhof geben soll. Und der Finanzbedarf wird da ein Vielfaches dessen sein, was wir heute beschließen. Die 30 Millionen Euro sind für die Brücke, für die restlichen Projekte brauchen wir dann wahrscheinlich für den Linzer Raum einen Betrag, der das Zehnfache noch einmal überschreitet. Also da kommen schon noch Herausforderungen auf uns zu. Ich meine, da kann man dann eh wieder vor einer Wahl etwas überbrücken, reden,

oder auch nicht reden, oder etwas abreißen oder nicht abreißen. Aber das wird eine Herausforderung, die uns noch viel, viel mehr fordern wird, als das Projekt, das jetzt schon ein paar Jahrzehnte gebraucht hat.

Wir werden heute natürlich zustimmen, dass diese Brücke Wirklichkeit wird und wir werden auch den Weg dessen, dass die wichtigen Infrastrukturprojekte, wie die Straßenbahn und auch die Durchbindung der Mühlkreisbahn kommt, sehr, sehr konstruktiv begleiten. (Beifall)

Zweiter Präsident: Um das Wort gebeten hat Herr Abgeordneter Binder.

Abg. Peter **Binder:** Da muss man sich als Sozial- und Gesundheitssprecher zu einem Verkehrsthema zu Wort melden, weil die Verkehrssituation im Land natürlich auch manchmal schon die Gesundheit der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher beeinträchtigt.

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein partielles Gedächtnis ist ja manchmal durchaus etwas Nützliches, weil es davor schützt, dass man unangenehme Erinnerungen verdrängen kann und die einem dann nicht so belasten und das ist gut für die Seele und auch gut für die körperliche Gesundheit.

Ich kann der Kollegin Manhal aber jetzt nicht ersparen, dass ich die Lücken in ihrem Gedächtnis auffülle, auch wenn es weh tut. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Wie kann man nur als Gesundheitssprecher so verantwortungslos sein?“) Ja, aber in der Politik hat man da ein bisschen weniger diese Schutzbedürftigkeit, da mag mir die Kollegin Manhal das nachziehen.

Weil es war schon so bei dieser Brücke, Punkt A, dass man darüber gesprochen hat, man braucht dort zukunftsorientierte Verkehrslösungen, die drüberführen sollen und da braucht man eine stärkere Brücke als die alte Eisenbahnbrücke. Sie war in Teilen einsturzgefährdet, man hat vielleicht auch vergessen, dass sie schon zweimal sogar gesperrt werden musste, weil sie aufgrund der Wetterbedingungen nicht mehr befahrbar war, da hat sie nicht die Stadt Linz, oder das Land, oder sonst jemand gesperrt, sondern die ÖBB hat dann die Verantwortung nicht übernehmen können, weil die Windstärken so groß waren, dass einfach die Gefahr gedroht hat, dass da etwas passiert mit der Brücke.

Und dann will ja niemand im Nachhinein die Verantwortung übernehmen, wenn das Ding dann einstürzt, man kann es auch so lange kaputt fahren. Und dann war es auch so, das hat der Kollege Mayr schon gesagt, auch das noch zum Lückenschluss im Gedächtnis, dann waren es tatsächlich auch Manöver insbesondere der Stadt-ÖVP, die verhindert haben, dass man diese Brücke schon früher erneuern hätte können, dann würde sie heute vielleicht schon sichtbar sein, oder vielleicht sogar schon zur Verfügung stehen, aber, und das ist das Wichtigste, das ist der wichtigste Lückenschluss, auf den ich hinweisen möchte. 2015 haben sich fast drei Viertel der Linzerinnen und Linzer für eine neue Brücke ausgesprochen, das heißt es war nicht ein willkürlicher Akt von SPÖ und FPÖ, dass sie diese Brücke weggerissen haben, sondern das war der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Ich sage danke dem Verkehrslandesrat Steinkellner, dass er bei diesem Projekt jetzt keine Verzögerungen mehr zulässt, dass er hier jetzt richtig Dampf aufnimmt. Ich habe ja beim Grundsatzbeschluss, den wir gefasst haben noch ein bisschen meine Zweifel gehabt. Jetzt bin ich froh, dass heute schon der nächste Beschluss vorliegt und ich hoffe, dass wir auch

bei den anderen Verkehrsprojekten, sie sind angesprochen worden, den gleichen Dampf dahinter legen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kollegin Manhal! Vor zwei oder drei Stunden sitzen wir bei einer Schulklasse bei einer Diskussion und ich war etwas überrascht von deinen Wahlkampfönen. Da habe ich mir noch gedacht, das zieht sie jetzt halt irgendwie in der Schülerdiskussion ab. Stanek und ich haben vorher draußen diskutiert, dass wir uns früher oft liebevoll in der Wolle hatten. Ich stelle fest, wir sind wieder da. Es ist wunderbar, Wolfgang, wir können wieder unseren Spaß haben, ich warte auf die Replik dazu.

Ich habe vorhin bei der Resolution betreffend Polizei hartnäckig versucht, nicht gar zu viel an Wahlkampfönen einfließen zu lassen. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Sonst hätte ich doch erwähnen müssen, dass der ÖVP-Bundesinnenminister Sobotka in braver Tradition seiner Amtsvorgänger und Amtsvorgängerinnen seit Beginn des 21. Jahrhunderts, seit die ÖVP dieses Ressort hat, so ziemlich nichts bei dem Sektor Polizei auf Schiene gebracht hat. Aber das wären Wahlkampföne gewesen, darum habe ich es mir gespart. (Zwischenruf Abg. Stanek: unverständlich.) Jetzt diese Geschichte, jetzt diese Geschichte zu versuchen SPÖ und FPÖ die Eisenbahnbrücke in die Schuhe zu schieben, wir haben zuerst darüber diskutiert, warum die Eisenbahnbrücke gesperrt werden musste, dass keiner mehr die Haftung für die Weiterbenützung dieser Brücke übernommen hätte. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: unverständlich.) Ein Wunschkonzert ist es überhaupt nicht. Dann argumentier ich wie Mauthausen und schließe mich den Worten des Bürgermeisters Punkenhofer an. Es fällt mir schwer, aber es ist so, weil wo liegt denn da das Versäumnis, wer hat uns denn alle sechs Jahre erzählt, bald kommt die neue Brücke und jedes Mal war es nichts anderes, als irgendein Kastl, dass man irgendwo hingestellt hat und eine Pressekonferenz, wo nichts mehr darauf gefolgt ist.

Das war nicht die SPÖ, das war auch nicht die FPÖ, das waren auch nicht die Grünen, es war ein Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich stehe dazu, was passiert ist, ist passiert. Man muss jetzt neue Wege finden, in diese Richtung sollen wir denken. Aber ich ersuche auch dich, liebe Kollegin Manhal, halt die Stadtpolitik und die Landespolitik in diesen Dingen ein bisschen auseinander. Es schadet nicht. Wir haben viele Baustellen, die wir zu lösen haben, und das schaffen wir glaube ich nur miteinander. Aber ich bin sicher nicht der Typ, der es sich gefallen lässt, wenn einem für die Dinge die Verantwortung um den Hals gehängt wird, für die man keine Verantwortung tragen kann. Weil das Sachdinge sind, die man einfach umzusetzen hat.

Und das finde ich einfach ein bisschen komisch und jetzt lassen wir die Wahlkampfrhetorik wieder dort, wo sie hingehört. Von mir aus im Parlament in Wien oder sonst irgendwo. Am 16. Oktober sieht die Welt hoffentlich wieder etwas anders aus. (Zwischenruf Abgeordneter Weinberger: „Na sehen wir, was wir bis 2021 zusammen kriegen!“) und auch wenn ich mich wiederhole, vielleicht wird dann in der Republik auch wieder etwas gearbeitet. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Steinkellner.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ja sehr positiv, wenn ich höre, dass wir in der Verkehrspolitik irgendwann die

Wahlkampftöne wieder rausnehmen sollten um etwas zustande zu bringen. Weil der Kollege einen Zwischenruf gemacht hat: Na sehen wir, was wir bis 2021 zusammen kriegen. Weil alle miteinander müssten wir uns bei den Pendlerinnen und Pendlern gemeinsam entschuldigen, dass wir in der Politik bis dato das nicht zusammengebracht haben, was wir uns vorgenommen haben.

Das muss uns klar sein. Wir sind alle miteinander in einem Boot. Keine Fraktion kann das alleine finanzieren, keine Fraktion, keine Gemeinde, keine Gebietskörperschaft kann es alleine stemmen. Das größte Problem bei dieser Brücke, und ich bin jetzt seit Anbeginn mit der Brücke wirklich intensiv beschäftigt, ich weiß, ich will auch keine Zuweisungen der verschiedenen Verantwortlichkeiten. Alle miteinander haben wir offensichtlich Fehler gemacht. Als die Brücke 1978 bereits desolat war und seit damals wird verhandelt über die entsprechende Sanierung, hätten bereits Vorfahren von uns die richtigen Weichenstellungen treffen müssen.

Leider, leider, leider ist die City-S-Bahn damals als Vollbahn eben nicht durchgebunden worden, weil dann hätten wir einen Vollzug, der aufgrund der geographischen Lage von Linz mit den gesamten Bahnachsen ein unglaubliches Asset für den öffentlichen Verkehr darstellen würde. Der Landtag hat Gott sei Dank einstimmig eine Alternativlösung zur Durchbindung der Bahn, aber das war ja auch schon ein schwieriges Suchen nach einer technischen Lösung, dass die innerstädtische Straßenbahn und Überland als Bahn fahren kann, das geht gerade noch, dass wir sie durchbringen. Die absolut letzte Chance besteht in dieser Brücke, die wir hier beschließen. Sie hat Platz, hat die Tragfähigkeit und kann das. Dies wurde von vornherein auch mitberücksichtigt. Es wird aber nur dann gehen, wenn wir uns die großen Projekte gemeinsam anschauen und nach den finanziellen Möglichkeiten und Mitteln eine Prioritätenreihung gemeinsam tragen, ohne dass wir uns gegenseitig Vorwürfe machen. Weil mit den jeweiligen politischen Zuspelungen, ob der eine oder der andere verantwortlich ist, werden wir nicht weiterkommen.

Ich habe viel gelernt aus dieser Brücke. Es hat der damalige Finanzreferent immer wieder gesagt, bitte nicht hinschauen, weil das kostet uns nur Geld. Stimmt, ich habe gesagt, es wird uns Geld kosten und in diesem Zusammenhang hat es mich dann interessiert, wie schaut es denn überhaupt bei Gemeindebrücken aus? Hat nicht lange gedauert, da habe ich mich einmal informieren lassen. Wir wissen gar nicht, wie es eigentlich ausschaut mit den jeweiligen Gemeindebrücken. Dann kam Ebensee mit dem nächsten Brückenproblem. Sie haben aufgrund der geographischen Lage ein spezielles Problem. Die können auch nichts dafür, dass es dort mehr Brücken gibt. Wir müssten, um das fair zu behandeln, so wie bei den Gemeindestraßen, auch ein faires Verteilungssystem der Brückenunterstützung haben. Und auch verlangen, dass die angeschaut werden, weil am Ende des Tages wird der Bürger bei uns vorm Landhaus stehen oder vor meinem Büro oder vorm Büro des Landeshauptmannes und sagen: Bitte schön, hilf uns, weil in Wien hört sie keiner an. Sonst gibt es auch nirgendwo eine Hilfe. Das heißt, wir sind gemeinsam gefordert.

Mich hat es dann sehr geärgert wegen der Brücke. Warum kann man die an und für sich nicht länger aufrechterhalten? Und es hat drei Punkte gegeben die dagegen gesprochen haben. Das erste war der Denkmalschutz, das zweite war ein Haftungsproblem der Bundesbahnen. Die Bahn hat die Brücke an die Linz AG übertragen, nicht an die Stadt Linz direkt, sondern an die Linz AG. Das dritte war das Sicherheitsthema, dass die Brücke nicht mehr hält.

Punkt Eins, ich bin zu einem Universitätsprofessor gegangen und habe den Denkmalschutz überprüfen lassen, ob es aus öffentlichen Interesse möglich wäre, diesen Denkmalschutz zu erstrecken, dass das Problem des Abrisses, wie auch immer, zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist und nicht zu dem wie im Denkmalschutzbescheid vorgesehen. Das Universitätsgutachten hat ergeben, ja das ist möglich, jederzeit sogar. Nicht eine Kann-, sondern eine Ist-Bestimmung wäre möglich gewesen.

Punkt Zwei, Haftungsthematik wäre mit der ÖBB bereits abgesprochen gewesen, hätte das Land und Stadt gemeinsam eine Schad- und Klagloserklärung für die Brücke abgegeben, hätte die ÖBB gesagt, wenn ihr uns das gibt, ist uns das wurscht, dann sind wir aus dem Schneider in der Haftung. Die wollten natürlich nicht nach der Eigentumsübertragung an die Linz AG, dass irgendwann der Voreigentümer noch zu einer Haftung kommt.

Punkt Drei war das Thema Sicherheit. Dazu habe ich vorgeschlagen, in einer gemeinsamen Runde mit allen Beteiligten, dass man ein Gutachterteam loslässt und beurteilt, wie lange können wir die Brücke noch am Leben erhalten. Bevor dieses Gutachterteam gestartet ist, hat der anerkannte Sachverständige, Metallurgie-Professor Dipl.-Ing. Stranzinger, gesagt, die Brücke hält nur mehr bis Ende Februar und muss dann gesperrt werden. Gerichtlich beeideter Sachverständiger, und dann finde einen anderen Sachverständigen der sagt: Nein, ich übernehme die Verantwortung dafür, dass die Brücke länger hält. Ich hätte es versucht anders zu machen, aber es ist nicht machbar gewesen.

Für uns alle miteinander die Lehre, die wir daraus ziehen sollten ist jene, dass wenn wir diese großen Verkehrsprojekte der Zukunft stemmen wollen, ob das die Durchbindung der Mühlkreisbahn als Light-Rail zum Hauptbahnhof ist, ob es Pregarten ist, ob es die Straßenbahn ist, was auch immer, werden wir eine gemeinsame Prioritätensetzung finden müssen und die dann durchziehen. Mit dem Normalbudget ist es keinem Referenten, von welcher Partei auch immer, möglich, diese Finanzlast zu stemmen. Das geht weit über das Normalbudget hinaus, das muss uns bewusst sein. Und deswegen ist es wichtig einen wirklich langfristigen Plan zu haben, welche Prioritäten setzen wir? Wo ist es am wichtigsten dass wir Maßnahmen treffen?

Und da bitte ich jedenfalls ab dem 16. Oktober in Oberösterreich wieder zur notwendigen Sachlichkeit auch in den Aussendungen zurückzukehren, dass wir für unsere Menschen und für die Zukunft unseres Landes die besten Verkehrslösungen finden. Herzlichen Dank für den einstimmigen Beschluss als ersten Schritt für diese Brücke. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich Herr Landesrat. Damit dieser schon vorausgesagte, einstimmige Beschluss auch zusammenkommt, werde ich jetzt die Wechselrede schließen und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte nun die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 503/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen zur Beilage 504/2017, dies ist der Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzkommission für die Jahre 2013 bis 2015. Ich bitte Kollegen Jürgen Höckner um die Berichterstattung.

Abg. Bgm. **Höckner:** Beilage 504/2017, Bericht des Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der

Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2013 bis 2015. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 504/2017.)

Der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2013 bis 2015, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 19. Juni 2017 (Beilage 462/2017, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede und darf Kollegen Höckner als erstem Redner das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Höckner:** Danke schön, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Bericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2013 bis 2015 wurde bereits durch den Leiter der Anwaltschaft Dr. Martin Donat in der Sitzung des Umweltbeirates am 7. Juni 2017 berichtet. Vielleicht vorweg gleich eine der wenigen Kritikpunkte. Es wäre vielleicht auch gut gewesen, im Ausschuss da anwesend zu sein, um hier auf diverse Fragen oder eventuelle Fragen einzugehen, das wäre ein Vorteil gewesen.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Bericht ist zu verstehen als Information über bereits Erreichtes und des IST-Standes, woraus man dann Schlüsse für die Zukunft ziehen kann. Daher galt mein Interesse, vor allem dem Vorwort im Bericht vom Hauptverantwortlichen der Oö. Umweltschutzbehörde Dr. Martin Donat. Aus diesem können wir überblicksmäßig Herausforderungen, Intentionen, Tendenzen, Schwerpunkte aber auch Warnungen herauslesen, die vor allem natürlich in die Zukunft gerichtet sind. Und eine für mich hängengebliebene Aussage ist: Wir stehen nicht über den Dingen, sondern sind Teil davon.

Das ist für mich eine sehr wichtige Aussage. Denn inmitten dieser Dinge nehmen wir unterschiedlichste Rollen ein. Wir sind Konsument, Produzent, Bauwerber, Bewohner bis hin zum Sachverständigen und Politiker. Manchmal nehmen wir auch mehrere Rollen gleichzeitig ein, das betrifft vielleicht auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Umweltschutzbehörde. Das macht diese Arbeit vielleicht auch trotz Weisungsfreiheit so spannend und herausfordernd. Immerhin geht es auch um Fragen der Lebensqualität und der Gerechtigkeit, wie Martin Donat das in seinem Vorwort richtig bemerkt. Manchmal gibt es da auch eine Stellungnahme.

Wenn ich jetzt konkret werde zu einem Schweine-, Rinder- oder Hühnerstall unter Berücksichtigung der Interessen und der Lebensqualität der Anrainer bzw. der Nachbarn, dem gleichzeitigen Bewusstsein von Importen aus Ländern, wo die Produktionsbedingungen eventuell nicht dem Umweltstandard oder dem Gesundheitsstandard entsprechen, wie wir es hier in unserem Land vorfinden. Hinsichtlich des Bestrebens der verstärkten Informations- und Partizipationspflicht der Bürgerinnen und Bürger gemäß der Aarhus-Konvention sehe ich die Rolle der Umweltschutzbehörde als Clearingstelle durchaus positiv in umweltrelevanten Verfahren. Diese Vertretungsrolle für die Öffentlichkeit und die NGOs, die die Umweltschutzbehörde hier anstrebt, ist allerdings, so wie im Vorwort auch festgehalten, tatsächlich eine Herausforderung und sicherlich auch eine Gradwanderung.

Wichtig, ist mir aufgefallen für den Standort Oberösterreich, ist auch die Aussage vom Umweltschutz, dass neben der Bedeutung des Umweltschutzes auch die Interessen des Wirtschaftsstandortes und die sozialen Interessen nicht vernachlässigt werden dürfen. Wie

heißt es so schön, letztendlich werden wir aber alle nach dem bewertet, was wir tatsächlich tun und wie wir tatsächlich handeln. Ich möchte vielleicht noch kurz auf die Organisation und auf die Rechtsmaterie, die die Umweltschutzbehörde bearbeitet, eingehen und auf das, was mir aufgefallen ist.

Zum einen gleich einmal zum Budget, das habe ich ja im letzten Berichtszeitraum bis 2012 ein bisschen kritisiert, da wurde das Budget in den wenigsten Fällen eingehalten. Diesmal ist das immer recht brav eingehalten worden. Dann zu der Parteistellung, zu der Statistik, hier wurde festgestellt, dass die Anzahl der Stellungnahmen je nach Rechtsmaterie kontinuierlich über den aktuellen Berichtszeitraum vorgefallen sind. Das war im letzten Bericht auch anders, da hat es ziemliche Spitzen gegeben. Es ist vielleicht auch begründet in der Spezialisierung auf bestimmte Arbeitsgebiete und die Umsetzung eigener Projekte.

Die Beratungstätigkeit auch in Form von Informationsveranstaltungen, nämlich vor Ort zum Beispiel auf Bezirkshauptmannschaften, finde ich positiv, weil ich glaube, dass das das Verständnis stärkt und einen Mediationseffekt hat. Zum Rechtsmittel wurde auch festgestellt, dass eben die Mehrzahl der Rechtskonflikte auf Ebene der Verwaltungsbehörden schon behoben werden können. Das ist grundsätzlich positiv und festgestellt wurde auch, weder positiv noch negativ, dass es eben eine Verkürzung des Instanzenzuges durch die Einsetzung des landesgerichtlichen Instanzenzuges, also des Landesverwaltungsgerichtes eben gegeben hat und hier möchte ich vielleicht auch anführen, dass ich durchaus das positiv sehe, auch als Bürgermeister und Gemeinderat, dass hier unter Umständen auch überlegt wird, den Instanzenzug des Gemeinderates zukünftig wegzulassen. Ich glaube, dass das wirklich einen Vorteil für die Bevölkerung bringt. Ob das jetzt wirklich, so wie es im Bericht drinnen steht, begründet ist in der Tendenz zu politischen Entscheidungen im Gemeinderat, natürlich tut man sich manchmal schwer, aber ich glaube nicht, dass das die vordergründige Sache sein sollte.

Als Bürgermeister, was die Bauordnung anbelangt, gebe ich dem Umweltschutzanwalt recht, die Herausforderungen und die Unsicherheiten im Bereich des baurechtlichen, vor allem im Emissionsschutz, die kann ich bestätigen, da gibt es natürlich immer Unsicherheiten in der Beurteilung der Betroffenen. Vor allem wenn es um Lärm geht, wenn es um Geruch geht. Das birgt natürlich Konflikte.

Ein Kritikpunkt, der im Bericht enthalten ist, geht in Richtung Raumordnung. Nämlich dass es immer noch eine Vielzahl an konflikträchtigen Widmungsentscheidungen gibt, die hier getroffen werden. Ich glaube, die Ulli lacht, Raumordnungsentscheidungen sind grundsätzlich immer mit Konflikt behaftet. Es ist sehr oft für Widmungswerber nicht zufriedenstellend, weil eben die Raumordnungsbehörde restriktive und manchmal sehr strenge Entscheidungen trifft und das kann ich jetzt auch in meiner zweijährigen Tätigkeit als Bürgermeister feststellen. Das haben wir heute schon von Landesrat Max Hiegelsberger gehört, die meisten Wünsche gehen ja nicht von den Gemeinden, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern aus und da wird, meiner Meinung nach, schon sehr verantwortungsvoll von den Fachabteilungen vorgegangen.

Ich glaube, das größte Problem in diesem Bereich wird zukünftig für die Gemeinden sein, vor allem wenn sie in einer Gemeinde wie Scharn, wo hügelige Gegebenheiten sind, dass man sich die Investitionskosten für Straßenaufschließung und vor allem für Retentionsmaßnahmen überhaupt noch leisten kann. Das nur ein paar Punkte, die mir aufgefallen sind, grundsätzlich sehe ich die Arbeit der Umweltschutzbehörde als sehr verantwortungsvoll, nicht immer eine dankbare Aufgabe. Ich bedanke mich auf alle Fälle bei

allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und wir stimmen diesem Bericht selbstverständlich zu. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke, als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Maria Buchmayr.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen und Kolleginnen im Oberösterreichischen Landtag, sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen im Internet! Der Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2013 bis 2015 zeigt uns wieder einmal, wie auch mein Vorredner Jürgen Höckner schon dargelegt hat, zeigt uns wieder mal die vielfältigen, auch im Gemeinwohl-Interesse des Landes Oberösterreich liegenden wirklich sehr, sehr wichtigen und wertvollen Aufgaben und Tätigkeiten der Oberösterreichischen Umweltschutzbehörde.

Die Umweltschutzbehörde vertritt die Interessen der Umwelt und des Naturschutzes, wie es ja alleine der Name schon sagt, die Behörde im Behördenverfahren und sie ist für Bürgerinnen und Bürger, und das halte ich auch wirklich für sehr wesentlich, eine kompetente Ansprechstelle, eine kompetente Anlaufstelle durch Beratung, Informations- und natürlich selbstverständlich vorrangig oder ganz besonders wichtig auch die Missstands-Kontrolle. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn man den Bericht durchliest und schaut, was da alles so drinnen steht, was die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Umweltschutzbehörde aufzeigen, dieser Bericht weist uns auch ganz, ganz deutlich und einmal mehr darauf hin, wie wichtig es ist, dass man auch genau außerhalb von ausgewiesenen Schutzgebieten die Bedeutung und das Augenmerk und auch die Konzentration auf die Erhaltung von wichtigen Lebensräumen und auf den Artenschutz genau in diesen Gebieten und in diesen Räumen auch legt, wie zum Beispiel in Mooren, auf Magerwiesen, aber auch in Gebirgslebensräumen, die ja teilweise auch oft schwerer zugänglich sind oder auch in seltenen Laubwäldern.

Oberösterreich ist ja, und da denke ich, können wir uns auch glücklich schätzen, in so einem Land zu leben, ein Bundesland, wo all diese Lebensräume auch vorhanden sind und die gilt es entsprechend zu schützen und das ist unsere Aufgabe als Politiker und Politikerinnen und die Umweltschutzbehörde ist die Stelle, die da auch noch einmal einen ganz besonderen Blick darauf hat.

Ja, der Bericht zeigt uns aber auch deutlich beziehungsweise legt uns auch dar, und auch das ist sehr, sehr wichtig, wo es durchaus noch Handlungsbedarf gibt, auch hier in diesen ausgewählten Projekten der Umweltschutzbehörde in den Studien, die in Auftrag gegeben sind und natürlich dann auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden. Ich denke, das sind auch wichtige Bereiche, auf die wir als Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen ganz besonders hinschauen müssen und wo wir auch aufgefordert sind, hier entsprechend aktiv zu werden.

Die Bedeutung einer gut ausgestatteten, einer personell gut ausgestatteten, die Knappheit dieser Ressourcen ist im Bericht durchaus auch dargelegt, aber auch was die Kompetenzen der Umweltschutzbehörde betrifft, ist uns ja, auch vor diesem Hintergrund der bereits geschilderten Aufgabentätigkeiten und auch Verantwortlichkeiten der Umweltschutzbehörde ganz besonders wichtig, und wir Grüne sind natürlich hier auch besonders erpicht darauf, den Blick drauf zu werfen und zu schauen, dass hier alles, dass hier wirklich eine Stärkung beziehungsweise auch eine ganz, ganz starke Unterstützung erfolgt und wir haben uns ja

auch in den vergangenen Jahren immer wieder sehr stark dafür eingesetzt, eben diese Stärkung entsprechend aufrecht zu erhalten.

Gerade in den letzten Jahren, ich komme leider nicht umhin, hier das auch anzusprechen, mussten wir zunehmend feststellen, dass bereits erreichte Standards im Umwelt- und Naturschutz immer wieder in Frage gestellt werden und entsprechend reinen Wirtschaftsinteressen untergeordnet werden.

Wir denken, das kann nicht sein, so erfolgte, oder Sie wissen dass ja in den letzten Jahren eine drastische Einschränkung der Kompetenzen des Umweltanwaltes und zwar mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ, ich kann Ihnen nicht ersparen, das hier auch auszusprechen und in Erinnerung zu rufen.

Unter anderem wurden dabei das Betretungsrecht im Rahmen der Missstands-Kontrolle sowie die Parteienstellung für den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden eingeschränkt und zwar mit dem Ziel und natürlich dem Resultat, dass Beschwerden gegen Bescheide seitdem keine aufschiebende Wirkung mehr haben und das ist tatsächlich, wenn man es wirklich aus dem Blickwinkel des Umwelt- und Naturschutzes sieht, ein Rückschritt. Entsprechend groß waren ja damals auch Einsprüche und entsprechende Proteststimmen.

Aktuell droht nun dadurch auch entsprechend mehr Unzufriedenheit und Unmut. Und wie ich Eingangs ja schon gesagt habe, die Aufgabe der Umweltanwaltschaft ist ja auch ganz wichtig, hier auch eine entsprechende Konfliktregelung da durch die Tätigkeit auch als Anspruch- und Ansprachestelle, entsprechend dieser Einschränkung ist natürlich hier ein größerer Unmut festzustellen und dadurch natürlich, das ist die logische Folge, hier auch eine reale Gefahr für den Naturschutz in Oberösterreich. Bei einer Pressekonferenz Ende August, die gehalten wurde ebenfalls von ÖVP und FPÖ zu aktuellen Deregulierungsmaßnahmen wurde angekündigt, dass der Naturschutz bei der Bewilligung von Forststraßen und bei Baumaßnahmen in Uferschutzzonen von Seen, Flüssen und Bächen eingeschränkt wird.

Gerade in diesen sehr sensiblen Zonen, denken wir, geht es ja wirklich ans Eingemachte, wenn man vom Naturschutz spricht. Gerade Wälder und die Uferbereiche von Gewässern sind ökologisch ganz besonders wertvoll. Ich denke, das brauche ich hier nicht extra noch auszuführen, dass es so ist und natürlich ganz stark im öffentlichen Interesse.

Und diese Sensibilität dieser Lebensräume, dieses Naturraumes, das rechtfertigt sehr wohl einen höheren Schutz und damit verbunden natürlich auch die etwas aufwändigeren Genehmigungsverfahren. Ich denke, das sind sie allemal wert.

Ja und abschließend möchte ich mich wirklich ganz herzlich im Namen der grünen Fraktion bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Oberösterreichischen Umweltanwaltschaft bedanken und natürlich auch beim Leiter der Oberösterreichischen Umweltanwaltschaft Dr. Martin Donat für diesen wirklich sehr, sehr beherzten und sehr engagierten Einsatz für Natur- und Umweltschutz in Oberösterreich. Danke schön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf mich vorerst gleich meinen Kolleginnen und Kollegen, Vorrednerin und Vorredner anschließen. Es ergeht wirklich ein besonderer Dank an die

Umweltanwaltschaft von Dr. Donat und sein gesamtes Team, das ja in Summe aus zehn Personen besteht, die sich wirklich tagtäglich bemühen, ihre Aufgaben in einem nicht immer ganz leichten Umfeld auch zu bewältigen.

Wenn ich von einem nicht ganz leichten Umfeld rede, dann kennen wir doch selbst, und ich glaube, Herr Kollege Höckner hat es ja richtig gesagt, dass bei manchen oder mancher hier herinnen auch mindestens zwei Seelen oft in einer Brust schlagen, und ich sage es also ganz bewusst mindestens zwei Seelen, weil es ja immer wieder durch verschiedenste Umstände, also nicht nur sozusagen die Umweltschützer betroffen sind, sondern auch in anderen Funktionen und hier versuchen müssen, einen entsprechenden Interessensausgleich herbeizuführen.

Und in diesem Rahmen sich natürlich auch die Umweltanwaltschaft bewegt und hier versucht natürlich die Wahrer und Schützer der Umwelt und unserer Natur zu sein, aber auf der anderen Seite natürlich auch die Interessen beziehungsweise versucht das Land Oberösterreich also hier bestmöglich mit zu entwickeln.

Wenn ich mir den Bericht sehr genau durchlese, dann möchte ich jetzt nicht auf Zahlen und Fakten eingehen, die jetzt ja schon erwähnt wurden, sondern ich glaube, man muss sich einfach ein paar Aussagen sehr genau zu Gemüte führen und anschauen, worum es hier eigentlich geht.

Und ich glaube, dass einer der spannendsten Aussagen ist und das ist das, wo ich mir denke, wo außerhalb aller gesetzlichen Vorschriften wirklich ein sehr sensibler Weg und ein sehr freundlicher Weg eingeschlagen wird, nämlich, dass im Bericht auch erwähnt wird, dass es zwar keine genauen Aufzeichnungen darüber gibt, aber doch einschätzbar sein kann, dass in diesen drei Jahren 30 Prozent der Tätigkeit sozusagen in der Vorberatung beziehungsweise in der Vorbegutachtung liegt.

Das heißt, viele Fälle, die möglicherweise zu Konflikten, zu öffentlichen Konflikten, zur längeren Dauer eines Verfahrens auch führen würden, schon im Vorhinein aufgrund dessen, dass Konsenswerber hier schon das Gespräch suchen, um auch zu einer vernünftigen Lösung von vornherein zu kommen, das entsprechend auch schon versucht wird und auch von der Umweltanwaltschaft begleitet wird.

Und ich glaube, dass das eine der vernünftigsten Vorgangsweisen überhaupt ist, weil wir hier einerseits den Ressourcenverbrauch entsprechend niedrig halten und auf der anderen Seite sicherlich Verfahrensdauern niedrig gehalten werden können und darüber hinaus natürlich auch entsprechende mögliche finanzielle Aufwendungen, die sonst zu entrichten wären, hier hintangehalten werden.

Ich glaube, dass das wirklich ein interessanter Aspekt ist und auf der anderen Seite aber auch zeigt, dass die Umweltanwaltschaft angekommen ist auch in der Bevölkerung, zumindest bei den Konsenswerberinnen und Konsenswerbern, und sich hier durchaus ein Positivimage erarbeitet hat. Wofür ich wirklich nur herzlich gratulieren kann.

Aber nichtsdestotrotz müssen wir uns schon ein paar Punkte anschauen, worauf auch von Seiten der Umweltanwaltschaft hingewiesen wird und ich möchte nur einige wenige herausnehmen, zum Beispiel gerade was die Raumordnung betrifft.

Die Diskussionen der Versiegelung unserer Böden, einerseits von der Landwirtschaftsseite, von der naturschutzrechtlichen Seite, von der Zersiedelung, die sich natürlich massiv in der Raumordnung abspielt, sind Themen, die hochbrisant und hochaktuell sind.

Und Sie brauchen im Moment ja auch wirklich nur anschauen, was wir in den Medien lesen können, selbst im Fernsehen und auch in den Werbungen erlebe ich es mittlerweile, dass auf diese Themen Raumzersiedelung und Raumordnung intensiv hingewiesen wird, ist es aber doch immer wieder noch ein nicht unbeträchtlicher Fall, wo es wirklich zu konfliktreichen Widmungsentscheidungen kommt und wo ich glaube, dass hier das Augenmerk noch wesentlich intensiver auch von Seite der offiziellen Politik, also die, die entscheiden, darauf gelegt werden muss.

Es wird auch hier im Bericht angesprochen, dass daraus natürlich sich entsprechende Kosten entwickeln und die haben wir doch erst immer wieder diskutiert, also wenn wir vom leistbaren Wohnen zum Beispiel sprechen, dann hat das auch damit zu tun, wie schaut den bitte unsere Raumordnung aus und letztlich auch ein Teil dessen, und auch hier wird es angeführt, dass steigende Kosten für Infrastruktur und Immissionsschutzmaßnahmen anfallen, das heißt, es wird für uns noch wesentlich mehr Herausforderung sein, wie wir zukünftig mit der Raumordnung entsprechend umgehen.

Von der Umweltschutzbehörde wurde angeführt, dass gerade der Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes und auch des Natur- und Landschaftsbildes ein nicht unwesentlicher ist, dass die Menschen betrifft beziehungsweise berührt und hier natürlich auch entsprechende Wortmeldungen aus der Bevölkerung kommen.

Und ich glaube, mit dem Thema haben wir uns zwar immer wieder beschäftigt, aber zum Teil müssen wir uns auch eingestehen, dass wir nicht konsequent genug sind.

Entschuldigung, (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Magst a Zuckerl?“) nein danke, das würde wahrscheinlich zum Gegenteil führen und diesen Gefallen tu ich dir nicht. (Heiterkeit.)

Genau aus diesem Grund möchte ich ein weiteres Thema auch anführen. Eines, wo ich gesagt habe, es sind immer wieder Themen, die wir aufwerfen und entsprechend auch verfolgen, aber nicht konsequent genug ist zum Beispiel das Thema der Lichtverschmutzung. Wir hatten das doch schon wesentlich mehr hier herinnen diskutiert und auch versucht, mit Gegenmaßnahmen dem Einhalt zu gebieten. Es wird aber sicherlich und auch Dr. Donat und auch die Umweltschutzbehörde machen darauf aufmerksam, dass es zu weiteren Maßnahmen kommen wird müssen, was das Thema Lichtverschmutzung betrifft, gerade was jene Zeiten betrifft, dort wo normalerweise Mensch und Tier zur Ruhe kommen, die Natur zur Ruhe kommt, welche Auswirkungen das tatsächlich auf unsere Organismen hat, tatsächlich auch, und das müssen wir weiterdenken, auf unser Gesundheitssystem und die Entwicklung unseres Gesundheitssystems hat. Dem haben wir uns noch wesentlich zu wenig angenommen und muss in Zukunft auch ein Thema sein, das wir hier im Oberösterreichischen Landtag ernster zu nehmen haben.

Worüber ich mich gefreut habe, ist, dass endlich das Thema der Windparks hier auch entsprechend erledigt werden konnte und ich weiß Uli, du schaust da ein bisschen her, aber auch hier wurde es angeführt. Es gibt jetzt klare Richtlinien. An die kann man sich halten und alles andere wird mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht funktionieren.

Und das war eigentlich das Problem, dass wir mit, jetzt sage ich einmal mit dem Erstentwurf hatten, der zwar auch hier verabschiedet wurde, aber auf der anderen Seite klar erkennbar gewesen ist, dass das für die Bevölkerung letztlich nicht oder auch für den Konsenswerber, dem man ja nicht schaden wollte, sondern was Positives damit machen wollte, aber hier auf sehr viele Unstimmigkeiten gestoßen sind und hier auch eine positive Erwähnung findet, dass das endlich einigermaßen vernünftig geregelt ist.

Nichtsdestotrotz müssen wir uns aber doch die eine oder andere Schelte gefallen lassen. Und ich sage das jetzt so ganz bewusst, auch wenn ich weiß, dass es von Seiten der Umweltschutzorganisationen so nicht gemeint ist, sondern ein Hinweis, dort wo noch etwas zu tun ist und Sie können sich sicherlich erinnern, die lange Diskussion um das Naturschutzgesetz, um die Novelle 2014. Wo wir ja, objektiv gesprochen oder wo ein Beschluss gefasst wurde, wo ja die Stellungnahme des Umweltschutzes entsprechend eingeschränkt wurde beziehungsweise wo diese aufschiebende Wirkung ja aus dem Gesetz herausgenommen worden ist. Der Hinweis hier, dass das sich in eine andere Richtung entwickeln sollte, ist meiner Meinung nach nicht unrichtig.

Wir haben dort darauf hingewiesen und gemeinsam mit den Grünen ja diesem einen Paragraphen nicht zugestimmt und ich glaube, dass es vielleicht doch höchst an der Zeit wäre, uns das einmal anzuschauen.

Immerhin haben wir 2017. Also es wäre in dieser Periode vernünftig, darüber einmal zu schauen, welche Auswirkungen hat dieser Paragraph tatsächlich gehabt und wo müssen wir unter Umständen auch nachjustieren?

Und ein nicht unwesentliches Thema, weil ich es vorhin auch angesprochen habe, ist das Thema der Versiegelung unserer Böden. Spannend wäre, und den Hinweis sollten wir auch ernst nehmen und das wäre eine Entwicklung für die Zukunft, nämlich über die Förderung der Entsiegelung nachzudenken.

Wir haben das immer wieder auch entsprechend in anderen Bereichen gefordert, aber wir sind im Moment auf einem Stand, wo wir zumindest wissen, der Raumbedarf darf sich nicht mehr weiterhin so entwickeln, wie er jetzt in der Vergangenheit gewesen ist. Wir würden in absehbarer Zeit oder in eigentlich relativ kurzer Zeit Oberösterreich zubauen und versiegeln.

Wir haben jede Menge Handlungsbedarf, was zum Beispiel Infrastrukturprojekte betrifft, um hier so wenig wie möglich auch an Raum und an Boden zu verbrauchen. Wir haben auch Bedarf und ich sage das ganz bewusst, wir haben immerhin eine Universität in unseren Reihen, die sich damit beschäftigt, darüber nachzudenken, wie können wir zusätzlich zum Beispiel Wohnraum schaffen, den wir brauchen, das wissen wir, aber möglicherweise doch einmal unter anderen Voraussetzungen darüber nachzudenken, wie kann man vernünftig bauen, mit relativ wenig Flächenverbrauch, das ist nichts (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Hoch!“), nein, das ist nicht das einzige. Es hat in früheren Zeiten hochintelligente Frauen gegeben, die zum Beispiel einmal eine Küche entwickelt haben aus dem eigenen Leben heraus, das sagt dir vielleicht noch etwas.

Ich denke, dass es hier viele Ansatzpunkte gäbe, also nicht nur, das was wir jetzt gerade haben, sondern, dass man auch in dieser Richtung Champions League spielen könnten, eigentlich das Steckenpferd unseres Landeshauptmann-Stellvertreters und auf der anderen Seite dem Thema Entsiegelung auch nachzudenken, das heißt, Böden, die bereits

verbraucht sind, wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zuzuführen, dafür wäre zum Beispiel die Landwirtschaft sicherlich dankbar, wenn wir das entsprechend tun könnten.

Also, insgesamt ein interessanter Bericht. Wenn wir ihn ernst nehmen und wenn wir ihn nicht nur sehen als Bericht über die Jahre 2013 bis 2015, sondern als ernsthafte Handlungsanleitung 2017 bis zum Beispiel Ende der Periode, wo noch eine Menge Arbeit auf uns wartet, aber nichtsdestotrotz ein herzliches Danke an die Umweltschutzbehörde. Es ist wirklich ein sehr qualitativ hochwertiges Produkt, das sie uns da geliefert hat. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Fischer.

Abg. Ing. Fischer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und online an den Bildschirmen! Den Großteil des Tätigkeitsberichtes haben bereits meine Vorrednerinnen und Vorredner präsentiert, ebenfalls ist er auch im Umweltbeirat vorgestellt worden, bei dem ich leider nicht anwesend sein konnte, aber ein paar Anmerkungen habe ich hier noch anzuführen. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Die Anzahl der Stellungnahmen ist über die Jahre 2013, 2014 und 2015 relativ konstant bei 1.700 gewesen, die Verteilung auf die einzelnen Fachgebiete war dann doch schon etwas unterschiedlicher, den Löwenanteil von zirka 84 Prozent jährlich betragen die Stellungnahmen zur oberösterreichischen Bauordnung und zum oberösterreichischen Naturschutz. Negative Stellungnahmen hat es natürlich auch gegeben, das waren in Summe immer zirka um die 150, also acht bis neun Prozent, Donat schreibt sinngemäß im Vorwort des Tätigkeitsberichtes, das richtige Maß zu halten ist eine seiner größten Herausforderungen in seiner täglichen Arbeit, es zieht sich durch wie ein roter Faden. Die Umweltschutzbehörde liegt hier natürlich einerseits im Spannungsfeld der unterschiedlichen Nutzungsinteressen der Grundeigner, und andererseits die Interessen zum Schutz der Natur und der Umwelt, diese Herausforderung kann man nachvollziehen, das ist mir selbst schon so gegangen. Das habe ich im Umfeld schon miterlebt, dass eben Stellungnahmen des Umweltschutzes bzw. der Umweltschutzbehörde und folglich auch Entscheidungen der zuständigen Behörden für so manche Bürgerinnen und Bürger einfach nicht nachvollziehbar waren.

Einerseits haben wir natürlich unsere Umwelt, unsere Natur, unsere Luft und auch unser Landschaftsbild vor Beeinträchtigungen zu schützen, auf der anderen Seite geht es auch um wirtschaftliche Existenzen in der Landwirtschaft, im Gewerbe, den damit verbundenen Arbeitsplätzen, und natürlich den dazu notwendigen Straßen. Diese Stellungnahmen im Verfahren nach dem Oberösterreichischen Straßengesetz polarisieren naturgemäß eine größere Bevölkerung, in diesem Bericht stehen hier zum Beispiel die Sanierung der A 8 Innkreisautobahn, die heuer noch aktuell war, oder die S 10 bis Freistadt, die 2015 schon abgeschlossen wurde, es sind hier ganze Regionen betroffen, es ist gut, dass diese Straßen jetzt zur Verfügung stehen.

Die Tätigkeitsfelder sind vielfältig, die Umweltschutzbehörde bewegt sich zwischen Wirtschaftsinteressen und den vorgegebenen Umwelt- und Naturschutzinteressen, gerade aktuell rügt die EU Österreich für lange Bewilligungsverfahren beim UVP, auch speziell beim Linzer Westring. Das haben wir alle hautnah miterlebt, im Schnitt dauern die Verfahren bei der öffentlichen Auflage bis zur erstinstanzlichen Entscheidung 9,9 Monate, statistischer Wert und nur drei Prozent der Vorhaben werden nicht genehmigt, bei Straßenprojekten sind es im Schnitt 76 Monate Verfahrensdauer. Man kann das jetzt sehr zugespitzt interpretieren, dann könnte man meinen, es handelt sich bei UVP-Verfahren für Straßenprojekte hauptsächlich um eine maximierte Verzögerungstaktik im Namen der Umwelt.

Ergänzend darf ich aber hier nochmals aus dem Vorwort des Umweltschutzes zitieren, es sollte nicht darum gehen, den Umweltschutz zurückzudrehen, sondern gemeinsam einen Weg zu finden, der auf der einen Seite dem berechtigten Interesse des Umwelt- und Naturschutzes gerecht wird, aber auch die Interessen des Wirtschaftsstandortes und die sozialen Interessen nicht vernachlässigt. Dieser Absatz trifft die Aufgabenstellung sehr gut, ergänzen möchte ich diese Aussage aber auch um den Faktor Zeit, zu lange Verzögerungen bringen nicht unbedingt bessere Ergebnisse für Umwelt- und Naturschutz, die derzeitige Einspruchsregelung ist aus unserer Sicht eine gute, praktikable Lösung. Für dieses doch sehr schwierige Geschäft wünsche ich der Umweltschuttschaft mit Dr. Martin Donat stets optimale Ergebnisse für alle Beteiligten. Wir werden den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr, ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 504/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beilage 507/2017, das ist der Initiativantrag betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich, ich bitte Herrn Klubobmann Makor um die Berichterstattung.

Abg. KO **Makor:** Beilage 507/2017, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 507/2017.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die oberösterreichische Polizei angesichts der hohen Fehlstände von insgesamt 445 Vollzeitäquivalenten auf den Dienststellen zumindest in den kommenden vier Jahren mit jeweils zumindest 225 neuen Polizeikräften gestärkt wird, um weiterhin optimale Arbeitsleistungen, ohne Überlastung der im Dienst stehenden Polizeikräfte, zu ermöglichen.

Dritte Präsidentin: Danke, ich eröffne die Wechselrede darüber, es gibt keine Wortmeldung, ich schließe diese und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 507/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Beilage 515/2017, das ist der Geschäftsantrag des Klubobmanns Christian Makor betreffend Fristsetzung zu den Beilagen 478/2017 und 506/2017, es sind dies die Initiativanträge im Zusammenhang mit der Beschäftigungsaktion 20.000. Dieser Geschäftsantrag ist als Beilage mit der Nr. 515/2017 auf Ihren Plätzen aufgelegt worden. Ich eröffne die Wechselrede über diesen Geschäftsantrag und darf darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung die Redezeit je Rednerin bzw. je Redner mit zehn Minuten beschränkt ist, zunächst der Antragsteller am Wort ist, sowie anschließend je ein Mitglied der übrigen Fraktionen Stellung nehmen darf, das letzte Wort gilt wiederum dem Antragsteller, wobei auch hier die Redezeit mit zehn Minuten beschränkt ist. Ich darf nun Herrn Klubobmann Makor um den Geschäftsantrag bitten.

Abg. KO **Makor:** Beilage 515/2017, Geschäftsantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine Fristsetzung zu den Beilagen 478/2017 (Initiativantrag

betreffend die aktive Beteiligung des Landes Oberösterreich an der Beschäftigungsaktion 20.000 des Bundes) und 506/2017 (Initiativantrag betreffend die Änderung des Landes- und Gemeindedienstrechts, damit die „Beschäftigungsaktion 20.000“ des Bundes für über 50-jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich umgesetzt werden kann). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 515/2017.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Der Oö. Landtag setzt dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung und Vorlage eines Ausschussberichts zu den Beilagen 478/2017 (Initiativantrag betreffend die aktive Beteiligung des Landes Oberösterreich an der Beschäftigungsaktion 20.000 des Bundes) und 506/2017 (Initiativantrag betreffend die Änderung des Landes- und Gemeindedienstrechts, damit die „Beschäftigungsaktion 20.000“ des Bundes für über 50-jährige Langzeitarbeitslose in Oberösterreich umgesetzt werden kann) eine Frist bis zum 12. Oktober 2017.

Dritte Präsidentin: Herr Klubobmann bitte.

Abg. KO **Makor:** Es geht dabei darum, eine Fristsetzung zu den Beilagen 478/20, das ist der Initiativantrag betreffend die aktive Beteiligung des Landes Oberösterreich an der Beschäftigungsaktion 20.000, das ist jener Antrag, der bei der letzten Landtagssitzung als Dringlichkeitsantrag von der SPÖ eingebracht wurde, dem aber die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde, bei der Ausschussrunde am vergangenen Donnerstag auf der Tagesordnung stand, und wiederum zurückgestellt wurde. Dieser Antrag hatte zum Inhalt, dass sich das Land Oberösterreich selbst an der Aktion 20.000, sprich die Beschäftigungsinitiative für überfünfzigjährige Langzeitarbeitslose beteiligt, und zwar in einem Ausmaß von 150 Arbeitsplätzen im ersten Projektjahr und weiteren 200 Arbeitsplätzen im zweiten Projektjahr, dass hier das Land Oberösterreich selbst aktiv wird, das ist der Antrag mit der Beilage 478/2017. Der zweite Antrag ist der heute Vormittag bereits erwähnte Antrag mit der Beilagen-Nr. 506/2017, der eine Reihe von Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem Dienstrecht und der Objektivierung vorsieht, damit überhaupt die Gemeinden in die Lage versetzt werden, sich an der Aktion 20.000 zu beteiligen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das mit dem Fristsetzungsantrag (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Bis zum 12. Oktober, weil am 15. ist die Wahl!“) bis zum 12. Oktober, das ist wichtig, weil am 12. Oktober 2017 die nächste Landtagssitzung ist. Das hat natürlich jenen Grund, Kollege Mahr, das sollte eigentlich ein Vorschlag zur Güte sein, jetzt habt Ihr am Vormittag alle geredet, dass Ihr eh alle die Aktion für gut findet, aber man soll es nicht überhappts machen. Jetzt ist der Vorschlag zur Güte da, okay dann reden wir einmal darüber, aber einigen wir uns darauf, dass wir es zumindest Anfang oder Mitte Oktober beschließen, weil wir auch Rechtssicherheit brauchen. Wenn die Gemeinden auch außerhalb von Linz-Stadt, und außerhalb von Urfahr im Jänner mit dieser Aktion beginnen wollen, wird es zu spät sein, wenn Ihr im Dezember oder Jänner dann mit der Debatte anfangt. Daher wirklich der Versuch und die Bitte auch zur Güte, dass wir das bis zur nächsten Landtagssitzung auch tatsächlich schaffen. Das Land selbst könnte eigentlich sofort anfangen, weil überall dort, wo sich die Dienststellen des Landes entweder in Linz-Stadt oder in Urfahr befinden, die könnten bereits morgen, eigentlich schon gestern, eigentlich schon seit 1. Juli in dieser Aktion sich selbst beteiligen und ältere Arbeitslose, die länger arbeitslos waren, bereits jetzt in Beschäftigung haben. Daher drängen wir ja so auf das Problem, daher liegt es uns ja so am Herzen, dass es wirklich darum geht, dass wir das schnell über die Bühne bringen, da ist wirklich jeder Tag wichtig, und da wäre es fatal, das sinnlos hinauszuzögern.

Wir haben heute den 21. September, es wäre doch gelacht, wenn wir nicht im Sinne von vielen hunderten älteren Arbeitslosen da gemeinsam eine Regelung zusammenbrächten, dass die Gemeinden wissen, dann Ende Oktober hat man noch Veröffentlichungsfristen, bis es dann Gültigkeit hat und auch die Gesetzesänderungen, dass es dann Ende Oktober auch die Bürgermeister, egal in welchen Bezirken, außerhalb von Urfahr und von Linz, wissen, woran sie sind. Im November und Dezember auch jene Zielgruppen in ihrer Region beobachten können, und den einen oder anderen vielleicht auch auf der Gemeinde, vielleicht macht es einen Sinn, auf der Gemeinde und in den Sozialhilfeverbänden oder bei sonstigen gemeinnützigen Initiativen, dort spätestens mit 1. Jänner anzustellen. Wie gesagt, das Land Oberösterreich könnte das ab morgen machen, der Vorschlag zur Güte, bemühen wir uns gemeinsam, das bis zum 12. Oktober 2017 zusammenzubringen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich darf um weitere Wortmeldungen bitten. Frau Kollegin Schwarz bitte.

Abg. Schwarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Fristsetzungsantrag möchten wir kurz Stellung nehmen, seit dem Ministerrat im April 2017 ist uns das Projekt allen, die sich damit beschäftigen, bekannt, seit Juli gibt es auch die Umsetzungsmaßnahmen. Seit Juli werden auch die Pilotregionen bedient, es ist auch auf der Homepage des Ministeriums sehr vieles darüber zu lesen, wie das zu handhaben ist, wer aller Unterstützung bekommt. Wir haben im letzten Landtag schon intensiv diskutiert, da wurden Fragen aufgeworfen auch meinerseits, über die auch im Ausschuss noch einmal berichtet habe, leider wurden im Ausschuss auch über keine Vorlagen, keine Beilagen berichtet. Alle haben gesagt, ja wir wollen, aber die Probleme gibt es noch, es hat keine Diskussionen gegeben über Vorstellungen und über Vorschläge, sondern es sind die gleichen Probleme, die wir im Julilandtag schon erörtert haben, von ÖVP und FPÖ behandelt worden, aber keine Lösungsmöglichkeiten dargelegt worden von Seiten der zuständigen Landesräte. Wenn man sich die Zahlen anschaut, wir haben das heute schon sehr oft diskutiert, dann ist wichtig für die betroffenen Menschen, dass sie sehr schnell eine Perspektive bekommen.

Ja, es ist eine Maßnahme von vielen, ich möchte noch einmal betonen, das AMS in Oberösterreich, der Pakt für Arbeit und Wirtschaft macht schon sehr viel, es ist eine zusätzliche Aktion, wo wir von Anfang an gesagt haben, wir begrüßen sie sehr. Daher, glaube ich, wenn wir das alle wollen, wie heute im Landtag, glaube ich, jede Fraktion gesagt hat, wir wollen was tun, dann müsste es doch zu schaffen sein, dass wir im nächsten Ausschuss eine Grundlage haben, worüber wir diskutieren können, das gemeinsam diskutieren und anschauen. Wenn es noch Änderungsbedarf gibt, haben wir schon öfter am Tag vorher oder in einer anderen Möglichkeit am selben Landtagstag, auch eine Ausschussrunde zu machen, dass wir dann im Landtag im Oktober ein Papier vorliegen haben, wo wir sagen können, ja so ist es möglich, so machen wir es mit klaren Fristen und mit einem klaren Zeitablauf, damit sich die Gemeinden auch richten können, damit eben auch die Vorbereitungen getroffen werden können. Wenn wir am 1.1.2018 anfangen, dann haben wir nur eineinhalb Jahre an Unterstützung seitens des Bundes, nicht wie wenn wir mit 1. Juli oder früher starten. Ich glaube, das muss es uns jetzt Wert sein, dass wir die Füße in die Hände nehmen und schauen, ob wir bis zur nächsten Ausschussrunde Unterlagen kriegen, die diskutieren wir ernsthaft, schauen wir, was es noch für Möglichkeiten gibt, dass wir im nächsten Landtag dann ein Programm verabschieden können, wo sich wieder einige Menschen, die arbeitslos sind über Fünfzig oder Sechzig, freuen können, eine Zukunftsperspektive zu bekommen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Frau Landesrätin Gerstorfer bitte.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Ich möchte ein paar Dinge einbringen, die vielleicht noch nicht so klar sind. Dieses Gesetz, das ist eine Gesetzesänderung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes, es wurde am 29. Juni 2017 im Nationalrat beschlossen, dieses Gesetz ist in Kraft getreten. Wir haben in Wahrheit im Landtag die Rahmenbedingungen nachzuziehen in unseren Gesetzestexten, dass das auch für das Land Oberösterreich selbst und für die Gemeinden rechtlich möglich ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Nationalratsabgeordneten August Wöginger zitieren, der diese Gesetzesänderung als eine wichtige formuliert hat, der gesagt hat, dass der Arbeitsmarkt primär durch verbesserte Konjunktur anspringt, aber nicht für alle Zielgruppen am Arbeitsmarkt, dazu gehört die Zielgruppe der Überfünfzigjährigen, dass dieses Gesetz ein erfreuliches ist, dass das Geld in diese Zielgruppe ein gut investiertes Geld ist. In der Argumentation und in der Einbringung unserer beiden Anträge gibt es jetzt Verzögerungen, Verzögerungen, die ich persönlich nicht verstehe und ich möchte auch auf einige Argumente eingehen, die hier im Zusammenhang mit dieser Diskussion eingebracht wurden.

Das erste ist das Argument, es gibt einen Pilotbetrieb, bei diesem Pilotbetrieb sollte man doch das Ergebnis abwarten und dann entscheiden, ob das etwas Gescheites ist und dann auch zusätzliche Aktivitäten setzen. Die erste Evaluierung für die Pilotregionen und für dieses Projekt sind geplant Ende 2018, das ist auch im Rahmen der Gesetzgebung so formuliert, ich glaube, auf Ende 2018 können wir da nicht warten, das wäre unverantwortlich den Menschen gegenüber. (Beifall) Wenn wir über die Pilotregionen reden, dann stimmt es, es gibt Pilotregionen aber nicht deswegen, weil wir zuerst checken müssen, ob das geht oder ob das gescheit ist, sondern die Pilotregionen wurden deshalb eingerichtet, um zuerst zu überprüfen, wie es denn gut geht mit der Aufschließung, welche Qualifikationen da zur Verfügung stehen, wie denn diese Qualifikationen am Arbeitsmarkt auch angenommen werden.

Am Beispiel insbesondere der Stadt Linz kann man sehr, sehr gut erkennen, dass es perfekt funktioniert, am ersten Tag des Projektes, nämlich am 3. Juli haben 77 Personen angefangen im Magistrat Linz zu arbeiten, heute sind es 155, davon sind 70 Personen im Pflegebereich tätig, 82 Personen im Magistrat tätig und drei Personen im Ars Electronica Center tätig. Damit man auch ein Bild davon hat, welche Qualifikationen das sind, möchte ich das auch aufzeigen, weil das sind nicht nur Hilfsarbeiter, die lange suchen, wie man vermeintlich meinen könnte, sondern es sind Bürofachkräfte, Buchhaltungskräfte, Softwaretechniker, Gartenarbeiter, Straßenbauarbeiter, Parkreiniger, Juristinnen und Juristen, Menschen in der Reinigung, Köche, Köchinnen, Fotografen, Grafiker, Zusteller, Maler, pädagogische Hilfskräfte, Sprachtrainerinnen, Pflegehilfskräfte, technische Hilfskräfte und Portiere. Also eine breite Palette von Qualifikationen, die da im Angebot der älteren Arbeitssuchenden sind, vor allem im Angebot der älteren Arbeitssuchenden 50 plus mit einem Jahr Suchdauer. Ein Jahr Suchdauer, das ist keine Kleinigkeit, das ist ordentlich etwas, daher glaube ich, haben wir wirklich die Verantwortung diesen Menschen gegenüber, wenn es Möglichkeiten gibt, ihnen möglichst rasch auch Möglichkeiten anzubieten.

Das zweite Argument war eine befristete Tätigkeit, das ist ja unfair den Menschen gegenüber, ihnen einen befristeten Job anzubieten und ihnen im Anschluss keine Perspektive zu geben. Wenn das das Kriterium am Arbeitsmarkt wäre, dann dürften 42 Prozent der Arbeitsverträge nicht zu Stande kommen, weil sie befristet sind. Das sind Arbeitsverträge, die hauptsächlich in der Saison sind, die hauptsächlich im Baugewerbe sind, die hauptsächlich in der Personaldienstleistung sind, die sind alltäglich, das ist etwas Alltägliches. Der Arbeitsplatzverlust ist ein gewisses Risiko, dem man vor allem, wenn man

vorher schon weiß, möglicherweise entgegenwirken kann, dass es nicht alle trifft, das zeigen sehr viele Evaluierungen dieser Eingliederungsbeihilfen der Vergangenheit beim Arbeitsmarktservice, zwei Drittel der Menschen bleiben in Beschäftigung.

Das dritte Argument war das, das soll doch auch die Privatwirtschaft haben, dieses Angebot. Die Privatwirtschaft hat ein Angebot einer Eingliederungsbeihilfe für über 50jährige, sogar ab dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit, nur nicht in der Höhe von 100 Prozent. Und wenn sechs Monate Arbeitslosigkeit eintreten, noch ein verbessertes Angebot, auch noch nicht 100 Prozent. Und wenn der Arbeitsmarkt dann die Menschen nicht genommen hat, trotz Eingliederungsbeihilfen, dann glaube ich, ist es legitim, ein drittes Angebot zu machen, nämlich mit 100 Prozent Förderung. Aber in dem Fall nur im öffentlichen und im gemeinnützigen Bereich, weil die Dienstleistung, in die wir da investieren, soll auch der Gemeinschaft und der Gesellschaft zurückkommen, und deswegen gemeinnützig und öffentlich. (Beifall)

Wir geben mit diesem Angebot den Menschen Chancen, wir geben den Menschen Perspektiven, wir geben den Menschen Würde, wir geben den Menschen Respekt, wir geben den Menschen die Möglichkeit, sich selbst zu erhalten und nicht auf Sozialleistungen angewiesen zu sein, wir geben den Menschen die Möglichkeit, ihren Leistungswillen unter Beweis zu stellen, das wird ja ständig gefordert, wir geben vollentlohnte, kollektivvertragliche Entlohnung und damit würdige Arbeit und sinnvolles Tun. Und jeder Tag Arbeitslosigkeit, der dadurch verhindert werden kann, ist ein guter Tag.

Wir haben eine Win-win-win-Situation. Einerseits für die Menschen, die 50 plus sind und lange suchen, aber natürlich für den Arbeitgeber selbst, für die Gesellschaft als Ganzes, weil es ja auch Sinn macht, Arbeitslosigkeit zu verhindern und Menschen Angebote zu machen, aber auch für die Politik, weil eine niedrigere Arbeitslosenquote kann man auch politisch vermarkten. Und wenn wir insgesamt, und das ist leicht erreicht in Oberösterreich, 2.000 Menschen in Beschäftigung bringen über dieses System, 350 beim Land, rund 600 bei den Gemeinden, rund 600 in den Pflegeberufen, die möglich sind, rund 500 als zusätzliches Schulpersonal, und noch einmal rund 300 im Bereich der Angebote im Chancengleichheitsgesetz, dann sind das 2.000 Personen. 2.000 Personen weniger in der Statistik heißen 0,3 Prozent weniger Arbeitslosenquote. Also um 0,3 Prozentpunkte weniger Arbeitslosenquote. 700 Leute in der Statistik im AMS ist ein Zehntelprozentpunkt. Und auch das können wir dann politisch für Oberösterreich vermarkten. Und vielleicht gelingt es uns dann wieder, im Topranking bei den Arbeitslosenquoten der Bundesländer ganz vorne zu sein.

Daher muss es doch bitte möglich sein, dass wir in unseren bürokratischen Apparaten so schnell arbeiten, dass die Bürokratie Arbeitslosigkeit reduziert, so schnell wie möglich. Dass die Bürokratie nicht verhindert, dass Menschen arbeiten, dass die Bürokratie Menschen die Möglichkeit bietet, ihren Leistungswillen zu beweisen. Und dass dieses Land mit Bürokratie nicht provoziert, dass dieses Land ein Land der Unmöglichkeiten wird und nicht der Möglichkeiten. Daher glaube ich, werden wir sicher in der Lage sein, in drei Wochen ein Ergebnis vorzulegen, nämlich am 12. Oktober in der nächsten Landtagssitzung. Und dass wir das können, haben wir ja schon bewiesen, jedenfalls bei der Mindestsicherung, da ist es auch sehr schnell gegangen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Ing. Herwig Mahr.

Abg. KO **Ing. Mahr**: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Landesrätin, lieber Herr Klubobmann! Fristsetzungsantrag kurz und schlicht. Wir werden ihn ablehnen. Wir werden ihn ablehnen, weil uns das Thema zu wichtig ist. Wir haben im Ausschuss eine dementsprechende Vorgehensweise gewählt, weil berechnete Zweifel da sind. Wir haben gesagt, es wird zügig diese Antwort geben, aber ich möchte eine fundamentierte Entscheidung haben. Und ich sage dazu, das Thema ist sehr, sehr wichtig, aber es für einen Wahl-Gag zu missbrauchen, am 15. Oktober ist die Wahl und am 12. Oktober wollt ihr es hier im Landtag diskutieren, da ist mir dieses Thema zu schade. Aus dem Grund werden wir es auch ablehnen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung, ja bitte, Frau Kollegin Kirchmayr, Frau Klubobfrau.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir, oder ich habe das Thema zuerst sehr hinlänglich ausgeführt und daher werden wir den Fristsetzungsantrag ablehnen. Wir haben noch ein paar Details, welche wir unbedingt geklärt haben möchten. Dann werden wir darüber diskutieren. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Makor.

Abg. KO **Makor**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen, wenn es bei der Abstimmung so ist, wie das angekündigt wurde, das Abstimmungsverhalten so zur Kenntnis nehmen. Verstehen tun wir es nicht, weil die Argumentation, das ist uns so wichtig, darum beschließen wir es nicht, ist eine, die in meine Logik zumindest nicht passt. Auch die Frage, dass man nicht binnen drei Wochen zu einer ordentlichen Lösung kommt, damit Oberösterreich wirklich das Land des Ermöglichs ist und nicht des Verhinderns ist, verstehe ich auch nicht. Es ist aus meiner Sicht heute eine traurige Entscheidung, dass es nicht gelingt, innerhalb von zumindest drei Wochen, und das Thema ist nicht neu. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Am 15. ist ja Wahl!“) Am 3. Juli, Kollege Hattmannsdorfer, hättest du die Möglichkeit das erste Mal gehabt, dich mit dieser Aktion auseinanderzusetzen. Ihr habt es offensichtlich in der Tiefe, wie ihr selber glaubt, dass es notwendig ist, bis heute nicht zustande gebracht.

Die Leidtragenden sind nicht wir hier herinnen, es geht auch nicht um uns hier herinnen. Die Leidtragenden sind jene älteren Landsleute, die weiterhin keinen Arbeitsplatz haben, obwohl es dem Land Oberösterreich keinen Euro kosten würde. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schliesse diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Geschäftsantrag mit der Beilage Nummer 515/2017 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Die Beilage 509/2017, ein Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Zughalte an den Haltestellen Teichstätt und Achenlohe der Mattigtalbahn. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 510/2017, Initiativantrag betreffend die Einführung einer Technikfolgenabschätzung für den Oö. Landtag. Diese Beilage wird dem Verfassungs-,

Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 511/2017, Initiativantrag betreffend Masterplan Bodenschutz für Oberösterreich zum Schutz der heimischen Agrarflächen vor Bodenversiegelung und die Beilage 512/2017, ein Initiativantrag betreffend Masterplan Bodenschutz für Österreich, diese beiden Beilagen werden dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 513/2017, ein Initiativantrag betreffend Empfehlungspapiere des Landeskulturbeirates, diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 514/2017, Initiativantrag betreffend Verankerung der baukulturellen Leitlinien des Bundes in Oberösterreich. Diese wird dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft und ich darf die Sitzung schließen.

(Ende der Sitzung: 15.09 Uhr)